

Swiss Federal Assembly
Selected speeches (original language)

Compiled document

May 13, 2026

Contents

1	SP speeches	1
1.1	Rechsteiner Paul (2009-09-14) - fear (0.90)	1
1.2	Sommaruga Simonetta (2009-09-09) - fear (0.80)	2
1.3	Fetz Anita (2008-12-17) - fear (0.80)	3
1.4	Rechsteiner Paul (2014-03-19) - anger (0.90)	4
1.5	Sommaruga Carlo (2020-03-11) - fear (0.80)	5
1.6	Sommaruga Carlo (2023-06-07) - fear (0.80)	6
1.7	Schwaab Jean Christophe (28.02.2012) - anger (0.85)	7
1.8	Nordmann Roger (28.02.2012) - enthusiasm (0.80)	7
1.9	Aubert Josiane (28.02.2012) - hope (0.80)	8
1.10	Rossini Stéphane (08.12.1999) - anger (0.90)	9
1.11	Carobbio Guscelli Marina (05.06.2012) - hope (0.80)	9
1.12	Semadeni Silva (06.06.2012) - enthusiasm (0.90)	10
1.13	Marra Ada (18.03.2010) - enthusiasm (0.80)	11
1.14	Pedrina Fabio (17.03.2010) - enthusiasm (0.85)	12
1.15	Bruderer Wyss Pascale (01.03.2010) - rational (1.00)	13
1.16	Rossini Stéphane (02.03.2010) - rational (0.90)	13
2	GP speeches	14
2.1	Recordon Luc (2009-05-27) - fear (0.90)	14
2.2	Vischer Daniel (2008-05-26) - fear (0.80)	14
2.3	Glättli Balthasar (2014-03-20) - anger (0.90)	15
2.4	Vara Céline (2022-03-01) - fear (0.90)	15
2.5	Graf Maya (01.03.2010) - rational (1.00)	16
2.6	Leuenberger Ueli (03.03.2010) - rational (0.90)	17
2.7	Gysin Greta (30.10.2020) - rational (0.90)	18
3	GLP speeches	19
3.1	Moser Tiana Angelina (2015-09-09) - anger (0.90)	19
3.2	Bäumle Martin (2020-12-03) - anger (0.90)	20
3.3	Gredig Corina (2022-06-09) - fear (0.90)	20
3.4	Weibel Thomas (02.03.2010) - rational (0.90)	21
3.5	Chevalley Isabelle (06.03.2012) - rational (0.90)	21
3.6	Rossi Viktor (11.06.2024) - rational (0.90)	22
4	MITTE speeches	23
4.1	David Eugen (2008-12-18) - fear (0.80)	23
4.2	Pfister Gerhard (2014-06-10) - anger (0.90)	24
4.3	Bischofberger Ivo (2014-03-19) - anger (0.90)	24
4.4	Häberli-Koller Brigitte (2020-05-04) - anger (0.90)	25
4.5	Gmür-Schönenberger Andrea (2020-05-06) - anger (0.90)	26
4.6	Meier Andreas (2023-06-14) - fear (0.90)	27
4.7	Engler Stefan (2022-09-19) - fear (0.80)	28
4.8	Lombardi Filippo (09.03.2010) - enthusiasm (0.85)	30
4.9	Robbiani Meinrado (10.03.2010) - hope (0.80)	30
4.10	Lombardi Filippo (17.03.2010) - enthusiasm (0.85)	31
4.11	Häberli-Koller Brigitte (01.03.2010) - rational (0.90)	32

4.12	Robbiani Meinrado (02.03.2010) - rational (0.90)	33
5	FDP speeches	35
5.1	Müller Walter (2008-12-02) - fear (0.80)	35
5.2	Freitag Pankraz (2009-03-11) - fear (0.90)	36
5.3	Egerszegi-Obrist Christine (2014-12-10) - anger (0.90)	37
5.4	de Quattro Jacqueline (2022-03-09) - fear (0.90)	37
5.5	Dittli Josef (2023-12-19) - fear (0.90)	38
5.6	de Quattro Jacqueline (09.03.2022) - fear (0.90)	39
5.7	Cassis Ignazio (07.03.2012) - hope (0.80)	40
5.8	Cassis Ignazio (07.03.2012) - none (0.90)	41
5.9	Eichenberger-Walther Corina (01.03.2010) - rational (0.90)	41
5.10	Perrinjaquet Sylvie (01.03.2010) - rational (0.90)	42
5.11	Pelli Fulvio (20.09.2012) - rational (0.80)	43
6	SVP speeches	44
6.1	Freysinger Oskar (2009-11-24) - fear (0.90)	44
6.2	Kuprecht Alex (2009-03-11) - fear (0.90)	44
6.3	Büchel Roland Rino (2014-06-10) - anger (0.90)	45
6.4	Föhn Peter (2014-12-10) - anger (0.90)	46
6.5	Köppel Roger (2020-05-04) - anger (0.90)	47
6.6	Stark Jakob (2020-05-04) - anger (0.90)	47
6.7	Martullo-Blocher Magdalena (2022-06-16) - fear (0.90)	48
6.8	Büchel Roland Rino (2022-03-16) - fear (0.90)	48
6.9	Kuprecht Alex (2022-06-02) - fear (0.85)	48
6.10	Perrin Yvan (18.03.2013) - fear (0.80)	50
6.11	Pantani Roberta (06.06.2012) - enthusiasm (0.80)	51
6.12	Kunz Josef (01.03.2010) - rational (1.00)	51
6.13	Parmelin Guy (02.03.2010) - rational (0.90)	52
6.14	Rusconi Pierre (18.09.2012) - rational (1.00)	52
7	Federal Council	54
7.1	Rösti Albert (2016-09-12) - anger (0.90)	54
7.2	Rösti Albert (2016-09-30) - anger (0.90)	55
7.3	Rösti Albert (2025-06-02) - none (0.90)	56
7.4	Berset Alain (12.03.2013) - fear (0.80)	56
7.5	Sommaruga Simonetta (12.12.2011) - rational (0.90)	57
7.6	Leuthard Doris (19.09.2011) - rational (1.00)	58
8	Most emotional speakers	59
8.1	Glarner Andreas (2024-09-24) - anger (0.90)	59
8.2	Rosenwasser Anna (2025-03-18) - anger (0.90)	59
8.3	Köppel Roger (2023-09-28) - pride (0.90)	59
8.4	Glarner Andreas (2025-09-25) - anger (0.90)	60

SP speeches

1.1 Rechsteiner Paul (2009-09-14) - fear (0.90)

Business item (original title): Konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen. Befristetes Bundesgesetz

Man kann nur staunen, welche Voten wir von Vertretern der SVP und der FDP zu hören bekommen, den Parteien des Finanzplatzes, des Finanzsektors, die sich den Interessen dieses Sektors verschrieben haben. Was war der Grund für die Weltwirtschaftskrise, die so gross ist wie nie seit Jahrzehnten, so gross wie nie seit den Dreissigerjahren? Es waren die Missbräuche im Finanzsektor, die vor genau einem Jahr zu einem fast totalen Grounding des Weltfinanzsystems geführt haben und nachher die grosse Krise des Exportsektors ausgelöst haben, die wir jetzt zu spüren bekommen. Dass dies nicht stärker auf den Binnensektor, auf die inländische Wirtschaft, durchgeschlagen hat, ist alleine der Stärkung der Kaufkraft in diesem Land zu verdanken, Herr Schneider, ist den relativ guten Lohnabschlüssen auf Beginn dieses Jahres zu verdanken. Das alles ist im kommenden Jahr in erster Linie durch die Erhöhung der Krankenkassenprämien gefährdet, die die Familien, aber auch die anderen Leute mit unteren und mittleren Einkommen insgesamt sehr hart treffen wird. Wenn wir an diesem Punkt nicht Gegensteuer geben, wenn wir hier nicht aufpassen, wird die Wirtschaftskrise noch weit grösser werden. Wir haben im Vorjahresvergleich 60 000 Arbeitslose mehr. Wir haben 60 000 Leute auf Kurzarbeit, Herr Schneider; sie kommen vielfach aus der MEM-Industrie - 60 000 Leute! Wenn wir keine Kurzarbeit hätten, wären diese zusätzlich arbeitslos; dann hätten wir in der Schweiz schon heute eine Arbeitslosigkeit praktisch auf Rekordhöhe. Alle Prognosen der Nationalbank, des Seco und der unabhängigen Institute besagen, dass wir im kommenden Jahr mit einer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, die es in der Schweiz überhaupt noch nie gegeben hat. Was sagt die Bundesverfassung zu diesem Problem? Die Bundesverfassung ist in diesem Punkt nicht neutral. Die Bundesverfassung verpflichtet den Staat, wirtschaftspolitisch Gegensteuer zu geben. Die Bundesverfassung verpflichtet uns zur Krisenbekämpfung. Die Schuldenbremse existiert auch in der Bundesverfassung, aber sie ist ein Mittel, um die Staatsfinanzen unter Kontrolle zu behalten, sie ist ein Mittel der Staatsführung. Die Schuldenbremse gilt nach unserer Verfassung ausdrücklich nicht in Krisenzeiten, und wir befinden uns in einer Krisenzeit. In einer solchen Krisenzeit ist der Staat verpflichtet, durch geeignete Massnahmen Gegensteuer zu geben, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Nun mag man sagen, dass dieses Paket für sich allein sehr bescheiden ausgefallen sei. Ich bin auch dieser Meinung; gemessen an der Grössenordnung des Problems hätte es ein anderes Paket gebraucht. Aber immerhin ist dieses dritte Konjunkturpaket gekommen. Nun kann man nicht einfach hingehen und sagen, man lehne es ab, weil es zu bescheiden sei, sondern man muss in der Detailberatung dafür sorgen, dass die richtigen Massnahmen getroffen werden. Es ist Ihnen ja nicht entgangen - Sie haben ja auch an den Kommissionsberatungen teilgenommen -, dass das Paket in den Kommissionsberatungen angereichert worden ist. Wir haben es durchaus zu würdigen gewusst, dass Sie unseren Anträgen auf vorzeitige Rückerstattung der CO₂-Abgabe zugestimmt haben und dass Sie auch zugestimmt haben, dass die Kurzarbeit von 18 auf 24 Monate verlängert werden kann, gerade im Interesse der Betroffenen in der MEM-Industrie. Aber wenn man diese beiden Massnahmen will, die in der Kommission auch von den Vertretern der FDP und der SVP akzeptiert worden sind, nämlich dass auch die CO₂-Abgabe - die SVP war ja ursprünglich überhaupt gegen die CO₂-Abgabe! - der Bevölkerung im Jahr 2010 vorzeitig zurückerstattet wird, wie es vorgesehen ist, dann kann man zu diesem Paket nicht Nein sagen. Herr Pelli sagte, die FDP-Fraktion mache nicht

Totalopposition gegen dieses Konjunkturpaket, sondern sie werde sich nachher im Einzelnen mit den vorgeschlagenen Massnahmen befassen. Das verträgt sich aber nicht mit einem Nichteintreten: Wenn man auf eine Totalopposition, die ja auch verfassungswidrig wäre, verzichtet, muss das logischerweise dazu führen, dass auf das Paket eingetreten wird und dass nachher die Vorlage bereinigt wird. Für die Schweizer Bevölkerung steht viel auf dem Spiel. Herr de Buman hat beim Eintreten gesagt, dass das Paket innerhalb der Schuldenbremse Massnahmen im Bereiche der Prämienverbilligungen umfasse. Leider müssen wir nach den Beschlüssen von letzter Woche feststellen, dass es hier schlecht aussieht. Was auf die Leute zukommt, sind massive Erhöhungen bei den Krankenkassenprämien, die nicht abgedeckt werden, wenn wir von der Rückerstattung der CO₂-Abgabe absehen. Das ist ein grosses Problem. Steuererleichterungen sind keine Antwort. Noch ein letztes Wort zu Herrn Spuhler: Was das Problem mit der CO₂-Abgabe betrifft, sind die gleichen Bemerkungen zu machen wie zu den Aussagen des Freisinns. Herr Spuhler ist ja jemand, der von einem permanenten Konjunkturförderungsprogramm der öffentlichen Hand profitiert. Sie profitieren davon, dass der Staat eine Verkehrspolitik zur Förderung des öffentlichen Verkehrs macht, dass er sinnvollerweise dafür sorgt, dass die Rollmaterialindustrie läuft. Diese Investitionspolitik, die für Ihr Unternehmen eine grosse Rolle spielt, muss auch anderen zugutekommen. Es geht um zu viel bei diesem Konjunkturprogramm, als dass man das einfach aus ideologischen Gründen verwerfen könnte. Es geht darum, dass die Leute Arbeit haben. Eine Massenarbeitslosigkeit wäre das Schlimmste für unser Land.

1.2 Sommaruga Simonetta (2009-09-09) - fear (0.80)

Business item (original title): Konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen. Befristetes Bundesgesetz

Der Bundesrat unterbreitet den eidgenössischen Räten mit dieser Botschaft ein Bundesgesetz über befristete konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen. Es handelt sich um die dritte Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen. Mit diesem befristeten Gesetz sollen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden für Massnahmen im Bereich des Arbeitsmarkts und der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie für befristete Finanzhilfen für die Auslandspromotion, wobei hierzu keine neue gesetzliche Grundlage notwendig ist. Konkret geht es einerseits darum, die Instrumente der Arbeitslosenversicherung zu ergänzen, um die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. In diesen Bereichen muss nämlich mit einer besonders starken Zunahme gerechnet werden. Die neusten, erschreckenden Zahlen hierzu haben Sie in den letzten Tagen gehört. Deshalb wird das Ziel verfolgt, den Einstieg der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Mit vorübergehend geschaffenen Arbeitsplätzen in Stellennetzen und für Sonderaufgaben sollen die negativen Auswirkungen der Langzeitarbeitslosigkeit gemildert werden. Schliesslich soll mit Qualifizierungsmassnahmen die Zeit der Arbeitslosigkeit überbrückt oder unterbrochen werden. Zuletzt schlägt der Bundesrat auch Massnahmen vor, die dazu dienen sollen, die Potenziale für den Technologiestandort Schweiz zu nutzen und Voraussetzungen zu schaffen für den Zeitpunkt, wenn der Aufschwung einsetzt. Die Kosten für diese Massnahmen sind auf 400 Millionen Franken begrenzt. Davon sind 350 Millionen Franken zur Vermeidung von zusätzlicher Arbeitslosigkeit respektive für eine Aus- und Weiterbildungsoffensive vorgesehen. Von diesen Massnahmen sollen insgesamt über 28 000 Personen profitieren können. Der Bundesrat ist der Meinung, dass diese Massnahmen ausserhalb des Budgets der Arbeitslosenversicherung finanziert und organisiert werden sollen. Die Kosten sind im Voranschlag 2010 bereits berücksichtigt, und sie bewegen sich innerhalb der Schuldenbremse. Da verschiedene Massnahmen die Limite der Ausgabenbremse überschreiten, wird für sie eine qualifizierte Mehrheit erforderlich sein. Ihre Kommission hat sich ausführlich und zum Teil auch kontrovers über die Konjunkturprognosen unterhalten. Dabei standen zwei Fragen im Zentrum: einerseits die Frage, ob die leicht positiven Wachstumsraten, die man im zweiten Quartal in Deutschland und Frankreich feststellen konnte, nicht eine Aufhellung am Konjunkturhimmel bedeuteten und somit

ein weiteres Stabilisierungsprogramm im Moment unnötig machen; andererseits die Frage, ob weitere Stabilisierungsmassnahmen die Anstrengungen der Wirtschaft nicht untergraben würden und ob es sich, wenn schon, um die wirklich geeigneten Massnahmen handle. Die Kommission liess sich schliesslich mehrheitlich davon überzeugen, dass die leicht positiven Wachstumsraten im Kontext gesehen werden müssen. Das erste Quartal in Deutschland war nämlich das schlechteste der ganzen Nachkriegszeit. Der leichte Anstieg, der sich nun abzeichnet, bedeutet lediglich, dass der Absturz nicht im gleichen, ungebremsten Tempo weitergeht. Das ist zwar erfreulich, genügt aber nicht, um eine Trendwende festzustellen, die sich in naher Zukunft auch auf die Schweiz auswirken würde. Es kommt hinzu, dass es problematisch sein kann, dass die Rezession anhand des BIP definiert wird. Denn häufig ist es so, dass man schon im Aufschwung ist, wenn der Effekt bei der Arbeitslosigkeit ankommt. Im Klartext heisst das, dass es am Arbeitsmarkt kaum spürbar sein wird, selbst wenn die Schweiz im nächsten Jahr ein ganz kleines Wachstum realisiert. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt setzt ja eben erst ein. Der Höhepunkt wird im Winter 2010/11 erreicht, der steile Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in den letzten zwölf Monaten ist ein erstes Zeichen dafür. In den nächsten Monaten wird auch die Langzeitarbeitslosigkeit steigen. In Bezug auf die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen kam die Mehrheit Ihrer Kommission zum Schluss, dass es sich um wichtige, um gezielte und um sinnvolle Massnahmen mit praxisnahen Ansätzen handelt. Zitiert wurde auch der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman, der die These vertritt, dass direkte Massnahmen in einer Wirtschaftskrise bedeutend wirksamer und effizienter seien als steuerliche Instrumente. Ihre Kommission empfiehlt Ihnen mit 10 zu 2 Stimmen bei 0 Enthaltungen, auf die Vorlage einzutreten.

1.3 Fetz Anita (2008-12-17) - fear (0.80)

Business item (original title): Revision FHG. Ergänzungsregel zur Schuldenbremse

Ich beantrage Ihnen aus drei Gründen Nichteintreten auf dieses Geschäft: Erstens ist es aus meiner Sicht der vollkommen falsche Zeitpunkt für die Einführung einer Ergänzungsregel zur Schuldenbremse. Zweitens haben wir noch zu wenig Erfahrung mit der bestehenden Schuldenbremse, weil wir sie noch nicht über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg erlebt haben. Und drittens bin ich dagegen, dass das Parlament einen weiteren Abbau seiner Budgethoheit vornimmt. Zum ersten Grund eine etwas ausführlichere Erklärung: Auch der Kommissionspräsident hat es erwähnt, wir stehen kurz vor einer grossen Rezession und mitten in einer Finanzkrise. Das ist der denkbar ungünstigste Zeitpunkt für die Einführung einer neuen, einengenden Regel in der Finanzpolitik. Stellen Sie sich mal die Auswirkungen vor, wenn diese Ergänzungsregel für das 6 Milliarden Franken schwere UBS-Rettungspaket schon gegolten hätte. Ich weiss, dass es noch nicht gilt, aber wir können es als Beispiel nehmen. Wir müssten im Worst Case - ich nehme jetzt wirklich den allerschlechtesten der schlechten Fälle an - jedes Jahr 1 Milliarde Franken im ordentlichen Haushalt amortisieren. Dazu kämen dann noch die prognostizierten Mindererträge, die in einer Wirtschaftskrise immer da sind. Das hiesse, wir müssten bei den Ausgaben mindestens 2 Milliarden Franken pro Jahr einsparen oder uns weiter verschulden - das kann ja nicht der Sinn dieser Übung sein. Es ist klar, dass diese Regel in Notsituationen nicht gilt und dass sie flexibel ist. Wir müssen uns daher bewusst sein, dass wir hier einfach ein Schönwetterprogramm beschliessen, bei dem alle die Verschuldungsmassnahmen, die man aufgrund von speziellen Notsituationen treffen muss, ausgenommen sind. Ja, wofür brauchen wir die Ergänzungsregel dann noch? Besonders gefährdet sind aus meiner Sicht die langfristigen Investitionen in Verkehrsinfrastrukturen, z. B. über den FinöV-Fonds. Dort wären wir auch gezwungen, relativ rasch zu amortisieren. Sie wissen selber, dass dort milliardenschwere Projekte geplant sind, die selbstverständlich eine sehr viel längere Frist als die vorgesehenen sechs Jahre brauchen. Zum zweiten Grund: Wir haben bei der geltenden Schuldenbremse noch keine Erfahrung über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg. Wir machen diese Erfahrung jetzt, indem wir zum ersten Mal erleben, was sie bedeutet, welche Auswirkungen sie praktisch - eben nicht nur theoretisch, sondern praktisch - in einer Rezession hat, wie sie sich auswirken wird. Zudem ist eine neue Regel

zurzeit alles andere als eine Notwendigkeit. Der Bundeshaushalt steht gut da, das strukturelle Defizit haben wir bewältigt, die Situation unserer Bundesfinanzen entspricht den Maastricht-Kriterien. Es gibt also keinen aktuellen Grund, um jetzt eine neue Finanzregel einzuführen. Dann noch ein Wort zur Begründung des Bundesrates in seiner Botschaft - auch der Kommissionssprecher hat dies jetzt genannt -: Das Hauptmotiv zur Einführung einer Ergänzungsregel ist mit dem wachsenden Schuldenanstieg der vergangenen Jahre begründet. Welche konkreten neuen Schulden wurden in den letzten fünfzehn Jahren gemacht? Da muss man schon noch einmal Klartext reden. Es hat sich jetzt eingebürgert zu sagen, dass wir in den Neunzigerjahren einen enormen Schuldenanstieg hatten. Was waren das für Schulden? Die Ausgliederung und Ausfinanzierung der Pensionskassen und die Entschuldungsmassnahmen für die SBB im Rahmen der Bahnreform haben einen gewaltigen Schuldenberg produziert. Doch das sind überhaupt keine neuen Schulden. Diese bestehen nämlich seit Jahrzehnten. Man hat einfach politisch beschlossen, mehr Transparenz bezüglich der Verpflichtungen des Bundes zu schaffen. Hätte man das schon in den Sechzigerjahren gemacht, hätten wir gesehen, dass wir damals schon so hohe Schulden hatten. Das ist eine ganz einfache Erklärung. Man weist die Schulden heute anders aus, aber es gehört zur Abteilung der Mythen zu sagen, wir hätten in den Neunzigerjahren einen riesigen zusätzlichen Schuldenberg gehabt. Wir haben damals Schulden in Bezug auf strukturelle Positionen gemacht, aber diese haben wir in den letzten Jahren wieder korrigiert. Das heisst, ich sehe keine Veranlassung, aufgrund der Situation des Bundeshaushaltes diese Regel einzuführen. Zum dritten Grund, den ich erwähnt habe: Ich sehe auch keine Veranlassung, die Kompetenz des Bundesrates und des Parlamentes noch mehr einzuschränken. Am Schluss haben wir eine total regelgebundene Finanzpolitik. Etwas pointiert ausgedrückt: Dann kann Bundesrat Merz einfach alle Zahlen in die regelgebundene Software eingeben, Herr Siegenthaler druckt sie aus, und wir nicken sie ab. Für mich ist und bleibt die Finanzpolitik eine zentrale politische Aufgabe unseres Parlamentes. Ich habe manchmal den leisen Verdacht, wer jetzt noch zusätzlich eine technokratische Schuldenbremsregel will, der sagt eigentlich implizit, dass er als Parlamentarier seine Verantwortung bezüglich der Bundesfinanzen nicht selber wahrnehmen kann. Ich für mich bin überzeugt, ich kann das ohne diese Ergänzungsregel. Fazit: Es gibt keinen Grund für eine neue Regel, und es ist der kreuzfalsche Moment, diese im jetzigen Zeitpunkt einzuführen. Wir stehen am Anfang einer Wirtschaftskrise von nie gekanntem Ausmass. Wir wissen heute noch nicht, welche Massnahmen diese dann erfordern wird. Ein Mittel, das in Schönwetterperioden greift, können wir dann immer noch machen, wenn die Schönwetterperiode wieder kommt. Darum bitte ich Sie, auf die Vorlage nicht einzutreten.

1.4 Rechsteiner Paul (2014-03-19) - anger (0.90)

Business item (original title): Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Volksinitiative

Ecopop ist eine Angstmacherinitiative. Sie bewirtschaftet die Sorge um unsere Umwelt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Statt aber umweltpolitisch zielführende Vorschläge zu machen, schiebt sie die Schuld an den Problemen den Einwanderinnen und Einwanderern zu, den Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in die Schweiz kommen. Die Ecopop-Initiative ist eine fremdenfeindliche Initiative mit einem umweltpolitischen Mäntelchen. Sie will die Zuwanderung auf 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung begrenzen. Sie geht damit - wie jetzt mehrfach unterstrichen worden ist - viel weiter als die SVP-Initiative, was die Zahlen betrifft. Dabei erfasst sie allerdings nur die ständige Wohnbevölkerung, nicht aber Kurzaufenthalter und Grenzgänger. Das Ausweichen auf Kurzaufenthalter fördert aber befristete und prekäre Arbeitsverhältnisse, was erfahrungsgemäss zu starkem Lohndruck in den betroffenen Branchen führt. Das drückt auf die Dauer auch die Löhne der Einheimischen. Aber nicht nur für die Lohnabhängigen ist das schädlich, auch umweltpolitisch ist es widersinnig. Die Grenzgänger, die teilweise grosse Strecken zurücklegen, sind mehrheitlich mit dem Auto unterwegs. In der Schweiz ist der umweltfreundliche öffentliche

Verkehr weit besser ausgebaut. Die Initiative beschränkt sich nicht auf die Schweiz: Sie verlangt, 10 Prozent der Entwicklungsausgaben seien für die Familienplanung einzusetzen. Was soll das mit den propagierten umweltpolitischen Zielen zu tun haben? Die CO₂-Belastung pro Kopf ist beispielsweise in einem afrikanischen Land wie Niger 54-mal tiefer als in der Schweiz. Und die USA, ein weiteres Beispiel, verursachen für sich allein eine viermal grössere Umweltbelastung als Indien mit einer viermal grösseren Bevölkerung. Es geht den Bevölkerungspolitikern von Ecopop offensichtlich nicht um die Umweltpolitik. Ihre Agenda ist eine andere. Was würden wir sagen, wenn ein anderer Staat in seiner Verfassung bevölkerungspolitische Massnahmen in Form von Familienplanung für die Schweiz festschreiben würde? Wir würden das als unerträglichen, unakzeptablen Imperialismus brandmarken. In der Ecopop-Initiative kommt ein bedenkliches Herrenvolkdenken zum Ausdruck. Auch deshalb muss sie entschieden abgelehnt und bekämpft werden. Wenn es um Bevölkerungspolitik geht, zeigt die jüngere Schweizer Geschichte im Übrigen drastisch, wie die Befindlichkeiten der Gegenwart jeweils die bevölkerungspolitischen Vorstellungen für die Zukunft geprägt haben. Es war der Zürcher Armensekretär Schmid, der 1912 in einer wirtschaftlichen Boomphase den unseligen Begriff der Überfremdung prägte. Er prognostizierte damals, dass die Schweizerinnen und Schweizer 1970 in der Schweiz nur noch eine Minderheit bilden würden. Und parallel zum Aufstieg von Schwarzenbach wurde in den Sechzigerjahren für das Jahr 2000 die 10-Millionen-Schweiz vorhergesagt. Umgekehrt kam in der Krise der Dreissigerjahre die Angst vor der aussterbenden Schweiz auf. All diese bevölkerungspolitischen Vorstellungen waren falsch. Sie waren Ausdruck von Ängsten der jeweiligen Gegenwart, die regelmässig fremdenfeindlich politisch bewirtschaftet wurden, so wie heute. Der Angst müssen die Fakten entgegengehalten werden. Wenn die Umwelt bedroht ist, braucht es eine Umweltpolitik, die diesen Namen verdient, und es braucht eine offensive Auseinandersetzung mit dem Irrglauben, dass es den Menschen besser ginge, wenn weniger von ihnen da wären. Am letzten Wochenende habe ich den neuen Film des Altmeisters Yves Yersin gesehen, "Tableau noir". Der Film spielt im Neuenburger Jura und zeigt anschaulich, weshalb in einer solchen Region eine Schule geschlossen werden muss: weil es in dieser Region zu wenige Schüler gibt, zu wenige Menschen - und nicht etwa zu viele. Überhaupt, wo sind die Probleme, auch die Umweltprobleme, grösser: im Osten Deutschlands, das sich bevölkerungsmässig entleert, oder in Bayern oder Baden-Württemberg, Bundesländern, die ähnlich wie die Schweiz wirtschaftlich boomen und eine starke Zuwanderung kennen? In Auswanderungsregionen, die wirtschaftlich am Boden liegen, ist auch die Umwelt meist schlecht dran. Detroit mit seinen leeren Strassenzügen und den heruntergekommenen Fabriken ist das negativste Szenario, auch umweltpolitisch. In den Schweizer Medien hat in letzter Zeit die biologistisch aufgeladene Metapher vom sogenannten Dichtestress das Wort "Überfremdungsangst" als bevölkerungspolitischen Kampfbegriff abgelöst. Es braucht eine neue Aufklärung gegen diese begriffliche Verfinsterung bei der Bekämpfung der Ecopop-Initiative, aber auch weit darüber hinaus. Noch einige Worte zur Frage der Ungültigkeit. Auch ich bin der Meinung, dass sich die Frage nach der Ungültigkeit stellt, bei Volksinitiativen generell, aber nicht im Zusammenhang mit der Problematik der Einheit der Materie, was bei einer Ungültigerklärung zu politischen Ermessensentscheiden und auch zu Willkürentscheiden führen kann. Deshalb bin ich klar der Meinung, dass diese wie auch die Erbschaftssteuer-Initiative und weitere Initiativen gültig zu erklären sind. Die Problematik stellt sich dort, wo Initiativen mit den fundamentalen Menschenrechten, wie sie auch international garantiert sind, in Konflikt geraten. Wir werden bald wieder Gelegenheit bekommen, uns mit dieser fundamentalen Problematik von Volksinitiativen auseinanderzusetzen. Wie ich meine, stellt sich diese Frage dort, aber nicht hier.

1.5 Sommaruga Carlo (2020-03-11) - fear (0.80)

Business item (original title): Aussenwirtschaftspolitik 2019. Bericht

Je n'entendais pas prendre la parole sur ce rapport, mais les circonstances, à savoir la situation que nous vivons en lien avec le coronavirus et les conséquences économiques qui en découlent, m'amènent

à faire quelques réflexions. Dans le rapport, il est mentionné de manière très claire qu'on est dans une situation particulière au niveau international, avec l'érosion concrète, qui se précise, du consensus autour de la mondialisation libérale. On assiste à un repli des pays qui se traduit par des mesures protectionnistes et par une perte de confiance des populations dans cette politique internationale de mondialisation. Ma crainte est que, étant donné ce qui est en train de se passer à cause du coronavirus, on assiste à une aggravation de ce repli, qu'on dira nationaliste et identitaire, et à une multiplication de mesures protectionnistes au niveau économique. Il me semble donc relativement important que le Conseil fédéral, comme il l'exprime déjà dans son rapport, puisse développer un discours multilatéral avec des pays "like-minded", pour renforcer la mondialisation, mais une mondialisation qui s'inscrit plus dans l'Agenda 2030, plus dans une optique de développement durable, pour retrouver un consensus entre dirigeants des nations, mais qui bénéficie de l'appui de la population. En d'autres termes, cette préoccupation exprimée par le Conseil fédéral dans le rapport risque, en fait, de s'accroître dans l'avenir proche, et elle doit amener à une réaction plus dynamique et plus active du Conseil fédéral. Je n'ai pas de recette à donner, parce que nous sommes dans une situation compliquée, mais il y a peut-être lieu de relancer collectivement, avec d'autres nations, le débat autour de cela, en recréant un consensus qui a été à ce jour perdu.

1.6 Sommaruga Carlo (2023-06-07) - fear (0.80)

Business item (original title): Änderung des Kriegsmaterialgesetzes

Une phrase prononcée par notre collègue Würth est essentielle, à savoir que la neutralité de la Suisse ne peut exister que si elle est reconnue par les tiers. J'aimerais donc poser la question suivante: quelle sera la perception de la neutralité après que notre Parlement aura pris, en plein conflit d'agression de la Russie contre l'Ukraine, aujourd'hui voire plus tard, une décision qui permettra la réexportation d'armes à l'un des belligérants partie à ce conflit? Il est clair que ce type de décision de notre Parlement, qu'elle intervienne aujourd'hui, ou plus tard dans l'autre chambre, aura un impact significatif. Je dois vous dire qu'en tant qu'élus genevois qui défendent la Suisse internationale sur la place genevoise, ces décisions m'inquiètent. Je m'inquiète de la perception que l'on pourrait avoir de la Suisse quant à sa neutralité. Car la force de la Genève internationale, c'est aussi la neutralité. On peut bien sûr faire une lecture étroite de la neutralité au sens juridique et dire que l'on peut, aujourd'hui, modifier la loi sans remettre en question nos engagements de 1907. Mais, dans les faits, comment cela sera-t-il perçu par les autres Etats? Et là, permettez-moi de douter de ce que vous dites, à savoir que la perception ne va pas changer. Au contraire, le fait de changer les règles du jeu au cours d'un conflit majeur - qui change la face du monde, je veux bien l'admettre - a un impact extrêmement fort. Jusqu'à maintenant, les critiques à propos de notre neutralité n'ont été formulées que par la Russie et la Biélorussie. Cela fait donc partie d'une stratégie de positionnement de cette puissance et de son alliée et d'une stratégie de communication. Mais demain, avec la modification de loi proposée, soit par la motion, soit par l'initiative parlementaire, d'autres Etats émettront des critiques à l'égard de la Suisse. Et c'est cette extension des critiques au sujet de notre neutralité et de la Genève internationale qui est, à mon avis, extrêmement préoccupante. C'est le premier aspect. Le second aspect, c'est que ces lois vont être perçues par l'extérieur comme des lois pour résoudre notre participation indirecte à l'alliance d'armement de l'Ukraine, mais, dans les faits, elles ne serviront pas à cela. En effet, les délais de mise en oeuvre de la motion et de l'initiative parlementaire, même si l'on va aussi vite que l'on peut, dépasseront très probablement - avec quasi-certitude - la fin du conflit; on ose l'espérer. Nous n'imaginons pas pour l'instant que ce conflit va durer encore trois ou quatre ans. Nous aurions donc surtout adopté une loi - et cela a été dit par le porte-parole de la minorité - qui favorise les possibilités d'exportation de l'armement. Cela a été aussi confirmé dans ses explications de manière implicite par notre collègue Burkart. Soyons donc clairs: aujourd'hui, nous ferions une loi qui permet plus facilement l'exportation en raison de la possibilité de réexportation, alors que cela va finalement à l'encontre de la philosophie développée

par notre Parlement ces dernières années en matière de politique d'exportation d'armes, à savoir de restriction de cette politique. Dans ces conditions, compte tenu des problématiques relatives à la neutralité telle qu'elle est perçue par les états tiers, de l'impact possible sur la Genève internationale et du fait qu'il faut rester dans cette perspective de restriction des exportations en vue d'éviter que l'on retrouve des armes suisses dans des conflits tiers, je vous invite à rejeter la motion et à ne pas donner suite à l'initiative parlementaire.

1.7 Schwaab Jean Christophe (28.02.2012) - anger (0.85)

Business item (original title): Missbrauch des Konkursverfahrens verhindern

La motion dont nous traitons actuellement part du constat que les faillites abusives en chaîne se multiplient. Le processus est toujours le même: cela commence par une faillite qui n'est bien entendu pas condamnable en soi, une faillite dont il n'y a souvent rien à tirer de la masse. Les salariés, les assurances sociales, les fournisseurs, n'ont en général aucune possibilité de recouvrer leurs créances parce qu'il n'y a rien à tirer. Puis assez rapidement, le détenteur de l'entreprise crée une nouvelle entreprise, qui déploie la même activité, parfois même avec le même personnel que précédemment, bien entendu sous une autre raison sociale, nouvelle entreprise qui ne tarde pas à faire faillite à son tour. Elle est suivie par une autre entreprise qui fait faillite, puis par une autre entreprise qui fait faillite aussi, et ainsi de suite. Nous constatons que, par exemple dans le bâtiment ou dans les arts et métiers, ce genre de pratique détestable tend à se multiplier. Cette méthode est malhonnête. Elle revient en effet à gruger les salariés qui souvent doivent mettre une croix sur bon nombre de leurs créances de salaire. Elle revient à escroquer les assurances sociales qui, elles également, perdent des cotisations. Elle revient à créer une concurrence déloyale envers les entreprises honnêtes qui font faillite de bonne foi si elles le doivent et qui, le reste du temps, s'efforcent de mener des activités loyales. Enfin, cette méthode revient à une certaine sous-enchère salariale, car bien évidemment celui qui n'a pas à payer les salaires, les fournisseurs, les assurances sociales, parce qu'il se mettra en faillite, peut casser les prix. La commission est donc unanime pour vous proposer d'accepter cette motion qui mandate le Conseil fédéral de trouver le moyen d'endiguer ce qui est un véritable fléau. Il est vrai que la façon d'endiguer ce fléau ne sera pas évidente et là nous ne pouvons que recommander au Conseil fédéral de jeter un coup d'oeil au droit comparé. Les pays qui nous entourent et les pays européens ont certaines solutions qu'il conviendra d'examiner en détail pour voir si la législation helvétique ne peut pas reprendre certaines de ces bonnes pratiques. On peut penser à des normes pénales, à des interdictions de refonder une nouvelle entreprise, en particulier pour un débiteur qui laisserait de nombreuses créances salariales ouvertes. Il va de soi que toutes ces propositions sont des mesures extrêmement fortes. Ce sont des limitations assez importantes de la libre entreprise et il faudra veiller à ce qu'elles ne touchent pas ceux qui font faillite de bonne foi. Encore une fois, faire faillite est quelque chose de très courant, cela peut arriver, et il ne faut pas que les personnes qui ont le malheur de tomber en faillite soient pénalisées parce que quelques tricheurs abusent de cette procédure. Bien entendu, comme souvent, ceux qui trichent sont très peu nombreux, mais en l'espèce, les dégâts qu'ils causent peuvent être considérables. C'est pourquoi la commission a reconnu à l'unanimité le besoin d'agir et vous demande d'accepter cette motion.

1.8 Nordmann Roger (28.02.2012) - enthusiasm (0.80)

Business item (original title): Sonderuntersuchung der Fehler der UBS seit 2000 durch die Finma

Par deux fois, UBS a conduit le pays à une situation très difficile et extraordinaire. Une fois, elle a

dû être recapitalisée et une autre fois, il a fallu passer un accord avec un autre Etat, les Etats-Unis en l'occurrence. Tout cela a nécessité la modification de lois et la ratification de décisions ex post. Une enquête de la Commission de gestion a porté sur la façon dont la Confédération avait surveillé UBS et sur la façon dont elle avait géré la crise. Dans le rapport de la Commission de gestion, la recommandation 19 dit ceci: "Bien que les Commissions de gestion se soient limitées à leurs propres compétences dans le cadre de cette inspection, elles ne peuvent s'empêcher de constater qu'il existe toujours dans le public un besoin important de transparence concernant les activités internes de la banque et les responsabilités. La présente enquête ne peut répondre que partiellement à ce besoin ... Les Commissions de gestion demandent au Conseil fédéral, ainsi qu'à UBS: - de veiller, respectivement de créer les conditions nécessaires à ce que la manière dont UBS, notamment le conseil d'administration, la direction du groupe et la société de révision a géré à l'interne la crise des subprimes; - que les affaires transfrontalières de la banque aux Etats-Unis soient revues en profondeur; - que toute la transparence soit faite sur la décision du conseil d'administration de UBS de ne pas entamer les procédures pénales et civiles contre les anciens cadres de UBS; - que les résultats et conclusions essentiels de ces travaux soient rendus publics." La Commission de gestion conclut sa recommandation 19 en disant: "Pour les Commissions de gestion, il est absolument crucial que ces examens soient menés de manière complètement indépendante, par exemple par un groupe d'experts neutre." C'est précisément ce que je souhaite avoir avec cette initiative parlementaire, qui a d'ailleurs été signée par 91 conseillers et conseillères nationaux. Il faut effectuer une enquête globale pour comprendre l'ensemble des problèmes générés par UBS. L'opinion publique et le Parlement ont le droit de savoir ce qui s'est passé. Ceci s'inscrit exactement dans l'esprit de la recommandation 19 du rapport de la Commission de gestion. Pourquoi proposer que ce soit la FINMA qui effectue cette enquête? Tout simplement parce qu'elle a les compétences et la capacité, parce qu'elle dispose des prérogatives nécessaires et parce qu'elle est une autorité administrative. D'ailleurs, l'enquête que je propose ne vise pas des sanctions, mais simplement à établir la transparence sur l'ensemble du dossier UBS sur la période 2000 à 2009. Par deux fois, le Parlement a adopté des dispositions légales extraordinaires avec des conséquences financières, et je ne trouverais donc pas choquant de modifier temporairement la loi sur la FINMA pour enfin comprendre de manière complète ce qui a dysfonctionné dans le dossier UBS. Cette initiative parlementaire est la dernière possibilité de savoir ce qui s'est effectivement passé à UBS. Le rétablissement de la transparence est une question d'"hygiène politique" et de dignité de l'Etat et du pays. On a imposé à l'Etat de mener une enquête hyper-pointue par le biais des Commissions de gestion sur la façon dont l'Etat a fait face aux problèmes de UBS. Mais sur UBS elle-même, qui est quand même la cause du problème, on n'a pas mené une enquête complète qui offre une vue d'ensemble. Le prix moral à payer pour ces deux sauvetages successifs de UBS, c'est que la transparence soit enfin établie. Demain nous débattons encore une fois au Parlement des conséquences indirectes de la débâcle de UBS en matière de coopération fiscale. Il est temps que la lumière soit faite, et je vous prie d'accepter mon initiative parlementaire.

1.9 Aubert Josiane (28.02.2012) - hope (0.80)

Business item (original title): Sprachgebrauch in den audiovisuellen Medien

Par son initiative parlementaire, Monsieur Hodgers soulève la question de l'utilisation de plus en plus généralisée du dialecte alémanique à la radio et à la télévision, y compris pour les émissions d'information, de débat, et les émissions scientifiques. Il demande une modification de l'article 24 alinéa 5 de la loi fédérale sur la radio et la télévision, en vue d'une application plus stricte de la langue standard dans le but de préserver au mieux la cohésion nationale en permettant à plus de personnes dans les autres régions linguistiques de suivre ces émissions. Cette question n'est pas soulevée pour la première fois, et la commission en a déjà longuement débattu en 2007 avec les responsables de la SSR. L'article 23 alinéa 5 actuel stipule: "Dans les émissions importantes

susceptibles d'intéresser un public au-delà de la région linguistique et hors des frontières nationales, la langue standard est en règle générale utilisée." Monsieur Hodggers souhaite élargir la portée de cet article aux émissions d'information, aux débats et aux émissions scientifiques, en gardant le terme "en règle générale". Si la commission a effectivement reconnu que la question n'était pas résolue de manière satisfaisante avec l'article actuel, elle a estimé que la proposition faite par notre collègue n'apporterait pas de solution à cette question délicate d'équilibre à avoir entre le respect des différentes cultures et langues de notre pays et le respect du dialecte employé par la majorité alémanique. Pour les Alémaniques, le dialecte est la langue du coeur, et l'usage de la langue standard est une façon de tenir éloignée une partie importante de la population d'émissions qui lui sont en priorité destinées: cette réalité ne peut être niée. Convaincue que ces équilibres subtils ne seront pas mieux respectés avec la modification de loi proposée, la commission, par 14 voix contre 9 et aucune abstention, a décidé de ne pas donner suite à l'initiative parlementaire Hodggers. La minorité de la commission s'inquiète plus généralement de l'évolution de la compréhension entre les communautés culturelles et linguistiques qui forment notre pays. Elle estime qu'il y a lieu de porter une attention particulière à la problématique soulevée par cette initiative et les deux autres déposées par Monsieur Hodggers et souhaiterait y donner suite pour cette première phase.

1.10 Rossini Stéphane (08.12.1999) - anger (0.90)

Business item (original title): "Für eine freie Arzt- und Spitalwahl". Volksinitiative

J'interviens en ce qui concerne l'initiative populaire "pour des coûts hospitaliers moins élevés". Tous les indicateurs relatifs à l'évolution du système de santé sont catégoriques. A l'avenir, les coûts seront très étroitement et inéluctablement influencés par différents phénomènes qui imposeront de maintenir le niveau des prestations actuelles, mais aussi de prendre en considération de nouvelles prestations inhérentes, notamment la prise en charge des personnes âgées en établissement médico-social et dans les centres médico-sociaux par les soins à domicile, et encore d'intégrer les nouvelles technologies pour répondre aux besoins des malades et atténuer leurs souffrances. Tenir dans ce contexte de besoins évidents le discours de la réduction des coûts et aller bien au-delà de leur maîtrise, ce que veut l'initiative populaire, c'est soit se voiler la face, soit agir pour démanteler notre système de protection sociale bâti au cours du siècle à force de dialogue. L'initiative populaire qui nous est soumise a le mérite de la clarté, car elle attaque de front notre régime solidaire de prise en charge des coûts par l'assurance-maladie. Cependant, proposer, comme le fait cette initiative populaire, d'exclure la couverture ambulatoire de l'assurance sociale, c'est s'inscrire en rupture totale d'avec le système actuel; c'est générer à coup sûr une médecine à deux vitesses; c'est favoriser l'exclusion des plus démunis, voire d'une grande part de la population des classes moyennes; c'est valoriser la pratique de l'assistance au détriment de l'assurance; c'est pénaliser les personnes âgées malades; c'est entretenir l'illusion d'une diminution des coûts. Bien que dans l'air du temps, notamment suite à certaines affirmations qui ont été exprimées à maintes reprises ces dernières semaines, cette initiative populaire s'avère politiquement, et surtout socialement, inacceptable. Elle doit être clairement rejetée et combattue. Les solutions en matière d'assurance-maladie ne se trouvent pas dans des propositions aussi simplistes.

1.11 Carobbio Guscetti Marina (05.06.2012) - hope (0.80)

Business item (original title): Für eine starke Post. Volksinitiative

"La Confederazione garantisce a tutti gli abitanti una rete capillare di uffici postali e un accesso semplice e rapido a tutte le prestazioni di un servizio universale aperto al futuro." Così inizia

il testo dell'iniziativa popolare "per una posta forte". Quello che chiede l'iniziativa è una realtà che purtroppo molte regioni periferiche della Svizzera conoscono sempre meno, malgrado il ruolo e dovere di servizio pubblico della Posta svizzera e malgrado il fatto che tutti, nel nostro Paese, dovrebbero avere diritto ed accesso alle stesse prestazioni di servizio pubblico: in tutto il territorio nazionale, in tutte le regioni, nelle regioni di montagna come nelle città, nei quartieri e nei paesi. Il servizio pubblico necessita di essere rafforzato e garantito in tutta la Svizzera, appunto, in tutte le regioni, anche in quelle più discoste. L'iniziativa "per una posta forte" con le sue più 110 000 firme raccolte in breve tempo ha già raggiunto un risultato parziale, incidendo sulla revisione della legge sulla posta, riuscendo a far ancorare in quella legge l'accesso al servizio universale postale. Ciò non può però bastare. Non può bastare, perché il servizio pubblico, che dovrebbe essere garantito in tutto il territorio nazionale, è a rischio. L'esternalizzazione di servizi e la creazione di agenzie al posto degli uffici postali non è una risposta sufficiente. I pagamenti in contanti - questo è già stato detto da alcuni - non possono essere effettuati, e in particolar modo per le persone anziane questo è ancora una necessità. Ma c'è di più: la Posta garantisce un servizio pubblico e deve garantirlo anche in futuro, ma deve anche salvaguardare posti di lavoro altamente qualificati in tutta la Svizzera, quindi anche nelle zone periferiche e di montagna. La Posta deve contribuire a rafforzare la coesione nazionale, senza la quale assisteremo sempre più a una desolidarizzazione nei confronti delle regioni più periferiche. Non possiamo permetterci una crescente disattenzione, che penalizza le regioni meno popolate e meno ricche che, per non perdere abitanti, devono lottare per il mantenimento degli uffici postali, del trasporto pubblico, delle scuole, degli ospedali e di altre infrastrutture pubbliche indispensabili. La necessità di preservare una rete postale capillare sull'intero territorio nazionale è quindi più che mai importante e urgente. I costi - è stato detto da chi è intervenuto e ha sostenuto l'iniziativa prima di me - potrebbero essere coperti dalle entrate generate dal monopolio delle lettere fino a 50 grammi e dagli utili di una banca postale controllata al 100 per cento dall'ex regia federale. I recenti piani di risparmio della Posta comportano la diminuzione di personale e di servizi offerti e ci preoccupano. Tagli annunciati come quelli nel settore della logistica e in altri ambiti, che addirittura mirano a introdurre condizioni di settori più precari in un'azienda pubblica, non solo sono inaccettabili ma dimostrano una necessità di sostenere l'iniziativa "per una posta forte". Con l'iniziativa si chiede, appunto, lo ripeto ancora una volta, una rete capillare su tutto il territorio svizzero con personale formato e competente in questo settore. Oltre alla necessità di garantire il servizio pubblico postale in tutta la Svizzera, di sostenere le regioni periferiche, aiutare l'economia e creare posti di lavoro, l'iniziativa permette di evitare una liberalizzazione del mercato postale, che potrebbe ancora arrivare e che finora siamo riusciti fortunatamente ad evitare per quanto riguarda un'apertura completa. Iscrivere il monopolio postale nella Costituzione significa di fatto evitare una riduzione delle prestazioni e un aumento dei prezzi per la stragrande maggioranza dei clienti. Vi invito quindi a raccomandare di accettare l'iniziativa "per una posta forte".

1.12 Semadeni Silva (06.06.2012) - enthusiasm (0.90)

Business item (original title): Raum für Mensch und Natur (Landschaftsinitiative). Volksinitiative

Lo sanno tutti, o quasi tutti: ogni secondo sparisce un metro quadrato di verde per far posto a strade, centri commerciali, parcheggi, edifici. Questo sviluppo territoriale è dispersivo, inghiotte superfici coltivate e preziosi spazi vitali per flora e fauna. I costi per le infrastrutture e i carichi ambientali sono elevati. Lo sanno tutti, o quasi tutti, questo spreco del suolo a scopi edilizi non può continuare. Anche le generazioni future hanno diritto a un paesaggio vivibile e a possibilità di sviluppo. L'iniziativa per il paesaggio è stata lanciata nel 2007 proprio per sensibilizzare la popolazione a questi problemi e per far sì che la politica si assuma le proprie responsabilità - con successo, come vediamo oggi. Il problema dello sviluppo territoriale risiede però più che nelle basi costituzionali nella difficile e carente esecuzione della legge attuale. Per questo fin dall'inizio il comitato d'iniziativa, di cui

faccio parte, ha appoggiato l'idea di contrapporre all'iniziativa un controprogetto diretto valido ed efficace. Ora siamo a questo punto. Alla fine di questa sessione estiva il Parlamento si esprimerà definitivamente sulla revisione, le ultime differenze sono state eliminate. Fra le misure più importanti della revisione: l'articolo sulla riduzione delle zone edificabili sovradimensionate e la tassa di almeno 20 per cento sul plusvalore generato da nuovi azionamenti. Il rafforzamento del ruolo dei piani direttori cantonali dovrebbe, inoltre, ridurre le carenze esecutive. Lo sviluppo edilizio dovrà quindi svolgersi all'interno delle zone di costruzione ben dimensionate e densificarsi, come si dice nel linguaggio tecnico. Con la revisione le premesse perché questo avvenga sono migliorate. Se il Parlamento l'approverà anche nella votazione finale con tutta probabilità l'iniziativa per il paesaggio verrà ritirata. Quale membro del comitato d'iniziativa mi impegnerò in questo senso, mi impegnerò per il cosiddetto ritiro condizionato. Se il Parlamento però, contro ogni aspettativa, non approvasse la revisione o se un eventuale referendum l'annullasse, allora l'iniziativa popolare verrà portata in votazione. In questo caso, per assicurare i necessari progressi nello sviluppo territoriale, bisogna dire sì all'iniziativa per il paesaggio. Dunque vi chiedo, oggi, di fronte a queste eventualità, di raccomandare al popolo l'accettazione dell'iniziativa per il paesaggio. Ich habe noch drei Fragen an den Bundesrat, drei Fragen, die das Initiativkomitee im Hinblick auf den bedingten Rückzug der Landschafts-Initiative beschäftigen: Frau Bundesrätin Leuthard, ich frage Sie: Wird der Bundesrat dafür sorgen, dass die Bestimmungen im Gegenvorschlag durch die Verordnung und die technischen Richtlinien, z. B. zur Berechnung des Bedarfs an Bauzonen, zielführend umgesetzt werden? Wird der Bundesrat dafür sorgen, dass künftig nur kantonale Richtpläne als zentrale Vollzugsmittel genehmigt werden, die die gestiegenen Anforderungen erfüllen? Wird sich der Bundesrat dafür einsetzen, dass der Gegenvorschlag nach dem Rückzug der Initiative nicht durch die kommenden Revisionen des RPG postwendend wieder aufgeweicht wird?

1.13 Marra Ada (18.03.2010) - enthusiasm (0.80)

Business item (original title): Für Transparenz bei den Bundesratswahlen

Siccome la lingua italiana viene poco usata in quest'aula, la userò io oggi. La minoranza della commissione non capisce la differenza fatta dalla maggioranza tra voto su oggetti di legge e elezioni. Ogni cittadino può andare a consultare il voto dei suoi rappresentanti in Parlamento. Non bisogna dimenticarlo, siamo semplici rappresentanti del popolo, di tendenze politiche, di idee in comune. L'elezione al Consiglio federale è soprattutto il fatto di governare, non è un gesto semplicemente amministrativo o di gestione. Tutti i partiti lo sanno, poiché ogni partito mette in avanti la propria ricetta per cercare di riformare il governo. Non è la stessa cosa per esempio eleggere un radicale dell'ala repubblicana oppure un radicale dell'ala economica. Non è la stessa cosa eleggere un rappresentante del milieu delle banche o un rappresentante del mondo agricolo. Se non è così, allora perché tanti misteri ad ogni elezione? Perché una maggioranza della commissione si oppone a un gesto così naturale e democratico come la trasparenza del voto anche nelle elezioni? La Svizzera è un Paese democratico. Le semplici regole di buona governance implicano ormai la trasparenza - non solo dalle istituzioni private o economiche, ma anche nel milieu politico e negli spazi pubblici. In questo caso sembra addirittura un'evidenza. Faut-il rappeler que le monde politique manque aujourd'hui de crédibilité auprès de la population? Les élections au Conseil fédéral éveillent au plus haut point l'intérêt des gens pour la politique, mais elles suscitent aussi de vives critiques de leur part en raison des conditions dans lesquelles elles ont lieu. Rassurer les gens, assumer ses choix et respecter la démocratie en donnant suite à l'initiative parlementaire Hodgers semble donc une évidence pour la minorité de la commission. Elle vous demande de donner suite à cette initiative parlementaire.

1.14 Pedrina Fabio (17.03.2010) - enthusiasm (0.85)

Business item (original title): Für ein gesundes Klima. Volksinitiative. CO2-Gesetz. Revision

L'iniziativa popolare "per un clima sano" è sostenuta da una moltitudine di organizzazioni ambientaliste e partiti che rappresentano oltre un milione e mezzo di persone. Sono tutte persone altamente preoccupate della piega altalenante e poco convincente presa dalla politica climatica svizzera, fatta sin qui di troppi bei propositi e di risultati comunque insufficienti. L'obiettivo Kyoto per il 2012 sembra - sembra - potrà essere rispettato, ma non quello datoci con la corrente legge sul CO2. Questa politica è stata purtroppo codificata nella vecchia legge dalla maggioranza di questo Parlamento con una flessibilità tale da non disturbar troppo. Non si è agito sin qui con strumenti incisivi e commisurati alle esigenze del caso e alla gravità della situazione. Il clima ci manda da parecchi anni e a scadenze regolari dei messaggi di allarme, e vi risparmio l'elenco, sotto gli occhi di tutti; la maggioranza politica valuta e aspetta, sembra aspettare Godot. Su questo sfondo è stata lanciata l'iniziativa "per un clima sano", che in breve tempo ha raccolto un notevole numero di adesioni, il che evidenzia come la politica non può più cincischiare e deve pertanto proporre a breve soluzioni e azioni concrete. La Svizzera ha una grossa responsabilità verso i propri figli, figli di questa idilliaca terra di montanari vien da dire, figli e figlie che sono altresì e viepiù cittadini di questo mondo sempre più fragile e scosso, che produce scosse fin nelle più sperdute piane e vallate di questa nostra idilliaca Svizzera. Allora, anzitutto, non possiamo tenere le mani in tasca in attesa che si giunga ad un accordo internazionale sul clima, ma dobbiamo subito investire in una politica climatica proattiva e grazie a ciò riposizionare la Svizzera quale paese altamente innovativo. E' un investimento intelligente e produttivo in posti di lavoro orientati al futuro e in qualità di vita: questo il compito, questa la sfida per la Svizzera di oggi che guarda al domani. Questa iniziativa chiede di ridurre le emissioni di CO2 di almeno il 30 per cento rispetto al 1990. Essa ci offre l'occasione di prendere il toro per le corna e di farne parecchio per il nostro Paese. Mi limito ad evidenziare tre aspetti:

1. L'iniziativa è necessaria e praticabile: La scienza ci indica che occorre assolutamente impedire un aumento oltre i 2 gradi della temperatura globale, se si vogliono evitare le più drammatiche conseguenze dovute ai cambiamenti climatici. La scienza ci indica pure che per rispettare questo limite occorre ridurre del 40 per cento le emissioni globali. L'iniziativa propone in forma di compromesso un minimo del 30 per cento di riduzione a livello nazionale che potrà essere volontariamente completato da ulteriori misure aventi un'incidenza di riduzione all'estero.
2. L'iniziativa crea posti lavoro e promuove l'innovazione: Fissando condizioni quadro chiare e stabili per un lungo periodo si promuove l'innovazione, nuove tecnologie e la capacità concorrenziale delle imprese. In questo settore saranno proprio le piccole e medie imprese che andranno a creare parecchi posti di lavoro in forma decentralizzata, con un grosso beneficio per la piazza lavorativa svizzera. Solo nel settore dell'efficienza energetica e delle energie alternative lo studio McKinsey appena pubblicato stima l'effetto cumulato in oltre 30 000 nuovi posti di lavoro qualificati. Questa è perciò la via da seguire.
3. L'iniziativa porta benefici alle Alpi, alle regioni di montagna e indirettamente anche all'Altopiano e alle aree cittadine: Le aree alpine in quanto spazi sensibili sono già oggi particolarmente toccate dai cambiamenti climatici a seguito di un aumento delle temperature medie quasi doppio rispetto al resto del mondo. Erosione, scioglimenti dei ghiacciai e altri fenomeni richiedono grossissimi investimenti protettivi; inoltre l'attrattiva dei paesaggi, quindi il turismo, ne risulta minacciata, come pure la qualità degli ampi spazi alpini di ricreazione al servizio di tutta la popolazione, quindi anche delle città. Città e montagna sono in questo senso su una stessa barca ed è mia convinzione che debbano remare assieme e cogliere la sfida comune per contenere i danni e per trovare nuove vie d'uscita. In conclusione, il mio auspicio è che i lavori in corso sulla nuova legge sul CO2 trattata in parallelo in commissione possano portare risposte adeguate alle sfide climatiche e che si possa perciò giungere al più presto alla messa in atto di una politica più incisiva ed efficace di quanto si è visto sin qui. Un sì all'iniziativa per un clima sano è il necessario stimolo per raggiungere questo obiettivo e vi invito pertanto a sostenerla.

1.15 Bruderer Wyss Pascale (01.03.2010) - rational (1.00)

Business item (original title): Vereidigung

Das Büro beantragt, die Wahl von Herrn Roland Büchel, von Herrn Paul-André Roux und von Herrn Norman Gobbi formell festzustellen. Ein anderer Antrag ist nicht gestellt. Die Wahl wird somit für gültig erklärt. Wir schreiten jetzt zur Vereidigung. Ich bitte Herrn Büchel, Monsieur Roux und Signor Gobbi, in die Mitte des Ratssaales zu treten, und ersuche die Ratsmitglieder sowie die Besucherinnen und Besucher auf den Tribünen, sich zu erheben. Die Herren Büchel, Roux und Gobbi werden den Eid ablegen. Ich bitte den Generalsekretär, die Eidesformel in den drei Sprachen zu verlesen. Lanz Christoph, Generalsekretär der Bundesversammlung, verliest die Eidesformel: Lanz Christoph, secrétaire général de l'Assemblée fédérale, donne lecture de la formule du serment: Ich schwöre vor Gott dem Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten meines Amtes gewissenhaft zu erfüllen. Je jure devant Dieu tout-puissant d'observer la Constitution et les lois et de remplir en conscience les devoirs de ma charge. Giuro dinnanzi a Dio onnipotente di osservare la Costituzione e le leggi e di adempiere coscienziosamente gli obblighi inerenti al mio mandato. Büchel Roland, Roux Paul-André und Gobbi Norman werden vereidigt Büchel Roland, Roux Paul-André et Gobbi Norman prêtent serment Präsidentin : Meine Herren Nationalräte, der Rat nimmt von Ihrem Eid Kenntnis. Ich heisse Sie im Nationalrat herzlich willkommen und wünsche Ihnen im Namen des Rates viel Erfolg, viel Durchhaltewillen und alles Gute. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

1.16 Rossini Stéphane (02.03.2010) - rational (0.90)

Business item (original title): Überprüfung des Leistungskataloges im KVG

Puisqu'il n'y a pas de proposition de minorité et que la décision de la commission n'est pas combattue, je ne vais pas allonger inutilement le débat. Je mentionne simplement deux remarques qui me paraissent importantes. Dans le traitement de cette motion Schwaller concernant l'examen du catalogue des prestations de l'assurance obligatoire des soins et, surtout, l'établissement d'une liste positive, la commission s'est posé une seule question essentielle, à savoir: est-ce qu'une liste positive peut aussi avoir des conséquences positives sur la maîtrise des coûts et sur la consommation médicale? La réponse de la majorité de la commission a été très clairement non. Ce n'est pas la liste qui pose problème, c'est bien évidemment toute la consommation médicale. Par conséquent, dans cette discussion sur la liste positive qui revient régulièrement à l'ordre du jour - nous en avons tenu une très longue dans le cadre du traitement de l'initiative populaire de l'UDC "pour la baisse des primes d'assurance-maladie dans l'assurance de base" et du contre-projet qui a été soumis au peuple en 2008 -, la commission craignait de créer plus de problèmes qu'elle n'en aurait résolu. C'était véritablement un élément important de notre discussion. Pour exposer les arguments relatifs à ce problème, nous avons pu nous appuyer, comme l'a dit tout à l'heure le rapporteur de langue allemande, sur les travaux de la Commission de gestion qui a étudié de manière rigoureuse les processus de validation des prestations médicales. Je vous invite donc aussi à rejeter cette motion, sachant que pour régler les problèmes des coûts de la santé et de la consommation médicale, il y a d'autres leviers qui sont examinés par la commission et qui seront présentés au conseil au mois de juin 2010 après la révision du financement des soins et du financement hospitalier. A la session de juin 2010, nous allons traiter de la problématique des réseaux et ce sera une contribution supplémentaire à la véritable question de la maîtrise des coûts.

GP speeches

2.1 Recordon Luc (2009-05-27) - fear (0.90)

Business item (original title): Auswirkungen der Finanzkrise auf die Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank und auf die Steuereinnahmen des Bundes

Je trouve que les questions posées dans l'interpellation Stadler et les réponses apportées par le Conseil fédéral sont extrêmement intéressantes, mais ce qui m'inquiète personnellement, plus que les rendements, c'est que je crains fort qu'il y ait une perte sèche de capital. Et je crois que l'on n'a toujours pas de réponse à cette question et j'aimerais demander à Monsieur le président de la Confédération Merz s'il voit un horizon auquel on pourra définir la part du capital qui a été définitivement perdue, faute de garanties demandées à l'UBS, et la part du capital engagée par la Banque nationale suisse dans cette affaire qui aura pu être sauvée.

2.2 Vischer Daniel (2008-05-26) - fear (0.80)

Business item (original title): Staatsrechnung 2007

Zuerst ein Wort zu den Nachtragskrediten: Wir lehnen beide Anträge der Minderheit Schwander ab. Hier handelt es sich um das übliche Gemotze der SVP-Fraktion gegen Verpflichtungen der Schweiz mit Bezug auf ihre internationalen Aufgaben. Es sind gesuchte finanzpolitische Spitzfindigkeiten, die hier von Herrn Schwander vorgebracht werden; ihnen ist kein Gehör zu schenken. Indessen ersuchen wir Sie, die Minderheitsanträge Marti Werner zu den Positionen des VBS "Ersatzmaterial und Instandhaltung" gutzuheissen. Wie Herr Marti treffend ausgeführt hat, geht es hier darum, dass als Nachtragskredite Begehren daherkommen, die eigentliche Kreditbegehren eines Budgets sind. Diese Positionen erfüllen die Voraussetzungen für einen Nachtragskredit nicht. Es sind keine unvorhergesehenen, neuen Momente, die ins Spiel kommen und einen Nachtragskredit nötig machen. Das war alles bei der Budgetierung mehr oder weniger bekannt. Ich ersuche Sie, hier der Minderheit zu folgen. Zur Rechnung: Ich weiss nicht, ob bezüglich einer Rechnung "Freude" das richtige Wort ist; "Freude herrscht" ist nicht gerade eine finanzpolitische Ausdrucksweise. Aber wir können mit Genugtuung festhalten, dass das Ergebnis mit Bezug auf die Einnahmen und im Verhältnis zu den Ausgaben, aber auch mit Bezug auf das Wachstum im fraglichen Jahr als positiv einzustufen ist. Immerhin zeigt sich, dass auch in der Schweiz ein positives Wachstum möglich ist. Das muss jenen zu denken geben, die viel weiter gehende, neoliberale Einschnitte forderten, aber vielleicht auch jenen, die meinten, die Schweiz könne ohne Beitritt zur EU gar kein vorzügliches Wachstum erreichen. Beide Positionen sind eigentlich durch das Jahr 2007 widerlegt worden, sowohl die allzu EU-Gläubigen als auch die neoliberalen Verharrer, die ja längst einsehen mussten, dass wir uns heute in der grössten neoliberalen Krise der letzten dreissig Jahre befinden. Das führt mich auch zur Frage der Einnahmen. Die Einnahmensituation war im fraglichen Jahr 2007 positiv. Es zeigte sich, dass keine weiter gehenden Einschnitte nötig waren, um Wachstum zu generieren. Jedenfalls haben nicht die Recht bekommen, die meinten, man brauche zuerst eine Steuerreform, um zu solchen Wachstumszahlen zu gelangen. Das Volk hat es richtigerweise anders gesehen. Aber jetzt haben wir ein Donnergerollen vor uns, ein Erdbeben in finanzpolitischer Hinsicht, das die Fi-

nanzmärkte betrifft. Der Bundesrat prognostiziert für das Jahr 2008 Einbrüche; die Finanzkrise der UBS und der CS wird auch den Bundeshaushalt tangieren. Der Bundesrat ist aufgefordert, hier das Nötige zu tun, um die Bankenaufsicht zu verschärfen und ein neues Instrumentarium zu entwickeln, sodass der "Selbstlauf" der Finanzmärkte besser kontrolliert werden kann und eine neue Steuerung hereinkommt. Immerhin sagen beredtere Personen als ich einfacher Marschierer, dass wir im März knapp an einem Kollaps des Finanzsystems vorbeigegangen sind. Die Situation ist ernst; der Bundesrat trägt die Verantwortung, und das Parlament ist aufgefordert mitzudenken. Ich denke, Herr Bundesrat Merz, Sie müssen hier klarer darlegen, wie Sie diese Situation in den Griff bekommen wollen. Sodann steht die Frage der Familienbesteuerung im Blickfeld. Die Grünen sind ganz klar auf die Individualbesteuerung ausgerichtet. Sie ist möglichst so auszugestalten, dass keine Einnahmefälle entstehen; das ist die moderne Richtung, die einzuschlagen ist, derweil wir weitere Übungen à la Unternehmenssteuerreform ablehnen. Es ist kein Platz da, um mit solchen Steuergeschenken einseitig eine gewisse Etage unserer Gesellschaft zu belohnen. Ausgabenseitig müssen wir schon sehen, dass im Bereich Bildung kein echtes Wachstum zu verzeichnen ist. Hier sind Bundesrat und Parlament gefordert, nicht nur die Berufsbildung, sondern auch Fachhochschul- und Hochschulausbildung mehr zu fördern. Wer heute bildungsmässig nicht in Integration investiert, riskiert eine immer lauter tickende Zeitbombe, die für unser Land gefährlich ist.

2.3 Glättli Balthasar (2014-03-20) - anger (0.90)

Business item (original title): StGB und MStG. Ausschaffung krimineller Ausländer

Herr Fluri, Sie stellen jetzt eine neue Weiche und sagen, sie wollten die schlechten Bestimmungen der Durchsetzungs-Initiative, die Sie ja auch als schlecht bezeichnen, lieber im Gesetz als in der Verfassung. Dann könne man ja dagegen das Referendum ergreifen. Sind Sie bereit, mit uns das Referendum zu ergreifen? Oder ist das nur ein gespielter Gewissenskampf, sind das nur Krokodilstränen?

2.4 Vara Céline (2022-03-01) - fear (0.90)

Business item (original title): Erklärung des Ständerates. Für einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine!

La guerre qui se déroule en ce moment en Ukraine nous confronte à un premier constat terrible: la menace nucléaire reste une menace réelle. La menace nucléaire active d'un dirigeant puissant, animé par des motivations personnelles, et dont on doit redouter un comportement où la raison est absente. La menace nucléaire vécue en 1986 suite à l'accident à la centrale de Tchernobyl, dont la matière radioactive est enfermée dans un sarcophage précaire actuellement aux mains des Russes et sur laquelle nous n'avons plus aucun contrôle; de la menace nucléaire des quinze réacteurs encore en fonction sur le sol ukrainien. Répartis sur quatre sites, ils subviennent à près de 50 pour cent des besoins énergétiques de l'Ukraine. Ces réacteurs constituent une menace terrifiante. S'ils étaient touchés par des tirs, ils pourraient devenir des bombes radioactives. Des frappes aériennes ou des tirs d'artillerie lourde pourraient par exemple ouvrir une brèche dans les enceintes de confinement ou rompre les circuits de refroidissement qui assurent la stabilité du coeur du réacteur. Une cyberattaque pourrait bloquer le fonctionnement d'une centrale ou provoquer la défaillance des systèmes d'alimentation électrique de secours. Un deuxième constat sans appel est que la violation du droit international peut conduire à des situations terribles telles que celle que nous vivons actuellement, et dont nous ne devons jamais nous accommoder, sous aucun prétexte. Le respect du droit international et des valeurs qui y sont consacrées doit être absolu. C'est ici la base du vivre

ensemble. S'il en fallait la preuve, aujourd'hui, face à un conflit qui menace la paix mondiale et la vie de millions de personnes, nous voilà rappelés à l'ordre. Mes préopinants ont évoqué à juste titre le rôle actif que la Suisse doit jouer dans ce conflit armé. Nous ne sommes pas la grande puissance qui fera face, armée, à la Russie et à ses alliés, mais nous sommes la Suisse, ce pays à la capacité reconnue de résolution des conflits et de promotion de la paix. Le Conseil fédéral a annoncé, dès les premiers jours, mettre à disposition activement ses bons offices pour tenter une désescalade et viser la fin du conflit armé. Je salue cette annonce. J'espère qu'elle est suivie - ou le sera très rapidement - d'actes concrets visant cet objectif, car il n'y a pas de fin à une guerre sans discussion ni négociation. La paix trouve son terreau dans les structures démocratiques. Nous devons oeuvrer avec acharnement à renforcer celles-ci, grâce à nos connaissances et à nos compétences diplomatiques. Ce sont là nos véritables bons offices pour ce monde. Mais notre détermination et notre force de persuasion passent aussi par l'économie. La Suisse, comme le reste de l'Europe, doit couper les vivres à ceux qui profitent de la guerre. Nous ne devons plus investir dans l'armement. Contribuons au désarmement mondial plutôt qu'au réarmement! Cessons d'exporter du matériel de guerre dont nous ne pourrions jamais contrôler la destination! Il me paraît également fondamental d'accélérer la sortie des énergies fossiles et de mieux contrôler, à l'avenir, le commerce des matières premières. Cette dépendance rend la Suisse vulnérable. Notre pays est certes petit, mais c'est un géant dans le commerce des matières premières et en tant que place financière. Nous avons ici une responsabilité géopolitique et nous devons l'assumer. Chaque jour qui passe, ce sont des morts inutiles dans une guerre inutile pour des objectifs déshonorants. En adoptant cette déclaration, le Parlement fédéral marque son soutien au droit international et à ses valeurs fondamentales. En adoptant cette déclaration, nous montrons aux femmes, aux enfants et aux hommes vivant en Ukraine que nous ne fermons pas les yeux et que nous sommes à leurs côtés.

2.5 Graf Maya (01.03.2010) - rational (1.00)

Business item (original title): Grenzkontrollen und Tiertransporte

Gerne stelle ich Ihnen im Namen der WBK den Gesetzentwurf "Grenzkontrollen und Tiertransporte" vor, welchen unsere Kommission in mehreren Beratungen zur Erfüllung der gleichnamigen parlamentarischen Initiative Marty Kälin behandelt hat und Ihnen nun zur Beschlussfassung vorlegt. Unsere ehemalige Kollegin, Frau Marty Kälin, hat 2007 die parlamentarische Initiative vor dem Hintergrund eingereicht, dass die Durchfuhr von Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen in der Schweiz auf dem Strassenweg verboten war, während in der EU solche Transporte mit erheblich längerer Dauer erlaubt sind. Mit der Weiterentwicklung des Veterinäranshangs zum Landwirtschaftsanshang Schweiz-EG, die 2006 in die Vernehmlassung ging, schien der Erhalt dieser wichtigen Schweizer Regelung nicht mehr sicher. Gleichzeitig sollten in naher Zukunft aufgrund der gegenseitigen Anerkennung veterinärrechtlicher Bestimmungen auch die grenztierärztlichen Kontrollen zwischen der Schweiz und der EU wegfallen. Dies geschah dann auch mit dem Inkrafttreten des Beschlusses Nr. 1/2008 am 1. Januar 2009. Doch das Traces-System, das alle internationale Tiertransporte im EU-Raum und in der Schweiz vom Abfahrts- bis zum Bestimmungsort amtstierärztlich überwacht und sämtliche Daten an die Amtsstellen übermittelt, konnte die WBK zufriedenstellen. Die Kommission nahm daher die Forderung in Artikel 15a Absatz 1 gemäss der parlamentarischen Initiative nicht mehr auf. Es schien ihr nicht umsetzbar, mit der EU über eine Wiedereinführung der regulären veterinärpolizeilichen Grenzkontrollen zu verhandeln. So fand der grosse Teil unserer Beratung vor allem zur Forderung in Absatz 2 statt, der gemäss der parlamentarischen Initiative lautet: "Tiere, die zur Schlachtung bestimmt sind, dürfen nicht lebend durch die Schweiz geführt werden." Die Kommission hat der parlamentarischen Initiative Marty Kälin am 2. November 2007 einstimmig Folge gegeben. Eine Ausdehnung der europäischen Strassentransporte von Tieren auf das Gebiet der Schweiz sei nicht wünschenswert, zum einen aus Gründen des Tierschutzes, zum andern aus Sorge, durch solche Transporte könnten Tierseuchen in die Schweiz eingeschleppt werden. Am 21. Januar 2008 entschied

die WBK-SR jedoch mit 6 zu 4 Stimmen, dem Beschluss der WBK-NR nicht zuzustimmen. Dabei war die Kommission in der grundlegenden Frage mit der WBK-NR einig. Sie äusserte aber Zweifel, ob der Weg der parlamentarischen Initiative der richtige sei. Doch die WBK-NR blieb bei ihrem Entscheid, und unser Rat folgte ihr. Als erstberatende Kommission setzte sich die WBK-NR am 19. Februar 2009 somit mit der Umsetzung der Initiative auseinander. Gleichzeitig nahm sie Kenntnis vom Beschluss des im Rahmen des Abkommens über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft eingesetzten Gemischten Veterinärausschusses vom 23. Dezember 2008. Der schweizerischen Verhandlungsdelegation war es dabei gelungen, Artikel 175 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 aufzunehmen. Dies bedeutet, dass die Durchfuhr von Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen durch die Schweiz nur im Bahn- oder Luftverkehr erfolgen kann. Dieser Beschluss trat am 1. Januar 2009 in Kraft. Die Mitglieder der WBK waren aber der Ansicht, dass die Regelung, welche die Schweiz mit der EU hinsichtlich der Tiertransporte gefunden hatte, mit grosser Wahrscheinlichkeit in zukünftigen Verhandlungen wieder zur Debatte stehen würde. Daher beschlossen sie, das Anliegen der parlamentarischen Initiative auf Gesetzesstufe zu verankern. Schlachttiere sollen auch in Zukunft nicht um jeden Preis und ohne jede Rücksicht auf ihren Zustand Tausende von Kilometern transportiert werden können. Damit kann auch dem Bundesrat bei zukünftigen Verhandlungen der Rücken gestärkt werden. Am 7. Mai 2009 verabschiedete zwar die Kommission die Vorlage und den Bericht mit 17 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Doch sie kam in zwei folgenden Sitzungen auf ihre ursprüngliche Forderung zurück, und so finden Sie auf der Ihnen nun vorliegenden Fahne in der dritten und vierten Spalte Anträge der Mehrheit und der Minderheit der Kommission. Die Mehrheit beantragt, dass erstens keine Ausnahmen gemacht werden sollen und dass sich die Bestimmung zweitens auf Schlachttiere beziehen soll und dabei nicht einzelne Tiergattungen aufgezählt werden sollen. Mit 8 zu 3 Stimmen entschied sich die Kommission trotz der Bedenken des Bundesrates für die Fassung, die Ihnen nun als Mehrheitsantrag vorliegt. Eine Minderheit beantragt Ihnen bei Absatz 1 "Gemäss Entwurf der Kommission" und bei Absatz 2 "Gemäss Bundesrat".

2.6 Leuenberger Ueli (03.03.2010) - rational (0.90)

Business item (original title): Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz. Änderung

Le projet qui nous est soumis devrait combler des lacunes dans le domaine de la protection des données. Il concerne l'utilisation de certaines données dans le domaine des communications électroniques. Il s'agit essentiellement de la conservation et de l'utilisation d'informations électroniques; il s'agit de ces traces qu'on laisse - que nous, parlementaires, laissons également - en utilisant le système informatique de la Confédération ou en entrant en contact avec ce système. La prise en compte insuffisante de la protection des données, en particulier de celle du personnel de la Confédération, pose aujourd'hui quelques problèmes. Le projet prévoit de régler ces problèmes par une base légale spécifique, dans une architecture un peu particulière, comme certains l'ont qualifiée au cours des travaux de notre commission. La majorité de la commission met en doute la nécessité d'élaborer cette base légale de cette manière. Les délais de conservation et la destruction des données, l'accès aux données et d'autres modalités importantes ne sont pas prévues dans la loi mais dans une ordonnance. De l'avis de la majorité de la commission, des prescriptions trop importantes seront ainsi soustraites du processus législatif. Selon elle, il est important de fixer les conditions et les modalités dans ce domaine dans la loi sur la protection des données et non pas dans la loi sur l'organisation du gouvernement et de l'administration. Cette question est d'une très grande importance étant donné que l'application ne concerne pas seulement le personnel de la Confédération, mais également celui des tribunaux fédéraux et les personnes hors de l'administration fédérale qui entrent en contact avec l'infrastructure informatique et téléphonique de la Confédération. Les autorités cantonales et communales par exemple, ainsi que des membres de l'armée, des experts et d'autres personnes sont aussi concernés. La dispersion des mesures d'application au sujet de la protection des données dans

plusieurs lois est problématique et nuisible à la transparence. Par ailleurs, des points importants ne seront pas fixés dans ces lois, mais définis par voie d'ordonnance, et cela seulement subsidiairement. Le résultat sera une législation compliquée et peu transparente dans l'application. C'est pour toutes ces raisons ainsi que celles déjà exposées par le rapporteur de langue allemande que je vous prie, au nom de la majorité de la commission, de ne pas entrer en matière.

2.7 Gysin Greta (30.10.2020) - rational (0.90)

Business item (original title): Eine Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament

Nel blocco 2 trattiamo le modifiche relative all'indicazione delle relazioni di interesse e i viaggi dei parlamentari. Tutte le minoranze vorrebbero estendere gli obblighi dei parlamentari riguardo l'indicazione delle relazioni di interessi personali. L'articolo 11 della legge sul parlamento regola le relazioni di interesse che i parlamentari devono rendere pubbliche. Si tratta in particolare dell'attività professionale, di altre attività di direzione, sorveglianza e consulenza e la partecipazione a commissioni o ad altri organi della Confederazione. Per le attività che non rientrano nell'attività professionale, i parlamentari devono indicare oggi se il mandato è assolto a titolo onorifico o dietro compenso. La proposta della minoranza Masshardt all'articolo 11 capoverso 1bis chiede di completare questa norma di legge, affinché nel caso di mandati la cui remunerazione superi 12 000 franchi annui, i parlamentari debbano rendere nota l'entità del compenso. L'argomento della minoranza è che una parte non indifferente dell'attività di lobby viene svolta direttamente dai parlamentari stessi, e per questo è importante che vi sia più trasparenza nei loro mandati. La commissione ha respinto la proposta con 13 voti contro 11. All'articolo 11 capoverso 1ter la proposta della minoranza Masshardt vuole che i parlamentari rendano noti i donatori nel caso in cui la singola donazione superi 5000 franchi, oppure se le donazioni cumulate sull'arco dell'anno superino 10 000 franchi. La commissione respinge la proposta con 13 voti contro 11 e 1 astensione. La proposta della minoranza Marti Samira all'articolo 11 capoverso 1quater vuole che i parlamentari possano accettare solo indennità che non superino la somma delle retribuzioni e delle indennità per le attività parlamentari. Esclusi da tale normativa rimarrebbero le attività professionali e i mandati puntuali. La commissione ha respinto la proposta con 12 voti contro 11 e 2 astensioni. L'ultima proposta della minoranza Masshardt relativa all'articolo 11 riguarda il capoverso 2 e vuole che nel registro pubblico degli interessi vengano riportate anche le indicazioni riguardo le retribuzioni superiori ai 12 000 franchi di cui al capoverso 1bis e le singole donazioni di 5000 franchi, rispettivamente 10 000 franchi se cumulate sull'anno civile di cui al capoverso 1ter. Respingendo le proposte delle minoranze di cui ai capoversi citati, la commissione ha respinto indirettamente anche questa proposta. La proposta della minoranza Barile riguarda l'ordinanza dell'Assemblea federale e vuole istituire un registro pubblico delle trasferte all'estero che i parlamentari compiono a spese dell'Assemblea federale o su invito di autorità o gruppi di interesse. La commissione con 16 voti contro 8 e 1 astensione vi raccomanda di respingere la proposta. Riassumendo, le minoranze in discussione nel blocco 2 vorrebbero più trasparenza nell'indicazione delle relazioni di interesse dei parlamentari. La maggioranza, ritenendo sufficienti le normative vigenti, vi raccomanda di respingere tutte le proposte delle minoranze.

GLP speeches

3.1 Moser Tiana Angelina (2015-09-09) - anger (0.90)

Business item (original title): Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs

Wir beraten heute die Asylgesetzrevision in einer Situation, die aussergewöhnlich emotional ist, in einer Situation voll mit Not und Leid. Die Bilder, die uns täglich erreichen, und die Geschichten über die menschlichen Schicksale sind kaum auszuhalten. Solange es Kriege, Willkürregimes und Perspektivenlosigkeit gibt, wird es Flüchtlinge geben. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, dass wir denen helfen, die an Leib und Leben bedroht sind. Das gilt ganz besonders für die Familien und Minderjährigen auf der Flucht. Lösen können wir damit das Problem der Flüchtlingskrise nicht, weder alleine noch mit der heute zu diskutierenden Revision. Was wir aber machen können, das sind unsere Hausaufgaben: 1. Unsere Verfahren müssen schneller und effizienter werden und dabei gleichzeitig fair sein. Damit wir den Menschen helfen können, die wirklich bedroht sind, müssen wir die Verfahren so verbessern, dass jene, die keinen Anspruch auf Schutz haben, auch rasch wieder unser Land verlassen. Die heutige Revision legt dafür die rechtliche Basis. Deshalb treten wir Grünliberalen auf die Vorlage ein. Wir lehnen die Rückweisung ab und tragen weitgehend die Vorlage des Bundesrates mit. Die extremen Forderungen, die vor allem von rechts kommen, lehnen wir ab. 2. Wir müssen die Regeln auch durchsetzen, wir müssen auch konsequent handeln. Wer keinen Anspruch auf Schutz hat, muss unser Land wieder verlassen. Die Schweiz kann nicht Heimat für all jene sein, die sich ein besseres Leben wünschen. Mit der 48-Stunden-Regel und dem Fast-Track-Verfahren wurden bereits Massnahmen ergriffen. Entsprechend begrüssen wir aber auch die Massnahmen in dieser Vorlage zur Stärkung des Wegweisungsvollzugs. 3. Wir müssen im internationalen Verbund arbeiten. Die Flüchtlingsthematik ist vielschichtig. Einfache Lösungen gibt es keine. Die Schweiz kann die Asylproblematik nicht alleine lösen. Darum müssen wir uns mit Nachdruck für eine verstärkte Zusammenarbeit in Europa und eine gerechte Verteilung der Quoten einsetzen. Dazu gehört, dass wir die Grenzländer und die Transitländer unterstützen, sei das finanziell oder mit Know-how. Wir können nicht erwarten, dass diese Länder die Herausforderungen alleine stemmen. Am stärksten betroffen sind die Nachbarregionen der Krisengebiete: Neun von zehn Personen suchen Schutz in der Nähe der Konfliktregionen. Die Belastung der Nachbarländer von Syrien ist enorm. Von den 4 Millionen Syrern, die auf der Flucht sind, hat alleine die Türkei die Hälfte aufgenommen. Die Schweiz hat bereits 178 Millionen Franken für die Hilfe in den Krisenregionen investiert. Die Grünliberalen sind sich bewusst, dass es weitere Mittel brauchen wird. Diese Massnahmen sind unabdingbar, aber sie bleiben Symptombekämpfung. 4. Hilfe vor Ort: Die Schweiz kann und soll, wo möglich, einen Beitrag zur Stabilisierung der Krisenregionen leisten. Die Grünliberalen haben deshalb die Erhöhung der Beiträge für die Entwicklungshilfe oder für friedensbildende Massnahmen stets unterstützt. Erfolgversprechend sind auch Migrationspartnerschaften wie mit Tunesien: Sie helfen, jungen Menschen in ihrem Land eine Perspektive zu geben. Aber heute, heute müssen wir unsere Hausaufgaben machen und die Asylverfahren in der Schweiz verbessern. Wir Grünliberalen wollen Lösungen - ganz im Gegenteil zur SVP. Sich in der heutigen Situation in einem langen Prozess gegen diese Revision zu stellen zeigt einmal mehr, dass keine Bereitschaft da ist, Lösungen zu finden. Das ist grundsätzlich stossend, aber ganz besonders in der aktuellen Situation. Es sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. In dieser Situation ein Asylmatorium zu fordern ist nur noch zynisch. Lesen Sie mal den Text dieses Vorstosses! Er ist realitätsfremd, und er ist menschenverachtend. Die Menschen, die

Familien flüchten vor Krieg und Terror, ertrinken im Mittelmeer, und Sie, Sie wollen einen Zaun um die Schweiz erstellen! Einen Zaun um die Schweiz als Globalisierungsgewinnerin? Einen Zaun um die Schweiz, die in den letzten fünfzehn Jahren den tiefsten Anteil an Asylgesuchen in Europa gehabt hat? In den ersten acht Monaten dieses Jahres kamen 20 000 Flüchtlinge in die Schweiz - so viele sind am letzten Wochenende in München angekommen. Und Sie verlangen ein Moratorium per Notrecht und wollen, dass das Militär die Grenzen schützt. Liebe Kollegen und Kolleginnen der SVP-Fraktion, ziehen Sie diese Motion zurück! Sie können nicht ernsthaft denken, was in dieser Motion steht. Wir Grünliberalen sagen Ja zu schnelleren und fairen Verfahren und sagen Ja zur humanitären Tradition der Schweiz. Wir treten auf die Revision ein.

3.2 Bäumle Martin (2020-12-03) - anger (0.90)

Business item (original title): Erklärung des Nationalrats. Keine schärferen Covid-Vorschriften für den Schweizer Wintersport

Besten Dank, Frau Birrer-Heimo. Da die Kommissionssprecher keine Fragen beantworteten, stelle ich Ihnen die Frage: Die Fallzahlen sinken zu langsam; zusätzliche Massnahmen sind notwendig und dringlich. Teilen Sie meine Einschätzung, dass, sollte das Parlament mit einer Mehrheit die Erklärung dem Bundesrat schicken und den Bundesrat dazu bringen, dringend notwendige Massnahmen und Empfehlungen nicht umzusetzen, diese Mehrheit die Verantwortung für weitere Schäden in der Wirtschaft, den Wegzug des WEF, härtere Einschränkungen zwischen Januar und März, unnötige Long-Covid-Fälle und weitere unnötige Todesfälle trägt?

3.3 Gredig Corina (2022-06-09) - fear (0.90)

Business item (original title): Sicherheit durch mehr Kooperation. Verstärkte Mitwirkung der Schweiz bei europäischen und internationalen Sicherheitskooperationen

Die Sicherheitslage in Europa und damit auch für die Schweiz hat sich aufgrund des Angriffskrieges in der Ukraine nachhaltig verändert. Das Privileg unserer geografischen Lage verleitet gerne zu falschen Schlüssen. Seit Langem profitieren wir indirekt vom Schutzschirm unserer Nachbarn und der Nato. De facto ist die Schweiz Trittbrettfahrerin der Sicherheitsanstrengungen der EU-Nachbarstaaten und der Nato. Die Vorstellung einer sich einsam verteidigenden Igel-Schweiz entspricht nicht der technologischen Realität und wäre schlicht unbezahlbar. Auf sich alleine gestellt, könnte die Schweiz einen Verteidigungskrieg nicht lange durchhalten; nach ein paar Wochen wäre Schluss. Wir könnten und müssten uns im Angriffsfall mit anderen Staaten verbünden, allenfalls auch mit der Nato, sagte der Chef der Armee vor einigen Wochen in einem Interview. Deshalb sollte die Schweiz schon heute prüfen, wie und wo sie ihre Kooperationen ausbauen und die Interoperabilität sicherstellen kann. Wenn wir etwas aus der Covid-19-Krise mitgenommen haben, dann hoffentlich das: Sich erst vorzubereiten, wenn der Ernstfall eingetroffen ist, ist zu spät! Die Schweiz sollte sich deshalb stärker in internationalen Sicherheitskooperationen einbringen, zusammen mit diesen trainieren, den Informationsaustausch intensivieren und die eingesetzten Mittel und Systeme aufeinander abstimmen, beispielsweise via Prüfung der Nato-Partnerschaft mit erweiterten Möglichkeiten oder indem sie die Chancen nützt, die sich durch die Weiterentwicklung bzw. Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ergeben. Es braucht deshalb eine breite Auslegeordnung zu den Möglichkeiten einer verstärkten Mitwirkung bei europäischen und internationalen Sicherheitskooperationen. Ein Ausbau der Zusammenarbeit liegt im ureigenen Interesse der Schweiz. Wir müssen die Weichen rechtzeitig so stellen, dass die Schweiz ihre Handlungsfähigkeit auch in Zukunft bewahren kann. Demokratie und Freiheit schützen wir mehr denn je durch Kooperation mit Gleichgesinnten.

3.4 Weibel Thomas (02.03.2010) - rational (0.90)

Business item (original title): Artikel 64a KVG und unbezahlte Prämien

Der Minderheitsantrag ermöglicht es den Kantonen, wie Kollege Bortoluzzi ausgeführt hat, das sogenannte Thurgauer Modell zu übernehmen. So viel vorweg: Das Modell wird seit Anfang 2008 angewendet, und es hat sich in der Praxis bewährt. Was aus unserer Sicht besonders wichtig ist: Es zeigt Wirkung. Der Kanton Thurgau hat ein Listensystem eingerichtet, um die zahlungsfähigen Versicherten dazu zu bringen, ihre Krankenkassenprämien innert der gesetzlichen Frist zu bezahlen. Dieses System erfasst die Versicherten, bei denen aufgrund von Prämienausständen oder ausstehenden Kostenbeteiligungen die Übernahme der Kosten für die Leistungen aufgeschoben wurde. Die besagte Liste ist in einer Datenbank erfasst, deren Zugriff auf die Leistungserbringer, die Gemeinden und den Kanton beschränkt ist. Die Hauptkonsequenz für die auf dieser Liste erfassten Versicherten ist, dass sie grundsätzlich nur noch ein Recht auf medizinische Notfallversorgung haben. Der Entscheid darüber, ob eine Notfallbehandlung vorliegt, obliegt allein dem Arzt oder der Ärztin. Das Arztgeheimnis bleibt gewahrt und wird nicht verletzt. Bei diesem System ist es Aufgabe der Gemeinde, die Gründe für den Aufschub der Kostenübernahme festzuhalten und zu berücksichtigen, ob es sich um Sozialhilfebezügler oder um Drückeberger handelt. Das System wurde zusammen mit dem Datenschutzbeauftragten erarbeitet, und es bietet keine Probleme. Dank diesem Modell kann die öffentliche Hand, je nach Grund der Ausstände, rasch und kostengünstig vorgehen. Seit das System in Kraft ist, hat der Kanton Thurgau weder bei der Errichtung der Liste noch beim Aktualisieren der Daten schwerwiegende Mängel festgestellt. Der Nationalrat hat dem Thurgauer Modell bereits einmal zugestimmt. Aus Sicht der Mehrheit der CVP/EVP/glp-Fraktion handelt es sich um eine geeignete und zumutbare Lösung für ein anerkanntes Problem. Sie wird mehrheitlich der Minderheit zustimmen.

3.5 Chevalley Isabelle (06.03.2012) - rational (0.90)

Business item (original title): StGB, MStG und JStG. Unverjährbarkeit sexueller und pornografischer Straftaten an Kindern

La commission a estimé, par 17 voix contre 6, qu'il ne fallait pas diminuer à 16 ans l'âge des auteurs d'actes pornographiques sur des enfants. L'objectif de l'initiative était de permettre aux jeunes victimes d'atteinte à l'intégrité sexuelle de disposer de plus de temps avant de prendre la décision de poursuivre l'auteur. Ce temps supplémentaire permet notamment à la victime non seulement d'identifier le caractère délictueux des actes subis, mais également de se libérer du lien affectif ou économique qui la lie à l'auteur. Or ce lien n'est en principe présent que lorsque l'auteur est un adulte, un parent ou un proche. Certes, la position d'un grand frère, d'une grande soeur ou d'un petit ami plus âgé peut présenter certaines analogies avec celles d'un adulte dominant, mais le lien de dépendance n'est pas aussi marqué. Pour ces raisons, l'application de l'imprescriptibilité sortirait du cadre visé à l'article 123b de la Constitution. En ce qui concerne l'aspect historique, on rappellera simplement que la question des abus entre mineurs n'a jamais été abordée par les auteurs de l'initiative et qu'elle n'a fait l'objet d'aucune discussion au sein des médias et des milieux politiques. Tout le débat s'est focalisé sur la problématique de la pédophilie en tant que telle, qui est définie comme l'attirance sexuelle d'un adulte envers un enfant prépubère. En appliquant les principes d'interprétation à l'article 123b de la Constitution, on constate donc qu'il est justifié de ne pas appliquer l'imprescriptibilité aux auteurs mineurs.

3.6 Rossi Viktor (11.06.2024) - rational (0.90)

Business item (original title): Alle Berichte sollen zumindest eine Zusammenfassung in den drei Amtssprachen enthalten

Il Consiglio federale condivide quanto richiesto dall'autore della mozione ovvero di mettere a disposizione riassunti dei rapporti nelle tre lingue ufficiali. Ritiene inoltre che la traduzione di tali sintesi nelle tre lingue debba essere inclusa nella pianificazione fin dall'inizio. Dato che attualmente la maggior parte dei rapporti, e quindi dei relativi riassunti redatti in tedesco sono tradotti in francese e viceversa, il volume annuale aggiuntivo di traduzione di tali sintesi riguarderà principalmente l'italiano, stimato a circa 800 pagine. Questo lavoro aggiuntivo potrà essere assorbito con le risorse attuali dei Servizi linguistici dell'amministrazione federale. Non comporterà quindi implicazioni finanziarie o di personale. Il Consiglio federale propone di accogliere la mozione. Ich bin ebenfalls der Meinung - und ich denke, der Bundesrat sieht das genau gleich -, dass auch die vierte Landessprache nicht tabu sein darf und wir Berichte mindestens so gut in diese übersetzen können müssen wie in die englische Sprache.

MITTE speeches

4.1 David Eugen (2008-12-18) - fear (0.80)

Business item (original title): Ausgleich der kantonalen Reservequoten von Krankenversicherern bis 2012

Ich möchte diese Motion benützen, um noch auf einige grundsätzliche Überlegungen hinzuweisen. Es wird ja hier vom Ausgleich der Reserven gesprochen. Reserven kann man natürlich nur ausgleichen, wenn man sie überhaupt hat, wenn sie also vorhanden sind. Ich möchte Sie einfach darauf hinweisen, auch für alle künftigen Aktivitäten, die wir jetzt dann in Angriff nehmen, dass die Krankenversicherungen das Jahr 2008 deutlich negativ abschliessen werden, und zwar sind die Prämieinnahmen im Jahr 2008 global insgesamt um 1 Prozent gesunken. Man hat das durch Reservenentnahmen ersetzt. Ferner sind die Leistungskosten um 4,3 Prozent gestiegen. Also tut sich hier ein grosser Graben auf. In Franken beträgt die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben 1,5 Milliarden Franken, die jetzt natürlich den Reserven belastet werden. Die Reserven werden in grossem Umfang dahinschmelzen. Der zweite Punkt, der sich auf die Reserven auswirkt, ist natürlich die Finanzmarktentwicklung. Ich schätze, dass etwa 10 Prozent der Reserven der Krankenversicherer tangiert sind und sich diese Reserven, ähnlich wie im BVG-Bereich, entsprechend reduzieren werden. Also ist es sicher gut, wenn wir hier darüber diskutieren, wie man sie optimal verteilen kann. Nach meinem Eindruck gibt es aber in den nächsten zwei bis drei Jahren fast gar nichts zu verteilen. Leider ist es wahrscheinlich im Gegenteil so, dass die Krankenversicherer, wie auch andere Sozialversicherer, in eine negative Entwicklung hineingeraten und sich das natürlich auch auf die Prämien auswirken wird. Die nächste Prämienrunde im Herbst 2009 wird uns sehr beschäftigen, weil sich die Grössenordnung, die auf uns zukommt, nach meiner Einschätzung schon zwischen 5 und 10 Prozent bewegen wird. Also sollten wir den Fokus in der Krankenversicherung wieder auf das Wesentliche lenken. Hinter der Frage, wie man kalkulatorische Reserven zwischen den einzelnen Versichertengruppen verteilt, steckt auch ein gewisser Perfektionismus. Man kann ihn betreiben. Aber das gibt natürlich keine Antwort auf die Frage der grundsätzlichen Entwicklung dieses Sozialversicherungszweigs. In der Sache möchte ich das unterstützen, was der Bundesrat sagt. Die unterschiedlichen Reserven pro Kopf entstehen in erster Linie durch Bestandesveränderungen. Das heisst, jedes Jahr findet, wie wir wissen, ein Wechsel der Versicherten statt. Die einen gehen zur einen Versicherung, die anderen zur anderen. Im Kanton Waadt beispielsweise hat der Regierungsrat dazu aufgerufen, zu bestimmten Versicherungen zu gehen. Das hat auch eine Welle ausgelöst. Das bedeutet, dass bei jenen Versicherungen, von denen die Versicherten weggehen, die Reserven plötzlich steigen, und bei jenen, denen sie beitreten, plötzlich sinken. Wenn das Zehntausende oder Hunderttausende sind - ich glaube, dieses Jahr waren es mehrere Hunderttausend, die die Versicherung gewechselt haben -, dann treten aufgrund dieser Situation in den einzelnen Kantonen automatisch laufend Änderungen bei den Reserven pro Kopf ein. Das jedes Mal auszugleichen wäre meiner Meinung nach vergebliche Liebesmüh. Aber mir geht es um den Kernpunkt: dass wir uns in der Gesundheitspolitik wieder auf das Wesentliche konzentrieren und dafür sorgen, dass die Versicherung als Ganzes im Gleichgewicht bleibt. Ich glaube, 2009 und 2010 wird das nicht der Fall sein, wenn wir nicht gravierende Massnahmen ergreifen.

4.2 Pfister Gerhard (2014-06-10) - anger (0.90)

Business item (original title): Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Volksinitiative

Von den vielen Initiativen, die in den letzten Jahren in diesen Rat kamen, ist die Ecopop-Initiative eine der bizarrsten, widersprüchlichsten und inkohärentesten. Ecopop macht die Bedrohung der sogenannten natürlichen Lebensgrundlagen einzig an einem Phänomen fest: der Anzahl Ausländer in der Schweiz bzw. dem Bevölkerungswachstum in allen Ländern. Es ist anmassend und widersprüchlich, weil der ökologische Fussabdruck der 120 000 Schweizerinnen und Schweizer, die diese Initiative unterschrieben haben, ziemlich sicher um ein Mehrfaches grösser ist als derjenige der Menschen in den Entwicklungsländern, die von der Initiative betroffen sind und denen man nun vorwirft, sie würden die Umwelt belasten, nur schon, weil sie auf der Welt sind und existieren. Die Initiative ist anmassend, weil sie sich herausnimmt, dass die Schweiz anderen Ländern vorschreiben soll, wie sie ihre Familienplanung zu machen haben. Wie würden die Initianten reagieren, wenn die EU oder die USA ihnen Ähnliches abverlangen würden? Die Initianten verkörpern eine Geisteshaltung, die inhuman ist. Man bekommt den Eindruck, wenn man ihre Argumentarien liest, dass den Initianten jeder einzelne Käfer in der Schweiz, jeder Grashalm auf Schweizer Wiesen oder jeder Bach in den Schweizer Bergen um einiges wichtiger ist als ein Mensch aus Nigeria oder Mali. Der Bach ist ausschliesslich erhaltenswerte Ressource für sie, der Nigerianer ausschliesslich ressourcenbedrohendes Problem mit der Unfähigkeit zur Familienplanung nach Schweizer Art. Die Initianten haben sich wohl auf dem heute erreichten Wohlstandsniveau eingerichtet und möchten, dass das so bleibt. Man möchte nicht, dass andere auch erreichen dürfen, was man selber hat. Es geht nicht an, wenn man meint, das globale Bevölkerungswachstum müsse gedrosselt werden und die Schweiz solle beispielhaft vorangehen, indem sie die Zuwanderung starr auf 0,2 Prozent festsetze. Wenn das beim Volk eine Mehrheit fände, dann wäre das wirtschaftlicher Suizid in Raten eines ganzen Landes wegen Wohlstandsmüdigkeit. Welche Unternehmen sollen dann hierzulande noch Wertschöpfung und Steuersubstrat generieren, wenn ihnen schlichtweg die Arbeitskräfte fehlen? Oder will man auch das Wirtschaftswachstum einfrieren oder reduzieren? Dann wäre das etwa das fünfte oder sechste Ziel dieser Initiative. Die Initianten argumentieren widersprüchlich. Sie wollen 10 Prozent der Mittel der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung von Familienplanung einsetzen, sie nennen in ihren Unterlagen einen Betrag von 1,4 Milliarden Franken. Bei diesen 1,4 Milliarden Franken sind aber die Länder Osteuropas und der GUS auch dabei, und man kann sich vorstellen, wie die Osteuropäer sich bedanken würden, wenn sie Schweizer Familienplanungsvorschriften erhalten würden. Weiter behaupten die Initianten, die 0,2-Prozent-Marke sei Ausdruck davon, dass die Schweiz keineswegs fremdenfeindlich sei; jeder, der komme, müsse einfach jemanden finden, der dann eben gehe. Damit reduziert man aber das globale Wachstum der Bevölkerung nicht, ausser man schickt die Leute, die die Schweiz verlassen, auch gleich vom Planeten weg, nämlich auf den Mond. Diese Initiative ist anmassender Ausdruck einer Gruppe wohlstandsmüder Menschen, die ihren Lebensstandard durch andere Menschen bedroht sehen, die gerne den gleichen Wohlstand hätten. Man nennt es die Sorge um den Erhalt der Ressourcen, man meint eigentlich die Sicherung des eigenen Lebensstandards auf Kosten anderer. Das ist egoistisch, anmassend und weltfremd. Solche Vorschläge kann man der Bevölkerung zwar machen - offensichtlich ist Kohärenz keine Grundvoraussetzung für eine gültige Initiative -, aber man kann gleichzeitig sicher sein, dass sie in unserer direkten Demokratie das deutliche Nein erhalten werden, das sie verdienen.

4.3 Bischofberger Ivo (2014-03-19) - anger (0.90)

Business item (original title): Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Volksinitiative

Noch bevor die Masseneinwanderungs-Initiative umgesetzt ist, steht hier und heute die nächste Entscheidung in einer staats- wie gesellschaftspolitisch sicher berechtigten, aber ebenso schwierigen Thematik an. Gemäss der Ecopop-Initiative soll, kurz zusammengefasst, das ökologische Gleichgewicht mittels Geburtenkontrolle und Begrenzung der Zuwanderung wiederhergestellt werden. Wollen wir wirklich wissentlich und willentlich unserem Land Schaden zufügen, indem wir diese Initiative unterstützen? Ich meine klar und entschieden: Nein. Warum? 1. Weil die Ecopop-Initiative mit ihrer falschen Zielrichtung die globalen Umweltprobleme lediglich auf das Bevölkerungswachstum reduziert und Fragen wie zum Beispiel den sinnvollen Umgang mit Ressourcen völlig ausser Acht lässt. 2. Weil die Ecopop-Initiative die strukturelle Ursache, dass hohe Geburtenraten primär armutsbedingt sind, dass sie bei fehlender Altersvorsorge vermeintlich der Existenzsicherung der Eltern dienen, völlig verkennt. Entwicklungshilfe sollte, ja muss sich nach den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung richten und nach nichts anderem. 3. Weil die Ecopop-Initiative mit ihrer lokalen Stossrichtung, die Zuwanderung in die Schweiz auf 0,2 Prozent pro Jahr zu begrenzen, suggeriert, dass der Naturschutz direkt von der Zahl der Einwohner abhängig ist, und dabei qualitative Aspekte wie zum Beispiel die Erschliessung umweltverträglicher Energieformen oder verdichtetes Bauen nicht in Betracht zieht. 4. Weil die Ecopop-Initiative das Risiko der Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens und, damit verbunden, der automatischen Kündigung aller anderen Abkommen - Stichwort Guillotine-Klausel - aus dem Paket der Bilateralen I bewusst eingeht und damit die offensichtlich absehbaren negativen Folgen für die ganze Wirtschaft unseres Landes schlicht und einfach in Kauf nimmt. 5. Weil die Ecopop-Initiative aufgrund ihrer fragwürdigen Zielsetzung in Tat und Wahrheit Tausenden von jungen Arbeitskräften die Einreise in die Schweiz verweigert und diese Tatsache enorm weitreichende negative Konsequenzen hat - für unsere Sozialwerke ganz allgemein und speziell für die AHV. Gemäss einer Faustregel des Bundesamtes für Sozialversicherungen haben minus 10 000 Personen bei der Nettoeinwanderung bis 2030 bei der AHV ein Minus von 1,2 Milliarden Franken zur Folge. Das in Kauf zu nehmen ist schlicht und einfach verantwortungslos. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen bitte ich Sie, nach dem Grundsatz "in dubio pro populo" die Volksinitiative "Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen" zwar als gültig zu erklären, sie aber gleichzeitig Volk und Ständen klar und deutlich und unmissverständlich zur Ablehnung zu empfehlen: Das Volksbegehren stellt eine Scheinlösung für Umweltprobleme dar, sie ist absolut wirtschaftsfeindlich, und sie gefährdet die internationalen Beziehungen unseres Landes.

4.4 Häberli-Koller Brigitte (2020-05-04) - anger (0.90)

Business item (original title): Geschäftsmieten

Ich bin mir der schwierigen Situation vieler Kleinunternehmen sehr bewusst, seien es solche in ihrem eigenen Gewerbelokal, seien es Mieterinnen und Mieter von Lokalen. Die mit der vorliegenden Motion vorgeschlagene Zwangsregelung halte ich aber für den falschen Weg. Sie schafft zahlreiche Ungerechtigkeiten; so greift der pauschale Zwang für alle Vermieter, ihren Mietern mit einem Mietzins von maximal 5000 Franken zwei Nettomonatsmieten zu erlassen, unverantwortlich stark in die Eigentumsrechte der Liegenschaftseigentümer ein. Die Regelung ist zudem willkürlich und schafft sowohl auf der Vermieter- als auch auf der Mieterseite Ungerechtigkeiten. Ein Vermieter, der sein Lokal für 5000 Franken vermietet, müsste dem Mieter zwei Monatsmieten erlassen, während in einem Mietverhältnis mit einer Monatsmiete von 5100 Franken kein staatlicher Zwangserlass erfolgte. Zudem belasten die erzwungenen Mieterlasse Vermietergesellschaften insgesamt nur relativ wenig, weil sie vor allem viele grosse und teure Objekte haben. Private Eigentümer, die häufig nur über eine Mietliegenschaft verfügen und tendenziell kleinere Gewerbeflächen vermieten, trifft ein Zwangserlass bis 10 000 Franken dagegen enorm hart. Der staatliche Zwangseingriff krankt zudem daran, dass er keinerlei Rücksicht nimmt auf die finanziellen Verhältnisse der Parteien. Ob der Mieter relativ vermögend oder ob der Vermieter beispielsweise ein Rentner ist, dessen Pension in den

Mieterträgen besteht, da er als Selbstständigerwerbender keine Pensionskasse hat - all dies wird nicht berücksichtigt. Auch das Anreizsystem, wonach mit staatlichen Subventionen vertragliche Vereinbarungen zu Mieterlassen gefördert werden sollen, ist willkürlich und schafft Ungleichbehandlungen. Kleinvermieter mit Mietzinsen bis zu 5000 Franken müssten die erzwungenen Mieterlasse voll aus der eigenen Tasche finanzieren, während Vermieter teurer Gewerbelokale für ihre Mieterlasse vom Staat subventioniert würden. Das kann ich nicht unterstützen. Ungerecht ist diese Motion auch gegenüber jenen Vermietern, die ihren Gewerbiemietern längst freiwillig Mieterlasse gewährt haben. Sie sollen keine Subventionen dafür erhalten und würden folglich für ihr freiwilliges Entgegenkommen finanziell abgestraft. Zudem würde die Motion einen enormen administrativen Abklärungsapparat erfordern, um doppelte Förderungen zu verhindern. Es wäre ein Abgleich mit anderen Leistungen an die betroffenen Geschäftsmieter durch Bund, Kanton und teilweise sogar Gemeinden erforderlich. Missbräuche sind da wohl vorprogrammiert. Schliesslich verschaffen die staatlich erzwungenen Mieterlasse und die Subventionen einen unangebrachten Wettbewerbsvorteil: Sie privilegieren nämlich eingemietete Gewerbetreibende gegenüber Gewerbetreibenden, die ihren Betrieb in der eigenen Liegenschaft haben. Gerade bei uns im Kanton Thurgau gibt es sehr viele Eigentümer-Wirte. Sie sollen sowohl die Einnahmefälle durch die Covid-19-Krise selbst tragen als auch darüber hinaus alle Kosten, insbesondere die Hypothekarzinsen und Betriebskosten, weiterhin vollumfänglich bezahlen. Der Wirt im gemieteten Restaurant auf der anderen Strassenseite soll aber einen staatlich angeordneten oder subventionierten Mieterlass erhalten und so finanziell unterstützt werden. Sie sehen, das schafft ungleich lange Spiesse in der Konkurrenz dieser beiden Wirte. Ich bitte Sie daher, diese Motion abzulehnen und auf einen derart einschneidenden Eingriff in die Mietverträge der Unternehmer und Vermieter zu verzichten. Folgen wir der Haltung des Bundesrates: Es ist an den Parteien, bedarfsgerechte Lösungen auszuhandeln, welche den konkreten vertraglichen Leistungspflichten, den finanziellen Verhältnissen der Parteien und der individuellen Betroffenheit der Mieter Rechnung tragen, um Konkurse nach Möglichkeit abzuwenden. Ich kann Ihnen versichern, dass namentlich private Vermieter in aller Regel weder an langen Gerichtsverfahren noch an einer Mietersuche - vor allem in der jetzigen, wirtschaftlich angespannten Situation - ein Interesse haben.

4.5 Gmür-Schönenberger Andrea (2020-05-06) - anger (0.90)

Business item (original title): Keine Dividenden bei Kurzarbeit

Ich kann dieser Motion nicht zustimmen, auch wenn ich Sympathien für das Anliegen hege. Warum kann ich nicht zustimmen? Viele Gründe dagegen haben Sie bereits gehört. Nur kurz: Ich stimme nicht zu, weil 2019 Corona-frei und für viele Unternehmen einfach erfolgreich war - eine Dividendenausschüttung ist deshalb gerechtfertigt -; weil die meisten Unternehmen, gerade auch Familienunternehmen, nicht einfach nach Gewinn streben, sondern das Wohl ihrer Angestellten mindestens ebenso im Fokus haben; und weil ich mich ganz klar dagegen wehre, dass die Politik immer dann reguliert, wenn sie irgendwo einen vermeintlichen Missstand entdeckt hat. Warum habe ich dennoch Sympathien für die Motion? In erster Linie aus einem einzigen Grund: weil ich es schlicht und ergreifend stossend finde, dass namhafte Firmen in diesem Land just in dem Moment Kurzarbeit ankündigten, als sie ebenso die Dividendenausschüttung bekanntgaben. Ich weiss, dass das eine nichts mit dem anderen zu tun hat. Ich weiss auch, dass dies keine Begründung gemäss Aktienrecht ist. Das Recht haben die Gegner dieser Motion klar auf ihrer Seite. Es ist wohl eher eine politische Beurteilung: Wenn nämlich nur schon der Hauch des Anscheins erweckt wird, dass Dividenden nur deshalb ausgeschüttet werden können, weil die Löhne eines Unternehmens für eine gewisse Zeit aus der Staatskasse beglichen wurden, ist das stossend. Ich vertraue aber immer noch auf die Eigenverantwortung der Unternehmer. Ich appelliere an sie: Wirtschaften Sie anständig! Setzen Sie die Kurzarbeitsentschädigung auch künftig wirklich dafür ein, wofür sie bezweckt ist, für den Erhalt der Arbeitsplätze!

4.6 Meier Andreas (2023-06-14) - fear (0.90)

Business item (original title): Armeebotschaft 2023

Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat wieder Krieg nach Europa gebracht und verursacht unermessliches Leid. Der Bundesrat beurteilt die sicherheitspolitische Lage als zunehmend bedrohlich. Das Spektrum hybrider Konfliktführung reicht von Desinformation, Beeinflussung und Cyberangriffen über verdeckte Operationen bis hin zu einem bewaffneten Konflikt. Der Krieg zeigt eindrücklich, wie anfänglich hybride Mittel eingesetzt werden und die Situation schliesslich eskaliert und in einen Angriff mit konventionellen militärischen Mitteln mündet. Wie der Bundesrat beobachtet auch die Mitte in den Ländern der westlichen Wertegemeinschaft eine Dynamik hin zu einem stärkeren Ausbau der Armeen und deutlich höheren Rüstungsausgaben. Die verteidigungspolitische Kooperation in Europa wurde deutlich verstärkt. Wir erkennen aufs Neue, dass eine wirksame Landesverteidigung im Ernstfall auf einem unbedingten Willen, auf viel Mut und auf Zusammenhalt beruht. Der Krieg zeigt uns auch, welche Armee und Waffen es für eine erfolgreiche Verteidigung braucht. Mit der Armeebotschaft 2023 unterbreitet uns der Bundesrat vier Bundesbeschlüsse. Diese betreffen das Rüstungsprogramm mit 725 Millionen Franken, die Beschaffung von Armeematerial mit 615 Millionen Franken, das Immobilienprogramm mit 555 Millionen Franken sowie die Erhöhung des Zahlungsrahmens der Armee für die Jahre 2021 bis 2024. Dieser Zahlungsrahmen entspricht der schrittweisen Erhöhung unseres Armeebudgets. Er wurde bereits im letzten Jahr beschlossen, sodass die Erhöhung für die Planjahre 2021 bis 2024 von 21,1 auf 21,7 Milliarden Franken folgerichtig ist. Zum Bundesbeschluss 1 über das Rüstungsprogramm 2023: Wir folgen dem Bundesrat bei allen drei Buchstaben des Verpflichtungskredits und lehnen die Minderheitsanträge ab. Beim Truppenbesuch der Sicherheitspolitischen Kommission in Thun konnte sich die Mitte-Delegation mit Fachleuten austauschen und erfuhr, wie der Schutz des Luftraumes verbessert werden soll. Es ist aus heutiger Sicht noch deutlicher, wie richtig und wichtig es war, dass die Stimmbevölkerung der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zustimmte. Die zu beschaffenden 36 Flugzeuge des Typs F-35A werden zusammen mit den fünf FeuerEinheiten des Systems Patriot einen wirksamen Schutz des Luftraums ermöglichen. Aktuell zeigt sich wieder, wie wichtig eine gute bodengestützte Luftverteidigung ist, die dazu beiträgt, einen Angreifer in seiner Handlungsfreiheit einzuschränken. Mit den neu zu beschaffenden Lenkwaffen wird die Luftabwehr weiter verbessert. Der Verpflichtungskredit über 300 Millionen Franken für Lenkwaffen zur Fähigkeitserweiterung der bodengestützten Luftverteidigung scheint uns wichtig, wir müssen diesem zustimmen. Zu den bereits beschlossenen Lenkwaffen PAC-2 GEM-T hinzu kommen die neuen PAC-3 MSE. Sie sollen sehr schnell anfliegende Objekte direkt treffen und damit bereits in der Luft verhindern, dass deren zerstörerische Wirkung auf den Boden trifft. Zustimmung empfehlen wir für die beiden Zusatzkredite, für den Ersatz der Führungssysteme von Florako und für die Ausstattung der Rechenzentren des VBS. Wir glauben, dass die nötige Effizienz in einem Bedrohungsfall sehr stark davon abhängt, wie die Luftraumüberwachung, die Datenübertragungen und Rechenleistungen aufeinander abgestimmt sind und redundant funktionieren. Wir folgen bei Artikel 2 Buchstabe a dem Bundesrat, beim Verpflichtungskredit über 217 Millionen Franken für die Panzersappeur-Formationen der zweiten Tranche. Beim Truppenbesuch wurden uns die moderne Panzerung des Radschützenpanzers Piranha IV und die Technik für die Anwendung in Panzersappeur-Formationen verständlich gemacht. Die Umstellung auf Radfahrzeuge als Ersatz für den Kettenschützenpanzer M-113 ist im heutigen Umfeld und in Anbetracht der Energieeffizienz begrüssenswert. Wir stimmen ebenso dem Verpflichtungskredit über 49 Millionen Franken für Munition zur Verbesserung der Durchhaltefähigkeit zu. Bei der Umrüstung bestehender Munition für die neuen Mörser begrüsst die Mitte-Fraktion, dass damit einerseits schnell genügend Munition zur Verfügung steht und andererseits die alte Munition nicht entsorgt werden muss. Bei Artikel 4a betreffend den Antrag für die Ausserdienststellung von 25 Leopard-Panzern stimmen wir ebenfalls der Mehrheit der Kommission zu. Die Schweiz muss Verantwortung übernehmen.

Mein Kollege und ehemaliger Panzerzugführer, Nationalrat Heinz Siegenthaler, wird die Gründe, die uns dazu bewegen, noch im Detail erläutern. Zum Bundesbeschluss 2 über die Beschaffung von Armeematerial 2023: Die Verpflichtungskredite für die Beschaffung von Armeematerial dürfen nicht auf Kosten langfristiger Projekte tief gehalten werden. Wir haben verstanden, dass die Munitionsvorräte, basierend auf der letzten Strategie, geheim sind. Wir legen aber Wert darauf, dass sie einer allfälligen Bedrohung angemessen sind. Vorgelegt werden Verpflichtungskredite für die Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung zu 150 Millionen Franken, für den Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarf zu 355 Millionen Franken und für Ausbildungsmunition und Munitionsbewirtschaftung zu 110 Millionen Franken. Diese Tranchen wollen wir ebenfalls bewilligen. Unsere Zustimmung erhalten auch der Bundesbeschluss 3 über das Immobilienprogramm VBS 2023 und die acht Projekte zu Kosten von total 555 Millionen. Diese Projekte umfassen die Sanierung einer Führungsanlage, zweier Telekommunikationsanlagen und von Flugbetriebsflächen. Im Bereich Gebäude stellen wir bei allen Plänen fest, dass höchste Energiesparziele gesetzt sind und wo immer möglich das Baumaterial Holz verwendet wird. Die neuesten Immobilienprojekte nutzen die modernste Technik in der Planung mit Augmented Reality. Dieser anfängliche Mehraufwand dürfte sich später bei Unterhaltsarbeiten wieder auszahlen. Wir können dem Zahlungsrahmen entnehmen, dass die Ausgaben für Investitionen in Immobilien und der Betriebsaufwand über die Jahre konstant sind, während demgegenüber die Ausgaben für Rüstung und Rüstungsprogramme zunehmen. Damit bildet die Armee ab, was das Parlament mit seinem Beschluss im letzten Jahr beabsichtigte. Die Mitte-Fraktion begrüsst alle Bemühungen für gute Beziehungen zu unseren Nachbarn. In seiner Analyse zu den sicherheitspolitischen Folgen des Kriegs glaubt der Bundesrat zu erkennen, dass weiterhin ein dringlicher Handlungsbedarf besteht. Um die Fähigkeit zur militärischen Zusammenarbeit zu verbessern und damit die Handlungsfreiheit der Schweiz zu erhöhen, soll die internationale Kooperation intensiviert werden. Die Mitte-Fraktion unterstützt die vorliegende Armeebotschaft und dankt Ihnen, wenn Sie ihr ebenfalls zustimmen.

4.7 Engler Stefan (2022-09-19) - fear (0.80)

Business item (original title): Wem würde in einer Strommangellage zuerst der Strom abgestellt?

Als Erstes möchte ich dem Bundesrat für die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen danken. Der Bundesrat hat diese Gelegenheit auch genutzt, um die eine oder andere Unklarheit zu beseitigen. Ob eine Strommangellage im Winter effektiv eintreten wird, hängt neben dem Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher von verschiedenen Faktoren ab: Erstens ist entscheidend, wie voll die Schweizer Stauseen in den Bergen sein werden. Der Schweizer Strombedarf soll möglichst mit der Produktion aus inländischen Kraftwerken gedeckt werden. Bleibt der Herbst trocken, können die Stauseen nicht ausreichend gefüllt werden. Kommt dann noch ein kalter Winter hinzu, könnte es kritisch werden. Zweitens hängen die Stromnetze in Europa grenzübergreifend zusammen. Das bedeutet, dass alle Länder aufeinander angewiesen sind. Die Schweiz importiert im Winter traditionell Kernenergie aus Frankreich. Dort steht aber die Hälfte der AKW zurzeit aus Revisionsgründen still. Die Frage ist, wie viele davon wieder in Betrieb genommen werden können. Weitere Fragen sind, wie viele Kohlekraftwerke Deutschland wieder ans Netz nehmen wird und ob man dort Ende Jahr die verbleibenden Kernkraftwerke doch noch nicht vom Netz nehmen wird. Darauf werden auch die Gaslieferungen aus Russland einen Einfluss haben. Im Namen der Organisation für Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen bereiten sich zurzeit Hunderte von Stromfirmen, namentlich die Netzbetreiber, logistisch auf eine mögliche Strommangellage vor. Dazu gehören die Absprache mit den Behörden, die Definition von Entscheidketten, das Durchspielen von Verbrauchsbeschränkungen und Kontingentierungen, das Austesten von Abläufen und die Umsetzung von Massnahmen. Der Bundesrat hat frühzeitig auch die Bevölkerung darauf hingewiesen, dass man nicht früh genug mit Stromeinsparungen beginnen kann. Die Öffentlichkeit diskutiert darüber, ob die Beleuchtung

des öffentlichen Raumes oder von Reklamen eingeschränkt werden kann. Viele befürchten, dass die Weihnachtsbeleuchtungen reduziert werden müssen, und man diskutiert darüber, ob zuerst Hallenbäder und Freizeitanlagen Einschränkungen zu gewärtigen haben und ob die Haushalte und die Wirtschaft gleich behandelt werden. Ich komme damit zu den Antworten des Bundesrates auf die von mir gestellten Fragen. Der Bundesrat betont die Subsidiarität und die Verhältnismässigkeit von angeordneten Massnahmen und den Grundsatz der Gleichbehandlung aller Verbrauchskategorien. Je nach Grad der Unterversorgung wird zwischen einer drohenden, einer gewöhnlichen und einer schweren Strommangellage unterschieden, allerdings ohne die jeweiligen Schwellenhöhen bekannt zu geben. Bei den Bewirtschaftungsmassnahmen kann es sich gemäss Bundesrat um einfache Verbrauchseinschränkungen für alle Endkunden handeln. Es könne sich aber auch um Kontingentierungen für Grossverbraucher handeln oder - als schärfste Massnahme - um zyklische Abschaltungen des Netzes, womit ganze Quartiere von der Stromversorgung abgeschnitten werden könnten. Der Bundesrat gibt keine Antwort auf die Frage, nach welchen Kriterien er eine Strommangellage ausruft. Wir konnten lesen, dass gewisse Kantone die Ausrufung einer Strommangellage heute schon wünschen, allerdings ist das nicht die einheitliche Meinung sämtlicher Kantone. Die konkrete Ausgestaltung der Bewirtschaftungsmassnahmen steht ja auch noch nicht fest. Diesbezüglich wird in der Antwort auf die Verordnungen verwiesen, die der Bundesrat je nach Handlungsbedarf erlassen wird und zu denen es vorgängig eine Vernehmlassung bei den interessierten Verbänden und Kreisen geben soll. Eine letzte Feststellung, die ich in diesem Zusammenhang noch machen möchte, betrifft die gesetzliche Grundlage für diese Einschränkungen und Verbote. Auch eine Reihe von Staatsrechtlern hat sich zu dieser Frage geäussert und darauf hingewiesen, dass ähnlich wie in der Covid-Krise sich die Frage stellen würde, wie weit Verordnungsrecht des Bundesrates in einer solchen Situation gehen würde. War es bei der Covid-Krise das Epidemiegesetz, welches als gesetzliche Grundlage herangezogen wurde, ist es jetzt das Landesversorgungsgesetz. Mit Bezug auf die demokratische Legitimation von Energiesonderrecht stellen sich tatsächlich verschiedene Fragen, auch in Anlehnung an das Covid-Verordnungsrecht. Fragen stellen sich etwa nach der Dauer, nach der Verhältnismässigkeit, nach der Gleichbehandlung und nach dem Rechtsschutz der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Vor allem stellt sich aber auch die Frage, wer allfällige Schäden oder Betriebsausfälle bezahlt, die dadurch entstehen, dass Unternehmungen der Strom abgestellt wird. Schon im Winter sind solche Notrechtsforderungen absehbar. So ist unklar, was geschieht, wenn die Energiekrise zur Kontingentierung von Gas und Strom oder gar zu Stromunterbrüchen führt, mit katastrophalen Folgen für die Wirtschaft. Im Landesversorgungsgesetz findet sich dazu nämlich wenig. Es dominiert der Grundsatz, wonach Wirtschaft und Gesellschaft die Folgen allein schultern müssen. Die Notrechtskompetenzen sind entsprechend dünn formuliert. Das müsste uns als Gesetzgeber eigentlich zu denken geben. Wir müssten nämlich bei der Delegation von Kompetenzen an den Bundesrat via Verordnungsrecht den Rahmen eigentlich näher umschreiben. Ich hoffe natürlich nicht, dass es überhaupt dazu kommt, dass der Bundesrat eine solche Verordnung erlassen muss. Wenn es dazu kommen sollte, dann werden wir - das sage ich Ihnen voraus - ähnlich wie bei Covid-19 darüber streiten, wer davon betroffen sein soll. Sie haben bereits eine Vorahnung davon mitbekommen. Die Bergkantone schreckten auf, als man ihnen in Aussicht stellte, dass zuerst die Bergbahnen und die Skilifte abgestellt würden. Das wurde später wieder etwas ins rechte Licht gerückt. Sie sagen jetzt in Ihrer Antwort, es gelte das Prinzip der Gleichbehandlung, sodass man darauf vertrauen darf, dass hier alle Wirtschaftszweige gleich behandelt werden. Man muss wissen: Wenn Sie die Skilifte und die Bergbahnen abstellen, dann bestrafen Sie damit nicht in erster Linie die Skifahrerinnen und Skifahrer, sondern eine ganze Industrie in den Wintertourismusorten, die damit verbunden ist. Ich möchte Ihnen also danken, Herr Bundesrat, dass Sie sich dieses Themas annehmen. Ich glaube, auch in der Frage, wie Kantone und Bund zusammenspielen, wie diese Krisenorganisation aufgestellt wird, können Sie von den Covid-19-Erfahrungen profitieren. In meinem Kanton setzt man sich sehr ernsthaft damit auseinander, wie im Fall einer Strommangellage die öffentliche Ordnung aufrechterhalten, die Wirtschaft möglichst am Laufen gehalten und die gesellschaftlichen Auswirkungen möglichst klein gehalten werden können. Sie machen hier nicht nur Energiepolitik, Sie machen damit auch Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Ich glaube, das ist in Krisensituationen auch besonders zu beachten. Abschliessend möchte ich nochmals bestens für die

4.8 Lombardi Filippo (09.03.2010) - enthusiasm (0.85)

Business item (original title): Wie weiter mit den italienischen Sprach- und Kulturkursen?

Se ringrazio da un lato il collega Berberat per avere introdotto questa interpellanza e aver provocato una risposta del Consiglio federale, non posso dall'altro lato non sottolineare le medesime preoccupazioni che il collega Berberat ha rilevato. Mi piacerebbe che il consigliere federale poi nella sua risposta ci tranquillizzasse, perché sulla carta la risposta del Consiglio federale non fa una piega, non fa una grinza: C'è comprensione, c'è sostegno, c'è disponibilità, abbiamo la nuova legge sulle lingue, fra pochi mesi arriverà l'ordinanza sulle lingue, saranno previsti dei mezzi di sostegno per la lingua italiana. Non si vogliono finanziare i corsi, però si vogliono finanziare la formazione dei docenti ed, mezzi pedagogici, bisognerebbe spiegare bene che cosa la Confederazione vuole veramente finanziare. Il dubbio però è lo stesso come quello che mi ha colto qualche minuto fa quando abbiamo accettato all'unanimità la mozione del Consiglio nazionale sull'istruzione dei giovani Svizzeri all'estero e le scuole svizzere all'estero. Il dubbio è questo: Quando parliamo di grandi principi con il Consiglio federale o con i colleghi in questa nobile assemblea, siamo quasi tutti d'accordo. Tutti ritengono importante il plurilinguismo, tutti ritengono importante la difesa dell'italiano, tutti ritengono importanti le scuole svizzere all'estero. Quando bisogna passare alla cassa, tutto si blocca. Il problema è la cassa. È qui, caro consigliere federale, che dobbiamo avere il coraggio di dirci che se abbiamo delle priorità, qualche milione bisogna metterlo in queste priorità. Sono comunque pochi milioni rispetto a quelli delle strade, delle ferrovie, delle assicurazioni sociali, dell'esercito - là si parla in miliardi, qui si parla in milioni. Ma almeno questi milioni ci vogliono per le lingue, perché altrimenti non si farà niente. Per noi sarebbe importante, oltre alle parole rassicuranti della risposta scritta del Consiglio federale, sentire dalla viva voce del capo del dipartimento quanti milioni di franchi prevede di mettere a disposizione. È disposto il Consiglio federale a dare dei mezzi, alcuni - pochi - milioni supplementari, per dare concretezza a queste sue idee come anche per le scuole svizzere all'estero poco fa? L'esperienza che abbiamo fatto in quest'aula per tre volte negli scorsi dieci anni nei preventivi della Confederazione era che il Parlamento difendeva il budget delle scuole svizzere all'estero, addirittura lo aumentava contro il parere dell'amministrazione, e poi alle scuole all'estero non arrivava niente. Se qualche direttore di una scuola svizzera all'estero poi osava scrivere al dipartimento per dire che a lui risultava che il Parlamento aveva aumentato il budget, c'era una risposta - ne esiste la prova scritta - dell'Ufficio federale della cultura che diceva: Non vi diamo lo stesso l'aumento dei crediti perché non siamo sicuri che il Parlamento l'anno prossimo rinnoverà questo aumento. Questo genere di atteggiamento nell'amministrazione bisogna combatterlo, e solo il Consiglio federale può farlo, perché è l'unico che ha l'autorità politica per dire: Se questo è una priorità, due, tre milioni di franchi ci vogliono per la lingua italiana, per le scuole all'estero. Ecco l'appello che rivolgo al consigliere federale che so molto sensibile a questi temi, anche perché ha accettato di incontrare questa sera una delegazione della deputazione ticinese per discutere anche di queste problematiche della legge e dell'applicazione della legge sulle lingue. Quello che chiedo è concretezza. Grazie, Signor Consigliere federale.

4.9 Robbiani Meinrado (10.03.2010) - hope (0.80)

Non solo per la meteo, ma anche per l'occupazione è oggi inverno gelido. Le difficoltà occupazionali sono oltretutto una combinazione inedita di tre ingredienti: in primo luogo c'è la recessione. In secondo luogo abbiamo le profonde trasformazioni in atto da un ventennio nel mondo del lavoro che in particolare hanno precarizzato i rapporti di lavoro. Non per niente sono i lavoratori interinali ad

avere pagato per primi questa crisi. In terzo luogo c'è un mercato del lavoro più aperto con la libera circolazione. Prendiamone atto: Oggi è la prima crisi occupazionale in regime di libera circolazione. Questa miscela complessa rende più diversificato e anche persino contraddittorio l'effetto della crisi sull'occupazione. Diversificato è l'impatto sui vari settori professionali - è l'industria la più colpita - e sulle varie categorie di lavoratori. Oltre gli interinali sono in particolare coloro in entrata nel mondo del lavoro che ne soffrono. Contraddittorio quando assistiamo da un lato alla crescita della disoccupazione e dall'altro abbiamo un aumentato volume di mano d'opera estera. Questa situazione complessa deve indurre a considerare in particolare che, proprio in una fase di profonda trasformazione nel mondo del lavoro, l'assicurazione contro la disoccupazione si evidenzia come uno strumento indispensabile, centrale, e che è paradossale quindi volerla indebolire. Deve indurci anche a considerare che la formazione è un perno cruciale nella lotta contro la disoccupazione, e che, attenzione!, un terzo dei disoccupati sono persino sprovvisti di una formazione professionale di base, ciò che li espone al pericolo di andare ad alimentare un'area di disoccupazione strutturale. Deve anche indurci a percepire che oggi sono i giovani la categoria che paga un più pesante pedaggio a questa crisi. Quindi vanno sostenuti in maniera vigorosa! Per quanto riguarda soprattutto le regioni di frontiera, siamo di fronte a un dato nuovo, la libera circolazione. Abbiamo discusso a lungo sulle misure di accompagnamento contro eventuali abusi salariali, dovremo fare altrettanto per quanto riguarda le pressioni sull'occupazione. Fatti questi richiami, sottolineate queste osservazioni di carattere generale e soprattutto in riferimento al dibattito che avremo tra poco sull'assicurazione contro la disoccupazione, richiamerei terminando che occorre soprattutto evitare di rendere l'assicurazione contro la disoccupazione un'arma indebitamente spuntata. Ne patirebbero enormemente la lotta contro la disoccupazione e il necessario sostegno alle persone senza impiego.

4.10 Lombardi Filippo (17.03.2010) - enthusiasm (0.85)

Business item (original title): Förderung der Italianität in der Bundesverwaltung. Eine Ombudsperson im EPA

Ringrazio il signor consigliere federale e il Consiglio federale nel suo insieme per aver accettato questa mozione. Il caso vuole che proprio oggi questo Parlamento ospiti una delegazione della Commissione estera della Camera italiana. Avremo l'occasione di dare il segnale che l'italianità in questa casa viene presa sul serio, che questo Paese è l'unico - oltre all'Italia - che vanta l'italiano come lingua nazionale ufficiale. L'italianità del resto è un concetto molto più ampio che semplice difesa degli interessi di un cantone, il Canton Ticino - eventualmente arricchito dalle valli del Grigioni italiano, quando non vengono dimenticate. L'italianità è componente essenziale della cultura, ma anche della politica e dell'economia svizzera. L'italiano non è solo la lingua del quattro per cento della popolazione di questo Paese, della popolazione svizzera, ma anche la principale lingua di una comunità immigrata e una lingua di apertura verso uno dei nostri quattro Paesi confinanti e uno dei nostri principali partner commerciali. Ich habe nun eine Botschaft, die ich Ihnen auf Deutsch weitergeben möchte. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion in einer erweiterten Form. Der im Eidgenössischen Personalamt vorgesehene Ombudsmann soll nicht nur der italienischen, sondern auch der französischen Sprache mächtig sein, also den Gesuchstellern aus der Verwaltung beider Minderheiten dienen. Das ist positiv, als Bürger französischer Muttersprache und als Mitglied von Helvetia Latina kann ich das durchaus unterstützen. Die Aufgaben eines solchen Ombudsmannes sind in der Begründung meiner Motion ausführlich erläutert. Sie dürfen noch erweitert werden. Der Ombudsmann wird sämtlichen Kandidaten aus den sprachlichen Minderheiten für Informationen und Hilfestellungen bei Ausschreibungen in der Bundesverwaltung zur Verfügung stehen. Er wird für die Sensibilisierung der Departemente, Bundesämter und verschiedenen Bundesstellen für die Anwendung der Weisungen des Bundesrates über die Mehrsprachigkeit zuständig sein. Diese Weisungen existieren, aber werden nicht immer angewendet; sie sollen deshalb immer wieder in Erinnerung gerufen werden. So sollte es zum Beispiel nicht mehr vorkommen, dass es heisst, die Kandidaten

sollten deutscher Muttersprache sein. Es kommt auch beim Eidgenössischen Personalamt tatsächlich nicht mehr oder nurmehr selten vor, obwohl es noch möglich ist, so bei der Ausschreibung einer Position für das Bundesverwaltungsgericht. Das ist natürlich falsch, und es ist eine Definition, die wir nicht akzeptieren. Wir würden es auch dann nicht akzeptieren, wenn man von italienischer Muttersprache sprechen würde, weil die Muttersprache etwas qua Geburt Gegebenes ist; man kann sie nicht ändern. Denn auch wenn jemand während zwanzig Jahren in Heidelberg studiert hätte und besser Deutsch als neun Zehntel der Schweizer spräche, würde er diese Bedingung nicht erfüllen. Man soll also darauf achten, dass man als Bedingung allenfalls sagt: Hauptarbeitssprache ist Deutsch, Französisch oder Italienisch, aber nicht Muttersprache ist Deutsch, Französisch oder Italienisch. Das sind die Aufgaben, die wir für einen solchen Ombudsmann im Kopf haben. Die Praxis wird es zeigen, auch im Bereich der neuen Sprachenverordnung, die uns der Bundesrat noch vor der Sommerpause zur Kenntnis zu bringen gedenkt. Das Problem, Herr Bundesrat, ist, dass Sie in Ihrer kurzen Begründung eigentlich sagen, man könne die Motion annehmen, weil sie nichts koste. Man könne sie mit Umplatzierungen im Eidgenössischen Personalamt umsetzen. Das ist durchaus positiv; alles, was nichts kostet und etwas bringt, ist positiv. Aber Vorsicht: Es gibt im Bereich der Mehrsprachigkeit manchmal auch Dinge, die etwas kosten. Das ist die Frage, die wir beim Postulat Hêche 09.3987 in einigen Minuten noch besprechen werden. Es gibt Bestrebungen, die meines Erachtens über das hinausgehen, was in dieser Motion vorgesehen ist, und diese Bestrebungen dürften den Bund, wenn er wirklich gewillt ist, die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung sicherzustellen, einige Millionen Franken kosten. Wir werden das beim Postulat Hêche besprechen. Die einmalige Gelegenheit aber, die der Bundesrat mit dem Erlass der Verordnung zum Sprachengesetz hat, darf nicht verpasst werden. Es geht darum, eine gute Verordnung zu erarbeiten - auch im Hinblick auf die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung. Dafür braucht es vielleicht einige zusätzliche Mittel. Ich weiss, Sie haben soeben von Entlastungsprogrammen, von Konsolidierungsprogrammen und von allem, was noch auf uns zukommt, gesprochen. Dafür habe ich Verständnis. Wenn das aber eine Priorität des Bundesrates ist - und das ist ja nicht erst seit heute, sondern seit Langem schon der Fall -, dann sollte man für etwas, das prioritär behandelt werden soll, vielleicht auch gelegentlich einmal drei oder fünf Millionen Franken zur Verfügung stellen.

4.11 Häberli-Koller Brigitte (01.03.2010) - rational (0.90)

Business item (original title): Grenzkontrollen und Tiertransporte

Auf der Basis der ursprünglichen Formulierung von Artikel 15a hat die WBK des Nationalrates einen Erlassentwurf ausgearbeitet, der längere Ttransporte von Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen auf Schweizer Strassen neu nicht nur gemäss Tierschutzverordnung, sondern auch gemäss Tierschutzgesetz untersagt. Der Bundesrat hat diesen Entwurf - mit der Änderung hinsichtlich Ausnahmen einzig für Zucht- und Ausstellungstiere - gutgeheissen. Unsere Fraktion wird dieser Aufnahme ins Gesetz zustimmen. Die Mehrheit der WBK will nun aber eine Erweiterung dieses Artikels. Diese Erweiterung wird faktisch kaum etwas ändern. Denn obwohl bisher kein Transitverbot für Pferde und Geflügel besteht, sind seit Jahren keine Transporte von Schlachttieren dieser Gattungen bekannt. Die Zollformalitäten und Fahrtverzögerungen bei der Ein- und Ausreise machen den internationalen Transport von Schlachttieren durch die Schweiz unattraktiv. In den letzten Jahren sind keine Transporte von Tieren, ob von Schlacht- oder von Nutztieren, aus dem EU-Raum durch die Schweiz registriert worden. Die zolladministrativen Probleme sind zu gross, und die allfällige Abkürzung durch die Schweiz lohnt sich nicht, solange die Schweiz handels- und zolltechnisch einen separaten Raum bildet. Die von der Mehrheit der Kommission beschlossene Formulierung bringt uns jedoch einige Schwierigkeiten. Die EU hat in den Verhandlungen zum Landwirtschaftsvertrag respektive zum Veterinärnachhang nämlich eingesehen, dass das Transitverbot für die Schweiz eine grosse tierschutzpolitische Bedeutung hat. Sie hat deshalb schliesslich eingewilligt, eine Sonderbestimmung in den Vertrag aufzunehmen, mit der genau die Formulierung, die heute in der

Tierschutzverordnung steht, in den bilateralen Vertrag aufgenommen wird. Mit der Aufnahme dieser Formulierung ins Gesetz, welche wir unterstützen, wird es unumgänglich sein, mit der EU nochmals darüber zu verhandeln. Dies könnte aber gelingen. Die Schweiz kann dies unter anderem auch mit der Tradition und der politischen Bedeutung begründen. Mit dem erweiterten Antrag, d. h. mit der Ausdehnung auf weitere Tierarten, würde aber eine neue Situation eintreten und eine Einigung mit der EU schwierig werden. Wir werden auf die Vorlage eintreten und dann die Minderheit unterstützen. Ich bitte Sie, dasselbe zu tun.

4.12 Robbiani Meinrado (02.03.2010) - rational (0.90)

Business item (original title): 11. AHV-Revision. Leistungsseitige Massnahmen

On aborde ici le deuxième point clé, qui correspond d'ailleurs à la deuxième divergence décisive entre les deux chambres. Notre conseil - cela a été rappelé plusieurs fois -, lors de la première phase de cette révision, avait adopté un modèle purement actuariel, c'est-à-dire que l'assuré qui percevait une rente de manière anticipée subit une réduction mathématique du montant de cette rente. Le Conseil des Etats a, au contraire, opté pour un modèle qui prévoit un amortissement à caractère social en faveur des revenus particulièrement modestes. Il a d'ailleurs adopté, si vous vous rappelez, une solution qui reprend largement une des propositions qui avait été discutée dans notre conseil, mais qui, bien qu'étant la moins onéreuse, avait été elle aussi écartée. Le modèle du Conseil des Etats prévoit en particulier une atténuation de la réduction de la rente, surtout favorable aux personnes avec un revenu jusqu'à environ 35 000 francs par an, ainsi que le droit d'en bénéficier si on a cotisé à l'AVS pendant trente ans sans interruption et qu'on réside en Suisse - il s'agit donc d'une prestation qui n'est pas exportable. Le modèle du Conseil des Etats serait entièrement financé par le budget de la Confédération et aurait une durée limitée à dix ans. Le modèle du Conseil des Etats nous place donc à nouveau devant l'alternative de rester dans le cadre d'une réduction actuarielle des rentes en cas de retraite anticipée ou d'adopter une atténuation à caractère social. Par un résultat assez serré - par 14 voix contre 12 -, la commission s'est prononcée en faveur d'une solution à caractère social. De l'avis de cette première majorité, qui inclut aussi dans cette option initiale la minorité I, un relèvement de l'âge de la retraite des femmes est acceptable seulement à la condition de l'accompagner par une formule favorisant les bas revenus et considérant ainsi la position exprimée par le peuple lors de la votation de 2004. La minorité II juge pour sa part que cette solution à caractère social est inutilement compliquée et qu'elle ne produira que peu d'effet sur le choix d'une éventuelle retraite anticipée. La commission, après avoir opté pour un modèle à caractère social, a dû se prononcer sur deux solutions. La première solution reprend la décision du Conseil des Etats, sauf pour ce qui concerne la question de l'exportation des prestations. Le coût de cette solution tournerait autour des 450 millions de francs, mis à la charge de la Confédération. La deuxième solution entend introduire un modèle favorable non seulement aux bas revenus, mais aussi aux assurés disposant de revenus modestes. Elle est particulièrement favorable aux revenus qui s'élèvent jusqu'à environ 55 000 francs par an. Le coût de cette solution, on l'a rappelé, est estimé à 1,15 milliard de francs en 2015, année où l'âge de la retraite des femmes devrait être relevé à 65 ans, comme pour les hommes. Cette solution n'envisage pas les différentes conditions prévues dans la formulation du Conseil des Etats et suivie par la minorité I. D'ailleurs, il faut préciser que cette proposition, à cause de son coût, serait soumise au mécanisme du frein aux dépenses. Contrairement à ce qu'on aurait pu supposer, c'est cette deuxième solution qui a obtenu le soutien le plus large, par 10 voix contre 4, notamment grâce à un nombre d'abstentions significatif - les 12 voix de ceux qui avaient soutenu dans un premier temps le modèle purement actuariel. On peut en déduire que la situation entre ces deux solutions reste très ouverte. Je conclurai en vous invitant surtout à adhérer à l'option générale d'un modèle qui prévoit un amortissement social en cas de retraite anticipée. Cette option correspond en fait à la solution qui a obtenu l'appui le plus large.

FDP speeches

5.1 Müller Walter (2008-12-02) - fear (0.80)

Business item (original title): Entwicklungszusammenarbeit. Finanzierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen. Weiterführung

Ich war eigentlich der Meinung, Kommissionssprecher hätten ausgewogen zu informieren. Mario Fehr hat die Situation der Schweizer Entwicklungshilfe so dargestellt, als wären wir weit im Hintertreffen. Das stimmt natürlich nicht, wir sind genau, haargenau, im Durchschnitt der EU-Staaten, und wir befinden uns mit unserer Entwicklungshilfe auf Augenhöhe mit Frankreich und Deutschland. Es kann keine Rede davon sein, dass wir die Entwicklungshilfelande im Stich lassen, wenn wir den neuen, erhöhten Krediten nicht zustimmen. Bei beiden Bundesbeschlüssen verlangt der Ständerat mit einem neuen Absatz 4 von Artikel 1, dass der Bundesrat im Jahr 2009 dem Parlament einen zusätzlichen Rahmenkredit mit dem Ziel unterbreite, den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2015 auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Ein ähnlicher Antrag wurde im Nationalrat bei der ersten Beratung abgelehnt. Ich beantrage Ihnen, bei beiden Bundesbeschlüssen am Beschluss des Nationalrates - gemäss Entwurf des Bundesrates - festzuhalten und der bei 12 zu 13 Stimmen sehr deutlichen Minderheit der Kommission zu folgen. Zuerst einmal sind für mich und die freisinnig-liberale Fraktion die ursächlichen Gründe für ein Festhalten am Beschluss des Nationalrates - gemäss Entwurf des Bundesrates - dieselben geblieben. Wir wollen, dass die angenommenen Motionen 06.3666 und 06.3667 der Geschäftsprüfungskommission im Rahmen der Weiterführung der Entwicklungshilfe 2008-2011 vollständig umgesetzt werden. Das verlangt eine Gesamtstrategie mit klaren Prioritäten, Zielen und Verantwortlichkeiten. Wir wollen mit den vorhandenen Mitteln mehr Wirkung am Zielort und weniger Administration erreichen. Bestehende Doppelspurigkeiten sind zu eliminieren, und den vorhandenen Stärken - die sind vorhanden und werden keineswegs bestritten - ist an der Front zum Durchbruch zu verhelfen. Gemäss der Botschaft sieht auch der Bundesrat ein grosses Potenzial bezüglich der Steigerung der Effizienz. Es geht also heute auch darum, den notwendigen Druck zur Durchsetzung von echten Reformen aufrechtzuerhalten. Schon in der ersten Beratung im Nationalrat und noch deutlicher im Ständerat wurde auf die finanziellen Konsequenzen verwiesen. Wenn nun gemäss Ständerat die Quote bis 2015 von 0,4 auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens angehoben werden soll, so ergibt das eine zusätzliche Belastung von rund 800 Millionen Franken für die Periode 2009-2012. Dies hätte vermutlich in anderen Bereichen deutliche Sparmassnahmen zur Folge. Ich bin gespannt auf die Sparvorschläge der Befürworter. Heute dürfte wohl unbestritten sein, dass sich seit der Beratung im Ständerat doch einiges massiv verändert hat, was nach erhöhter Aufmerksamkeit bei zukünftigen Krediterhöhungen verlangt. Die Finanzkrise hat sich deutlich verschärft und führt - so viel ist heute absehbar - zum Teil zu dramatischen Folgen bei der Realwirtschaft. Die Bewältigung der Finanzkrise, Wirtschaftsprogramme, zusätzlichen Sozialausgaben verlangen mehr finanzielle Mittel. Dabei dürften durch die deutliche Abschwächung der Wirtschaft auch die Steuereinnahmen zurückgehen. Deutliche Worte fielen auch gestern bei der Budgetdebatte. Da war von einer ins Stocken geratenen Wirtschaft die Rede, die sich viel schneller abschwäche, als wir dachten und als wir - was zu befürchten ist - vermutlich heute noch denken. Sinkende Einnahmen und künftige Sparpakete, damit der Schuldenberg nicht wieder ungebremst anwachse, wurden prognostiziert. Der Finanzminister signalisierte für das Jahr 2010 eine schwierige Budgetsituation und kündigte an, dass der Finanzplan überarbeitet werden müsse. Ich mache Ihnen beliebt, meinem Minderheitsantrag zuzustimmen, damit der Stän-

derat die Gelegenheit erhält, eine Neu Beurteilung seines Beschlusses angesichts der sich dramatisch verschlechternden Wirtschaftslage vorzunehmen. Bedenken Sie auch: Was nützen den Ländern, die Entwicklungshilfe erhalten, Versprechungen, die wir heute abgeben und später, bei der harten Budget-Auseinandersetzung, nicht einhalten können?

5.2 Freitag Pankraz (2009-03-11) - fear (0.90)

Business item (original title): 2. Stufe konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen, Voranschlag 2009. Nachtrag Ia; weitere Massnahmen

Die aktuelle Finanzmarkt- und Wirtschaftssituation gibt Anlass zu doppelter Sorge: Einerseits gibt gegenwärtig und zunächst die Reduktion von Aufträgen und Arbeitsplätzen, wir haben das auch schon gehört, Anlass zu Sorge; andererseits kann bald eine Erhöhung der Schulden und allenfalls der Steuern dazukommen. Ich habe ein ungutes Gefühl, wenn ich zum Beispiel die derzeitige und die absehbare Verschuldung der vorerst noch führenden Weltmacht USA sehe; ich habe ein ungutes Gefühl trotz ihres neuen, dynamischen Präsidenten. Es gäbe andere, auch näherliegende Beispiele. Es ist die Sorge, dass wir an der Tilgung dieser jetzt sich anhäufenden Schulden direkt oder, was wahrscheinlicher ist, indirekt beteiligt sein werden, ob wir es wollen oder nicht. Der kleinen Schweiz hingegen wird es kaum gelingen, andere an der Verkleinerung allfälliger Finanzsorgen partizipieren zu lassen. Wir müssen also überlegt und vorsichtig handeln. Ich unterstütze die zweite Stufe des Programmes zur konjunkturellen Stabilisierung, weil wir aus landespsychologischen Gründen - so nenne ich das - etwas tun müssen, weil die Vorlage aber massvoll und befristet und einigermaßen zielgerichtet ist. Sie glänzt nicht, ist aber der Situation angepasst. Der grösste Teil des 700-Millionen-Nachtrags zum Budget betrifft, wir haben es auch schon gehört, das Baugewerbe und das baunahe Gewerbe. Gemäss der Botschaft herrscht in diesem Bereich aber noch kein Notstand, sondern verhaltener Optimismus. Immerhin ergeben vorgezogene Infrastrukturinvestitionen bleibende Werte. Es ist darum nicht völlig falsch, sie zu tätigen. Generell gilt: Alleine das Geld zu sprechen bringt noch nichts. Gute Projekte mit nachhaltiger Wirkung sind kurzfristig schwierig umsetzbar, einerseits wegen drohender Einsparungen und rechtlicher Auseinandersetzungen, und andererseits müssen wir grössere Aufträge international ausschreiben, was auch wieder Zeit beansprucht. Es wurden schon entsprechende Fragen gestellt. Es besteht also die Gefahr, dass die gewünschte Wirkung spät, allenfalls zu spät eintritt und damit unsicher ist. Wesentlich sicherer ist, dass einmal gemachte Schulden getragen bzw. getilgt werden müssen. Bund, Kantone und Kommunen konnten in den letzten Jahren die Schulden stabilisieren oder sogar reduzieren; sie gehen gestärkt in diese schwierige Phase. Die Arbeitslosenversicherung aber startet mit einer Schuld von über 4 Milliarden Franken. Sie ist gesamthaft gesehen ein sehr wichtiger Stabilisator. Wenn die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr um 60 000 steigt, löst dies zusätzliche Ausgaben von 1,8 bis 2,4 Milliarden Franken aus. Kollegin Sommaruga hat eine etwas kleinere Zahl erwähnt. Diese Gelder gehen dann überwiegend in den Konsum, und das ist konjunkturell positiv; aber die Schuld der ALV wird damit weiter vergrössert. Da die zeitgerechte Wirkung zusätzlicher Konjunkturmassnahmen unsicher ist, die Folgen einer Schuldenwirtschaft dafür aber umso sicherer sind, ist es für mich entscheidend, dass wir innerhalb der Schuldenbremse bleiben, so, wie es der Bundesrat vorschlägt. Ich bin auch sehr skeptisch gegenüber einer allfälligen dritten Stufe eines Konjunkturprogrammes. Bis wir wissen, ob und wie die zwei ersten Stufen wirken, und bis ein anschliessend erstelltes Programm Wirkung zeigt, ist es mit grosser Wahrscheinlichkeit zu spät. Ich beantrage deshalb Eintreten, und ich hoffe, dieses Programm möge den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land etwas bringen.

5.3 Egerszegi-Obrist Christine (2014-12-10) - anger (0.90)

Business item (original title): Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative). Volksinitiative

Die Präsidentin der Staatspolitischen Kommission hat in Ihrer Analyse sehr schön gezeigt, mit welchen Argumenten die Minderheit die Ungültigkeit für die ganze Initiative verlangt hat. Die Erläuterung der rechtlichen Aspekte dafür überlasse ich nachher den Juristen, ich möchte einfach noch einen weiteren Grund anfügen. Unsere Verfassung ist das Grundbuch, die Basis unserer Demokratie. Wir haben die wunderbare Gelegenheit, von der die Bürgerinnen und Bürger in vielen anderen Ländern nur träumen, unsere Verfassung immer wieder an gesellschaftliche Entwicklungen anzupassen. Wir können das über Vorlagen des Bundesrates, über Standesinitiativen, über parlamentarische Initiativen oder eben über Volksinitiativen tun. Diese Möglichkeit der direkten Mitgestaltung ist mir sehr viel wert. Sie ist im internationalen Kontext praktisch einmalig. Aber dieses Mitsprache-, ja, dieses Mitwirkungsrecht so breiter Bevölkerungskreise darf nicht einfach zum Zeichensetzen, ohne Einbezug der Konsequenzen, aber auch nicht als Druckmittel für eine laufende Gesetzgebung eingesetzt werden. Hier stelle ich eine Entwicklung fest, die mir Sorge bereitet. Für mich ist das reiner Missbrauch unserer Volksrechte zu Wahlzwecken. Das ist Machtpolitik, die mir in einem Land mit einem Mehrparteiensystem, das uns zwingt, im Dialog Mehrheiten zu schaffen und Kompromisse zu finden, völlig unangebracht erscheint. Wir haben einen Ausschaffungsartikel in der Verfassung, den die Bevölkerung gutgeheissen hat. Er beinhaltet, dass er innert fünf Jahren umgesetzt werden muss. Jetzt, nach zwei Jahren, legen die gleichen Initianten eine neue Initiative mit in manchen Punkten weiter gehenden Forderungen vor, um anhand dieser neuen Initiative die Gesetzgebung mit Druck zu beeinflussen. Das ist für mich Missbrauch unserer Volksrechte. Ich setze mich für die jetzt laufende Umsetzung der angenommenen Ausschaffungs-Initiative ein. Die Forderungen der Durchsetzungs-Initiative, die diese Umsetzung nun behindern, sind für mich unzulässig. Ich lasse eine solche Abwertung des Initiativrechts in unserer Verfassung nicht zu. Deshalb ist die Durchsetzungs-Initiative aus meiner Sicht ungültig zu erklären.

5.4 de Quattro Jacqueline (2022-03-09) - fear (0.90)

Business item (original title): Sicherheitspolitischer Bericht 2021

Depuis la rédaction du rapport 2021 sur la politique de sécurité de la Suisse, la situation internationale s'est fortement dégradée et s'en trouve déstabilisée. Les conflits armés qui se déroulent actuellement aux portes de l'Europe se rapprochent dangereusement de notre pays. L'invasion de l'Ukraine, et auparavant de la Crimée, contraire au droit international, continue de renforcer la ligne de fracture entre l'Europe et la Russie. Ne soyons pas naïfs: la confrontation entre la Russie et les Etats occidentaux n'est pas un phénomène à court terme. Le risque d'escalade est réel. La Russie a fortement renforcé son potentiel militaire afin d'avoir la capacité de mener une guerre en Occident contre un puissant adversaire conventionnel, démocratique. Il ne faut pas perdre de vue non plus le fait que la Russie est une puissance militaire qui veut consolider une zone d'influence exclusive, en particulier le long de la frontière de l'ex-Union soviétique. Elle continuera probablement à se focaliser sur l'Europe de l'Est, les Balkans et l'espace méditerranéen. Les conflits qui ont lieu actuellement aux frontières orientales de l'Otan constituent un énorme défi pour l'Europe, mais aussi pour la Suisse. Ils risquent de conduire à une instabilité politique, économique et sociale, ainsi qu'à des perturbations dans les chaînes d'approvisionnement, que cela concerne le gaz, le pétrole ou encore les céréales, sans parler des mouvements migratoires déjà en cours. Tout cela aura des conséquences directes pour les voisins occidentaux de la Russie et pénalisera également notre pays. Ce mouvement a commencé. Le rapport de politique de sécurité 2021 a identifié ces menaces. Malheureusement,

les événements qui se précipitent aujourd’hui lui donnent raison. Se fondant sur une analyse approfondie de la situation, le rapport définit les intérêts et les objectifs de notre politique de sécurité pour les prochaines années. Il démontre comment la Suisse entend adapter sa politique de sécurité au contexte international instable et aux nouvelles menaces. Il s’agit non seulement de renforcer la détection précoce des menaces, des dangers et des crises, mais aussi de mettre davantage l’accent sur la gestion des conflits hybrides afin d’accroître la protection et la résilience de l’Etat, de l’économie et de notre société face à des phénomènes nouveaux de grande ampleur, comme les cyberattaques ou la désinformation. Le rapport souligne aussi la nécessité d’acquérir un nouvel avion de combat et un système de défense sol-air moderne. La situation géopolitique actuelle rend ces acquisitions non seulement nécessaires, mais aussi urgentes. Le groupe libéral-radical prend donc acte positivement de ce rapport et met lui aussi le doigt sur un point qui fait mal, la gestion de crise. Notre pays doit se doter d’un état-major permanent, au niveau fédéral. Nous l’avons vu avec la crise sanitaire, nous le voyons maintenant avec une crise militaire qui deviendra sans doute économique et sociétale par la suite. Nous devons avoir les moyens de répondre rapidement à la montée en puissance de nouvelles menaces. Mme la conseillère fédérale Viola Amherd s’est engagée en commission à réactualiser de manière continue l’analyse sécuritaire et à nous en tenir informés, ce dont nous la remercions. J’en viens brièvement aux deux postulats de commission. Les campagnes de désinformation sont aussi des armes de guerre. Le conflit qui se déroule actuellement en Ukraine le montre bien. Aussi bien la population russe que nous, ici en Suisse, sommes désinformés en continu afin de nous faire croire que ces attaques sont légitimes, voire qu’elles ont été provoquées. Des régimes autoritaires ou des groupes d’influence n’hésitent plus à recourir à ces méthodes qui visent à déstabiliser des Etats, à perturber ou à manipuler le processus de prise de décision politique, démocratique, ainsi qu’à saper la confiance de la population à l’égard des institutions, des autorités. La Suisse n’échappe pas à ce phénomène. Notre pays en a déjà été victime par le passé - vous savez que le Laboratoire de Spiez a été visé par ce genre d’actions dans le contexte d’une tentative d’assassinat de l’agent russe Sergueï Skripal. Même des organisations sportives internationales et des entreprises suisses ont été touchées. Si le Conseil fédéral admet qu’il faudrait accorder davantage d’attention à cette problématique, nous sommes d’avis qu’il n’existe, à l’heure actuelle, pas d’évaluation de l’ampleur de la menace, ni de modèle pour sa gestion. Nous estimons qu’il faut aller plus loin et soutenons donc le postulat chargeant le Conseil fédéral de montrer dans quelle mesure la Suisse est touchée par des activités visant à influencer l’opinion publique, et plus précisément par des campagnes de désinformation, et de proposer des mesures pour prévenir et contenir une telle menace. Bref, nous souhaitons un éclairage complet sur la stratégie suivie - ma collègue Doris Fiala y reviendra. Par ailleurs, notre pays doit affronter d’autres menaces - cela a été relevé: catastrophes, situations d’urgence et autres événements majeurs. Nous sortons d’une pandémie. Les dangers de nature sociétale s’accroissent, mais il faut aussi s’attendre à des catastrophes naturelles plus fréquentes et plus violentes que par le passé. Notre pays est de plus en plus touché par des événements météorologiques extrêmes: vagues de chaleur, épisodes de sécheresse, précipitations extrêmes, inondations, débordements des cours d’eau, pour ne citer que ceux-ci. Ces dernières années, certes, la probabilité des catastrophes de nature technique a pu être globalement réduite par des mesures de prévention, ce dont nous nous félicitons. Cependant, en raison de la densification des agglomérations et des infrastructures, des chaînes d’approvisionnement complexes et des cyberrisques, notre vulnérabilité s’est simultanément accrue. Le Conseil fédéral a identifié ces risques. Ce que nous souhaitons maintenant, c’est une vue d’ensemble, une stratégie de la gestion des dangers naturels liés au climat dans notre pays. Le groupe libéral-radical soutiendra donc ces deux postulats de commission.

5.5 Dittli Josef (2023-12-19) - fear (0.90)

Business item (original title): Voranschlag 2024 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2025-2027

Kollege Salzmann hat soeben ein Ereignis erwähnt, nämlich jenes mit den 248 Schützenpanzern. Ich möchte noch ein zweites Ereignis anführen, das mich seit der letzten Behandlung in diesem Rat beschäftigt hat. Es geht um eine Aussage des deutschen Verteidigungsministers Boris Pistorius. In einem Interview hat er - natürlich bezogen auf die deutsche Bundeswehr und auf Deutschland - dramatisch davor gewarnt, dass aus Russland Kriegsgefahr für den Westen drohe. Wörtlich hat er gesagt: "Wir haben nur noch wenige Jahre Zeit, uns vorzubereiten!" Weiter sagte er: "Wir haben jetzt ungefähr fünf bis acht Jahre, in denen wir aufholen müssen - sowohl bei den Streitkräften als auch in der Industrie und in der Gesellschaft." Das sagte der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius. Natürlich sagte er das für Deutschland, und natürlich stünden im Fall eines möglichen, theoretischen Angriffs aus dem Osten Deutschland und die Nato dazwischen. Aber es ist das Signal, das wir aufnehmen müssen: Wir haben fünf bis acht Jahre Zeit, um dieser Gefahr massiv entgegenzuwirken. Auch wir müssen da mitmachen. Auch wir müssen die Armee bezüglich der Verteidigungsfähigkeit so parat machen, dass wir das Land mittelfristig auch verteidigen, wieder verteidigen können. Vor diesem Hintergrund scheint es mir essenziell, dass wir am Fahrplan festhalten und den Aufbau der Armee auf 2030 ausrichten. Wir befassen uns hier mit den Finanzplanjahren. Der Bundesrat muss sich also anstrengen, mit diesen Budgetvorgaben etwas auszurichten, und er muss damit auch ein Zeichen setzen: zugunsten der Verteidigung unseres Landes, zugunsten der Sicherheit unseres Landes und damit auch zugunsten einer gesicherten Zukunft für unseren ganzen Wohlstand.

5.6 de Quattro Jacqueline (09.03.2022) - fear (0.90)

Business item (original title): Sicherheitspolitischer Bericht 2021

Depuis la rédaction du rapport 2021 sur la politique de sécurité de la Suisse, la situation internationale s'est fortement dégradée et s'en trouve déstabilisée. Les conflits armés qui se déroulent actuellement aux portes de l'Europe se rapprochent dangereusement de notre pays. L'invasion de l'Ukraine, et auparavant de la Crimée, contraire au droit international, continue de renforcer la ligne de fracture entre l'Europe et la Russie. Ne soyons pas naïfs: la confrontation entre la Russie et les Etats occidentaux n'est pas un phénomène à court terme. Le risque d'escalade est réel. La Russie a fortement renforcé son potentiel militaire afin d'avoir la capacité de mener une guerre en Occident contre un puissant adversaire conventionnel, démocratique. Il ne faut pas perdre de vue non plus le fait que la Russie est une puissance militaire qui veut consolider une zone d'influence exclusive, en particulier le long de la frontière de l'ex-Union soviétique. Elle continuera probablement à se focaliser sur l'Europe de l'Est, les Balkans et l'espace méditerranéen. Les conflits qui ont lieu actuellement aux frontières orientales de l'Otan constituent un énorme défi pour l'Europe, mais aussi pour la Suisse. Ils risquent de conduire à une instabilité politique, économique et sociale, ainsi qu'à des perturbations dans les chaînes d'approvisionnement, que cela concerne le gaz, le pétrole ou encore les céréales, sans parler des mouvements migratoires déjà en cours. Tout cela aura des conséquences directes pour les voisins occidentaux de la Russie et pénalisera également notre pays. Ce mouvement a commencé. Le rapport de politique de sécurité 2021 a identifié ces menaces. Malheureusement, les événements qui se précipitent aujourd'hui lui donnent raison. Se fondant sur une analyse approfondie de la situation, le rapport définit les intérêts et les objectifs de notre politique de sécurité pour les prochaines années. Il démontre comment la Suisse entend adapter sa politique de sécurité au contexte international instable et aux nouvelles menaces. Il s'agit non seulement de renforcer la détection précoce des menaces, des dangers et des crises, mais aussi de mettre davantage l'accent sur la gestion des conflits hybrides afin d'accroître la protection et la résilience de l'Etat, de l'économie et de notre société face à des phénomènes nouveaux de grande ampleur, comme les cyberattaques ou la désinformation. Le rapport souligne aussi la nécessité d'acquérir un nouvel avion de combat et un système de défense sol-air moderne. La situation géopolitique actuelle rend ces acquisitions non seulement nécessaires, mais aussi urgentes. Le groupe libéral-radical prend donc acte positivement

de ce rapport et met lui aussi le doigt sur un point qui fait mal, la gestion de crise. Notre pays doit se doter d'un état-major permanent, au niveau fédéral. Nous l'avons vu avec la crise sanitaire, nous le voyons maintenant avec une crise militaire qui deviendra sans doute économique et sociétale par la suite. Nous devons avoir les moyens de répondre rapidement à la montée en puissance de nouvelles menaces. Mme la conseillère fédérale Viola Amherd s'est engagée en commission à réactualiser de manière continue l'analyse sécuritaire et à nous en tenir informés, ce dont nous la remercions. J'en viens brièvement aux deux postulats de commission. Les campagnes de désinformation sont aussi des armes de guerre. Le conflit qui se déroule actuellement en Ukraine le montre bien. Aussi bien la population russe que nous, ici en Suisse, sommes désinformés en continu afin de nous faire croire que ces attaques sont légitimes, voire qu'elles ont été provoquées. Des régimes autoritaires ou des groupes d'influence n'hésitent plus à recourir à ces méthodes qui visent à déstabiliser des États, à perturber ou à manipuler le processus de prise de décision politique, démocratique, ainsi qu'à saper la confiance de la population à l'égard des institutions, des autorités. La Suisse n'échappe pas à ce phénomène. Notre pays en a déjà été victime par le passé - vous savez que le Laboratoire de Spiez a été visé par ce genre d'actions dans le contexte d'une tentative d'assassinat de l'agent russe Sergueï Skripal. Même des organisations sportives internationales et des entreprises suisses ont été touchées. Si le Conseil fédéral admet qu'il faudrait accorder davantage d'attention à cette problématique, nous sommes d'avis qu'il n'existe, à l'heure actuelle, pas d'évaluation de l'ampleur de la menace, ni de modèle pour sa gestion. Nous estimons qu'il faut aller plus loin et soutenons donc le postulat chargeant le Conseil fédéral de montrer dans quelle mesure la Suisse est touchée par des activités visant à influencer l'opinion publique, et plus précisément par des campagnes de désinformation, et de proposer des mesures pour prévenir et contenir une telle menace. Bref, nous souhaitons un éclairage complet sur la stratégie suivie - ma collègue Doris Fiala y reviendra. Par ailleurs, notre pays doit affronter d'autres menaces - cela a été relevé: catastrophes, situations d'urgence et autres événements majeurs. Nous sortons d'une pandémie. Les dangers de nature sociétale s'accroissent, mais il faut aussi s'attendre à des catastrophes naturelles plus fréquentes et plus violentes que par le passé. Notre pays est de plus en plus touché par des événements météorologiques extrêmes: vagues de chaleur, épisodes de sécheresse, précipitations extrêmes, inondations, débordements des cours d'eau, pour ne citer que ceux-ci. Ces dernières années, certes, la probabilité des catastrophes de nature technique a pu être globalement réduite par des mesures de prévention, ce dont nous nous félicitons. Cependant, en raison de la densification des agglomérations et des infrastructures, des chaînes d'approvisionnement complexes et des cyberrisques, notre vulnérabilité s'est simultanément accrue. Le Conseil fédéral a identifié ces risques. Ce que nous souhaitons maintenant, c'est une vue d'ensemble, une stratégie de la gestion des dangers naturels liés au climat dans notre pays. Le groupe libéral-radical soutiendra donc ces deux postulats de commission.

5.7 Cassis Ignazio (07.03.2012) - hope (0.80)

Business item (original title): Betäubungsmittelgesetz. Revision

La domanda del collega Rusconi è più che legittima e devo articolare la risposta su tre punti. Il momento storico, in cui la Svizzera ha vissuto le piantagioni di canapa e il commercio illegale ed era definita la Colombia dell'Europa, era la prima metà del decennio scorso. Era un momento storico, in cui il Consiglio federale aveva proposto la depenalizzazione della canapa e questo Parlamento doveva discutere del tema. Quella situazione ha creato una tale insicurezza nelle forze d'ordine che non si sapeva più bene come fare, quanto occorreva tollerare e quanto non occorreva tollerare. La situazione è sfuggita di mano a tutti a causa, appunto, di un'incertezza giuridica che se de jure non esisteva - perché la legge c'era sempre - de facto era una realtà, dovuta all'interpretazione della situazione. Sulla base di quella insicurezza c'è chi ci ha voluto lucrare e questo è condannabile, anche da parte mia, al cento per cento. Una volta che abbiamo chiarito la situazione, una volta che non c'era più insicurezza - con la decisione di questo Parlamento che non ha accolto la modifica

proposta dal Consiglio federale - la situazione si è calmata. Il canton Neuchâtel è uno dei due cantoni, insieme a San Gallo, che oggi conosce già questo sistema. Qualcuno ha detto, sì, ma nel canton Neuchâtel hanno avuto problemi. Sì, è vero, ma prima del 2007, quando è stato introdotto questo sistema, e se ci sono stati dei problemi è stato ancora a cavallo di questo periodo. Oggi il canton Neuchâtel non ha problemi particolari, il canton San Gallo neanche, pur avendo già questa soluzione. Attenzione: oggi non cambiamo la penalizzazione, oggi diciamo semplicemente come vogliamo penalizzare il consumo e non parliamo né di commercio né di coltivazione né di vendita né di altro.

5.8 Cassis Ignazio (07.03.2012) - none (0.90)

Business item (original title): Betäubungsmittelgesetz. Revision

Con l'articolo 28b capoverso 2 noi vogliamo definire l'importo della multa disciplinare. L'importo deve essere fisso. In un ambito di multe disciplinari l'importo è sempre fisso, non può tenere conto di fattori come il tenore di THC, la frequenza del consumo, ecc. - siamo appunto in un ambito di multe disciplinari. La vostra commissione ha avuto una lunga e approfondita discussione se fosse corretto un importo di 50 franchi o piuttosto uno di 100 oppure di 200 franchi; evidentemente ogni importo ha dei suoi vantaggi e dei suoi svantaggi. La sinistra - i socialisti e i verdi - voleva piuttosto 50 franchi in quanto si tratta di un importo sufficiente per far capire che fumare le cosiddette canne è un'attività proibita, però fondamentalmente ha perso, perché si diceva che 50 franchi non fanno abbastanza male per cambiare comportamento. L'UDC voleva 200 franchi, ma con 200 franchi corriamo il grosso pericolo che tutti dicano: "Allora preferisco la via ordinaria e non la multa disciplinare, perché con la via ordinaria rischio di pagare meno." Così abbiamo convenuto che l'importo di 100 franchi fosse quello più corretto. Come avete sentito, una minoranza della commissione, la minoranza Baettig, insiste sui 200 franchi, perché ritiene che il fatto di non far male con un importo sufficientemente alto non avrebbe l'effetto dissuasivo voluto e soprattutto darebbe il segnale di banalizzare il problema. La vostra commissione vi invita con 16 contro 7 voti e 1 astensione a votare la proposta della maggioranza e mantenere quindi a 100 franchi la multa per chi consuma la canapa. Per quanto riguarda il capoverso 3 credo che si possa veramente dire tutto in due parole: se si deve, come lo propone la minoranza, tener conto degli antecedenti e della situazione personale del consumatore, evidentemente dobbiamo abbandonare l'idea del sistema di multe disciplinari. Le multe disciplinari sono proprio caratterizzate dal fatto che non si tiene conto degli antecedenti, della situazione personale, del fatto che sia recidivante e cose simili. Tenerne conto sarebbe un po' come se io faccio una manovra di posteggio in divieto di posteggio e il poliziotto che viene a darmi la multa mi chiede che passato ho e se ho già fatto altre infrazioni, ecc. Evidentemente, la polizia passerebbe più tempo ad interrogare i contravventori che non a fare il suo lavoro. Siccome il sistema che oggi discutiamo è lo stesso, anche qui vi invito a nome della maggioranza della commissione, con 16 contro 7 voti e 1 astensione, a restare sulla via della maggioranza ed a non ricadere nel modello del sistema ordinario di tipo penale.

5.9 Eichenberger-Walther Corina (01.03.2010) - rational (0.90)

Business item (original title): Güterkontrollgesetz. Änderung

Die Freisinnig-Liberalen unterstützen den Nichteintretensentscheid der Mehrheit der Kommission bzw. des Ständerates. Wir sind der Ansicht, dass die heutige Gesetzesgrundlage für die Kontrolle zivil und militärisch verwendbarer Güter, dieser sogenannten Dual-Use-Güter, genügt und dass wir ein gutes und gründliches Bewilligungsverfahren haben. Den Anstoss zu dieser Revision

gab ja ein einziger Fall, auf den meine Vorredner schon ausführlich eingegangen sind. Gemäss Artikel 6 des heutigen Güterkontrollgesetzes ist die Bewilligung ausgeschlossen, wenn die beantragte Tätigkeit internationalen Abkommen oder völkerrechtlich nichtverbindlichen internationalen Kontrollmassnahmen widerspricht, die von der Schweiz unterstützt werden. Die Bewilligung wird auch verweigert, wenn Grund zur Annahme besteht, dass mit der beantragten Tätigkeit terroristische Kreise unterstützt werden, wenn die Vereinten Nationen oder Staaten, die sich zusammen mit der Schweiz an internationalen Exportkontrollmassnahmen beteiligen, die Ausfuhr solcher Güter verbieten und wenn sich an diesen Verboten die wichtigsten Handelspartner der Schweiz beteiligen. Demgemäss haben wir schon heute ein strenges Exportkontrollregime. Heute führt die Bewilligungsbehörde oft Gespräche mit den Gesuchstellern und klärt die Situation. In kritischen Fällen werden dann die Gesuche zurückgezogen. Dies wurde auch in den Kommissionsberatungen klar. Zudem argumentiert Artikel 6 Absatz 3 mit den Landesinteressen, wie Artikel 184 Absatz 3 der Bundesverfassung. Damit liegt für den Bundesrat bereits eine Möglichkeit vor, um zu handeln, und er hat den notwendigen Ermessensspielraum. Die Anwendungsfälle der Neuregelung lassen sich nicht abschliessend umschreiben, und es muss eine Einzelfallabwägung vorgenommen werden, die das Bewilligungsverfahren kompliziert. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass der Industrie heute keine weiteren unnötigen Erschwernisse auferlegt werden sollten. Die Volksabstimmung über das Verbot der Kriegsmaterialausfuhr spricht eine klare Sprache. Mehr Einschränkungen für die Industrie lehnen wir ab. Ich bitte Sie deshalb, der Mehrheit zuzustimmen und auf das Gesetz nicht einzutreten.

5.10 Perrinjaquet Sylvie (01.03.2010) - rational (0.90)

Business item (original title): Änderung des Zivildienstgesetzes

La Commission de la politique de sécurité, les 11 et 12 janvier derniers, a évalué les points forts et les solutions possibles - voire nécessaires - des activités de la commission pour la période 2010/11. Dans le cadre de ses travaux, la commission a pris acte de l'augmentation des jeunes inscrits au service civil. Avec l'entrée en vigueur de la preuve par l'acte, au 1er avril 2009, le nombre de demandes d'admission au service civil est passé de quelque 1800 demandes annuelles à 7213 en 2009, soit environ 7000 demandes pour cette même année. Précédemment, 50 pour cent des demandes étaient déposées avant l'école de recrues, 17 pendant l'école de recrues et 33 après l'école de recrues. Or, en 2009, la moitié des demandes ont été déposées après l'école de recrues, 20 pendant l'école de recrues et 30 pour cent avant. Ces dépôts de demandes ont souvent suivi la parution d'articles annonçant des modifications du régime du service civil. L'augmentation du nombre de personnes astreintes au service civil ne produira son plein effet qu'en 2010, étant donné que les civilistes nouvellement admis ne doivent accomplir leur affectation initiale que l'année suivant leur admission. Forte de ce constat, une majorité de la commission s'interroge sur ce qui motive cette augmentation qui semble ne pas être en concordance avec le principe constitutionnel de l'obligation générale de servir et qui constitue un danger pour la stabilité des effectifs de l'armée. La commission avait déjà dressé un bilan en 2009 et elle envisageait d'attendre cet été pour avoir la publication d'un rapport et l'expérience de trois débuts d'école de recrues avant de tirer des enseignements plus concrets. Mais les chiffres annoncés ont relancé la discussion concernant la situation actuelle de l'armée, notamment ses missions, ses engagements en Suisse et à l'étranger, ses ressources financières et en personnel. La majorité de la commission considère que le rapport prévu pour l'été doit être accompagné de modifications législatives. Pour cette raison, la commission, par 17 voix contre 8, a adopté une motion chargeant le Conseil fédéral de présenter sans tarder, conjointement au rapport rendant compte de l'évolution du nombre de demandes prévues en avril 2010, un projet de révision de la loi sur le service civil d'ici à l'été prochain, de répondre à toutes les interventions déposées sur le thème du service civil et de remédier aux lacunes existantes. La commission vous invite à accepter sa motion.

5.11 Pelli Fulvio (20.09.2012) - rational (0.80)

Business item (original title): Kampf dem Lohndumping. Keine Löhne in Euro

Noi dobbiamo scegliere cosa vogliamo fare con le nostre regole. La nostra regola è saggia: prevede che gli stipendi in Svizzera si pagano in franchi; penso sia giusto che sia così e che sia anche nell'interesse quasi totale delle aziende seguire questa regola. La nostra regola riserva poi le eccezioni; le eccezioni possono essere varie. Ho indicato l'esempio di ditte svizzere che impiegano persone all'estero. Può anche esserci una ditta americana che trasferisce in una filiale svizzera, per breve periodo, un dipendente e se quello è pagato in dollari non è che il mondo venga rivoluzionato; naturalmente i sindacati non se ne accorgono e non intervengono. Se però adottiamo regole rigide le regole sono poi davvero rigide e non si può più derogarvi nemmeno quando è ragionevole farlo. Quindi, siccome le regole rigide valgono per tutti vi consiglio - e rispondo alla domanda - di mantenere quella flessibilità che ha fatto della Svizzera un Paese a bassa disoccupazione, che è il problema principale di cui dobbiamo occuparci.

SVP speeches

6.1 Freysinger Oskar (2009-11-24) - fear (0.90)

Business item (original title): Wahrung der Souveränität, der Würde und der Interessen der Schweiz

Madame la conseillère fédérale, j'ai juste une question à vous poser au sujet de l'implication de l'UBS, entre autres, et des banques suisses aux Etats-Unis. On sait que certaines banques privées se sont retirées de ce marché. Ne craignez-vous pas qu'avec les multiples plaintes déposées contre l'UBS, ce qui pourrait être financièrement éventuellement un avantage risque de se retourner contre nous et de devenir un énorme trou financier pour nous et, finalement, de faire chuter cette banque?

6.2 Kuprecht Alex (2009-03-11) - fear (0.90)

Business item (original title): Moratorium für einschneidende Sanierungsmassnahmen bei Pensionskassen in Unterdeckung

In der Tat, die Krisen an den Finanz- und Kapitalmärkten haben bei den Vermögen und den Pensionskassen tiefe Spuren hinterlassen. Je grösser die Volumen, die in Aktien angelegt waren, desto grösser die Buchverluste bei den Deckungskapitalien und desto tiefer die Deckungsgrade bei den einzelnen Kassen. Per Ende 2008 haben mehr als 50 Prozent der Kassen eine Unterdeckung vorzuweisen. Bei einigen Kassen, die in der Vergangenheit 30 Prozent und mehr in Aktien angelegt haben, dürfte die Unterdeckung einen äusserst besorgniserregenden Stand erreicht haben, und der Deckungsgrad dürfte nicht selten unter der Schwelle von 80 Prozent liegen. Diese rasante Spirale nach unten dürfte die Situation insofern noch deutlich verschärft haben, als sich die Aktienkurse in den letzten Wochen und Tagen nochmals drastisch und beängstigend nach unten bewegt haben. Die Bilanzen der Pensionskassen per Ende 2008 müssen deshalb bereits als überholt betrachtet werden. Bei steigenden Finanzmärkten konnten ausserordentliche Erträge erwirtschaftet werden, die zu einer Verstärkung der Schwankungsreserven oder zu höheren Zinsgutschriften für die Alterskapitalien der Versicherten führten. Umso grösser sind nun die Verluste bei Kursstürzen, wie wir sie seit den letzten Monaten erleben mussten. Der Grundsatz "Je höher die Rendite, umso höher das Risiko" gilt auch für die Anlagen in der beruflichen Vorsorge. Höhere Risiken können aufgrund des langfristigen Zeithorizontes eingegangen und ausgesessen werden. Ungünstig und ungemütlich wird es jedoch dann, wenn Verkäufe notwendig werden, das heisst Aktienanlagen verkauft und Verluste eingefahren werden müssen. Wenn man in guten Zeiten profitiert, so muss man konsequenterweise in schlechten Zeiten auch bereit sein, notwendig gewordene Massnahmen zur Erhaltung der langfristigen Tragbarkeit und Sicherung des Rentensystems vorzunehmen. Das kann zur Unzeit erfolgen, ist aber nicht zu umgehen. Profitieren konnten, und das sei hier auch einmal erwähnt, insbesondere Versicherte in autonomen Vorsorgeeinrichtungen, die höhere Aktienanteile in ihren Portfeuilleen hatten und oft mit tieferen Kosten und günstigeren Prämien auf sich aufmerksam machten. Der Wind hat nun gedreht. Statt Gewinne und Performance werden Kapitalverluste in gigantischer Höhe und unglaublichem Ausmass eingefahren. Die Schwankungsreserven für den Ausgleich von demografischen Veränderungen, allzu hohen Umwandlungssätzen sowie Währungs-

und Kapitalschwankungsrisiken sind teilweise längst aufgebraucht. Die Schwelle der zulässigen Unterdeckung von 90 Prozent ist bei sehr vielen Kassen schon längst unterschritten. Ich wage zu behaupten, dass viele Kassen bald näher bei 70 Prozent als bei 80 Prozent sind. Gleichwohl haben die Pensionskassen wahrscheinlich einen unterschiedlichen Bedarf an Kapital, um ihr Deckungskapital wieder auf die auch für die langfristige Sicherung der Sozialwerke notwendige Höhe aufstocken zu können. Dabei spielt das Verhältnis zwischen aktiven und rentenbeziehenden Versicherten eine zentrale Rolle. Es ist davon auszugehen, dass das Kapital künftig wesentlich konservativer angelegt wird als in der Vergangenheit und dass die Aktienanteile ein wesentlich geringeres Ausmass annehmen werden, was zu tieferen Erträgen führen wird. Kommt hinzu, dass sich die Finanz- und Kapitalmärkte kaum mehr so rasch erholen werden, wie wir das aus der jüngsten Vergangenheit kennen. Der Vergleich mit den Jahren nach 2002 scheint mir etwas sehr gewagt zu sein. Was ist, wenn wir in drei Jahren noch nicht da sind, wo wir sein sollten? Die Verantwortung für die Solvabilität einer Kasse liegt klar und eindeutig bei den jeweiligen Stiftungsräten und Kassenvorständen. Sie haben jetzt gestützt auf die gesetzlichen Grundlagen diejenigen Massnahmen zu ergreifen, die für eine Sanierung ihrer Kasse notwendig sind. Dazu gehört auch eine zeitlich angemessene Frist, die ebenfalls durch die gesetzlichen Grundlagen gegeben ist. Ein Moratorium und eine Ausserkraftsetzung der Artikel 65c und 65d BVG darf aus meiner Sicht und aus Sicht der Organverantwortung nicht hingenommen werden. Es stellt sich zudem die Frage, wie lange ein solches Moratorium dauern soll. Sollen es ein, zwei oder gar drei Jahre sein? Was passiert, wenn während eines solchen Moratoriums die Deckungsgrade noch weiter sinken? Die dann notwendigen Massnahmen wären nur noch mit einem Kraftakt besonderen Ausmasses durchzusetzen, und sie wären noch härter für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Opfer wären dann unausweichlich. Erlauben Sie mir abschliessend noch einen weiteren Hinweis in Verbindung mit der Wirtschaftskrise: Es ist wohl zu befürchten, dass die weltweiten Zuschüsse und Massnahmen zur Stützung der nationalen Unternehmungen und Konjunkturen einen massiven Inflationsschub bringen werden. In bestimmten Ländern beginnt sich die Notenpresse bereits heute in Bewegung zu setzen. Der Verlust an Kaufkraft wird wohl dazu führen, dass der Aufschrei und die Forderung nach einem Ausgleich der Teuerung bei den Renten unüberhörbar sein wird, was ja auch verständlich ist. Ich frage mich jedoch, woher denn diese enormen Summen für den Teuerungsausgleich genommen werden sollen, wenn alle Reserven verloren sind. Nur schon die Wiederherstellung eines vernünftigen und akzeptablen Deckungsgrades erfordert grosse Anstrengungen und ein recht starkes Wachstum an den Kapitalmärkten. Vor dieser Frage werden die Pensionskassenorgane wahrscheinlich schon bald stehen. Ich möchte auch aus diesen Gründen dafür sprechen, dass die Sanierungsmassnahmen durchgeführt werden müssen, und zwar mit Augenmass und in den dafür vorgesehenen und möglichen Zeiträumen. Das ist unausweichlich und notwendig. Ein Moratorium wäre kaum zu verantworten. Als in der Versicherungswirtschaft Tätiger - hiermit ist auch meine Interessenbindung offengelegt - muss ich zudem darauf hinweisen, dass für die Vollversicherungslösungen bei Versicherungsgesellschaften durch das Versicherungsaufsichtsgesetz jederzeit eine hundertprozentige Deckung vorgeschrieben und eine Unterdeckung nicht zulässig ist. Ein Moratorium wäre auch gegenüber diesen Marktteilnehmern nicht gerecht und würde zu weiteren Verzerrungen führen. Immerhin war es in der Vergangenheit nicht möglich, zu hohe Aktienanteile mit entsprechender Performance zu halten, ohne wieder Gefahr zu laufen, aus Deckungsgründen zur Unzeit Wertschriften verkaufen zu müssen. Diese Lektion hat die Assekuranz nach dem Jahr 2002 und folgende gelernt. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion nicht anzunehmen und die Verantwortung denjenigen zu überlassen, die sie von Gesetzes wegen zu tragen haben und die sich dieser Verantwortung auch bewusst sind.

6.3 Büchel Roland Rino (2014-06-10) - anger (0.90)

Business item (original title): Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Volksinitiative

"Ich bin sehr froh, dass die Birkenstock-Rassisten und verwirrten Akademiker des Ecopop-Initiativkomitees in der SVP-Fraktion eine Abfuhr erlitten haben." So wurde ich letzte Woche in einigen Zeitungen korrekt zitiert. Ich habe für die Populisten einen eher populären Begriff gewählt. Das ist so. Darauf bekam ich verschiedene Anrufe und Mails von Exponenten der Ecopop-Initiative. Mehrmals wurde mir mit einer Klage gedroht. Über die Medien erfuhr ich dann, dass nun doch davon abgesehen werde. Vielleicht hätte ich die Initianten auch "'Jute statt Plastik'-Fremdenfeindliche" nennen können. Der Begriff ist in etwa deckungsgleich mit "Birkenstock-Rassisten". Mich würde interessieren, weshalb man hätte klagen wollen. Nehmen wir die vier Begriffe einzeln: Zum ersten Begriff, "Birkenstock": Es handelt sich um Produkte einer deutschen Schuhmacherdynastie, die von Anhängern der Ökobewegung gerne getragen werden. Der Begriff ist durchaus positiv besetzt. Und die Ökologie ist ja quasi die Raison d'être von Ecopop. Hier kann das Problem also kaum liegen. Zum zweiten Begriff, "Rassist" bzw. "Rassismus": Dazu habe ich die folgende Definition gefunden: "Auch im rechtlichen Sinn gibt es keine einheitliche, formelle Definition von Rassismus. Nahe an der Rechtspraxis ist das Verständnis von 'rassistischer Diskriminierung' als dem Inbegriff von Ungleichbehandlungen ... die bewirken oder beabsichtigen, dass Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nationalität oder Religion herabgesetzt werden." Die Ecopopulisten wollen viel Schweizer Geld ausgeben, mit dem Ziel, dass es in jetzigen und künftigen Deza-Schwerpunktländern weniger Kinder gibt. Dort leben vor allem Schwarze, Asiaten und Latinos. Das wird auch künftig kaum anders sein. Aber die Initianten wollen nicht, dass es in Europa weniger Kinder gibt. Mein zweiter Begriff kann demzufolge auch nicht so falsch sein. Zum dritten Begriff, "verwirrt": Während der Sammelzeit bin ich dreimal für eine Unterschrift angegangen worden. Jedes Mal hatte ich den Eindruck, dass die Sammelnden ziemlich wirr auftraten und argumentierten. Das ist meine persönliche Einschätzung; diese wird man mir wohl lassen wollen. Zum vierten Begriff, "Akademiker": Vor den Namen der Mitglieder des Patronatskomitees steht in 11 von 14 Fällen "Professor", "Doktor" oder sogar beides. Mit dem Begriff "Akademiker" kann ich also auch nicht weit danebenliegen. Selbstverständlich könnte ich wie verschiedene Vorredner über den Unsinn der Forderung nach einer starren Zuwanderung reden. Es gäbe und gibt genügend gute Gründe, den politischen und ökonomischen Unsinn solcher Aktionen an den Pranger zu stellen. Ich wiederhole die Argumente nicht; sie wurden verschiedentlich sehr gut dargelegt. Geradezu unheimlich, ich habe es erwähnt, ist für mich Teil zwei der Initiative. Noch einmal: Die Initianten wollen allen Ernstes die Familienplanung in armen Ländern beeinflussen. Sie sagen damit erstens: "Wir sind den Menschen in jenen Ländern überlegen, unsere Kinder haben mehr Grund, hier zu sein, als andere." Zweitens sagen sie: "Wir zeigen der ganzen Welt, dass wir bereit sind, das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinauszuerwerfen." Die Ecopopulisten müssen sich eine Frage gefallen lassen: Weshalb wollen sie ihr Ziel, eine nachhaltige Gesellschaft, ausschliesslich über eine Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz erreichen, eine verbesserte Empfängnisverhütung dafür ausschliesslich in fernen und armen Ländern? Was soll jedes Jahr mit einer dreistelligen Millionensumme aus Schweizer Steuergeldern bezahlt werden? Pariser in Phnom Penh? Antibabypillen in Addis Abeba? Unterbindungen in Ulan Bator? Kommen wir zurück nach Europa, zu unseren Unterhändlern in Brüssel, zu unserem Aussenminister, zu unserem Wirtschaftsminister, zu Ihnen, geschätzte Justizministerin Sommaruga, und vor allem zum Gesamtbundesrat. Ich ersuche Sie eindringlich, bei der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative eine gute Qualität zu liefern. Sonst besteht die Gefahr, dass auch vernünftige Stimmbürger auf die Idee kommen, dem Ecopop-Unsinn zuzustimmen. Das darf nicht sein. Darum bitte ich Sie, dem Stimmvolk diese Initiative klar zur Ablehnung zu empfehlen.

6.4 Föhn Peter (2014-12-10) - anger (0.90)

Business item (original title): Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative). Volksinitiative

Herr Rechsteiner hat mich jetzt also schon massiv herausgefordert. Ich wollte eigentlich nichts sagen.

Herr Rechsteiner, wir können politisieren, so lange wir wollen, wir können uns immer wieder neue Fragen stellen. Die Antwort ist sehr wahrscheinlich nicht immer und nicht sofort gegeben. Sie haben zuerst zehn Minuten lang begründet, weshalb man die Initiative für gültig erklären soll. Sie haben während rund zehn Minuten erklärt, weshalb man dieses und jenes machen müsse. Und nun haben Sie am Schluss Formulierungen verwendet wie "nicht durchführbar", "Normenkonflikt", "unbeantwortete Fragen" usw. Mit Ihrer Argumentation unterwandern Sie die direkte Demokratie massivst - massivst. Das geht nicht an. Ich frage Sie: Wollen Sie partout einen Volksaufstand provozieren? Diese Aussagen, wie sie nun von Ihnen dargelegt worden sind, sind für mich als Standesvertreter nicht nachvollziehbar und unverantwortlich. Ich bitte Sie dringendst, diese Initiative für gültig zu erklären.

6.5 Köppel Roger (2020-05-04) - anger (0.90)

Business item (original title): Erklärung des Bundesrates zur Corona-Pandemie

Frau Bundespräsidentin, ich möchte Sie fragen, wie Sie dazu kommen, die Politik des Bundesrates mit ihren zerstörerischen Auswirkungen auf Wohlstand und Gesundheit der Schweizerinnen und Schweizer als richtig und verhältnismässig zu bezeichnen, wo wir doch heute wissen, dass die Sterblichkeit bei Covid-19 viel geringer ist als ursprünglich angenommen, dass die Reproduktionrate des Virus gemäss Zahlen der ETH schon drei Tage vor dem Shutdown drastisch gesunken ist, dass Ansteckungen im Freien nicht belegt sind, dass die kumulierte Gesamtsterblichkeit in der Schweiz im ersten Quartal im mittleren Erwartungsbereich liegt, dass Kinder keine Treiber der Epidemie sind und dass Schweden ohne Lockdown jetzt auch aus der Pandemie herauskommt.

6.6 Stark Jakob (2020-05-04) - anger (0.90)

Business item (original title): Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung sind alle in der Pflicht

Es ist fast nicht zu glauben: Auch bei mir haben sich verschiedenste Betreiberinnen und Betreiber von Kinderkrippen gemeldet, die mit der vorliegenden Motion überhaupt nichts anfangen können. Das gibt mir zu denken, denn schliesslich wäre es ja der zentrale Sinn dieser Motion, eben diesen Kita-Betreiberinnen und -Betreibern zu helfen. Was treibt sie um? Sie treibt um, dass sie ihre Kinderkrippen immer offen gehalten haben, um Artikel 5 Absätze 3 und 4 der Covid-Verordnung Genüge zu leisten. Ich möchte diese Absätze zitieren. Absatz 3 lautet: "Die Kantone sorgen für die notwendigen Betreuungsangebote für Kinder, die nicht privat betreut werden können." In Absatz 4 steht: "Kindertagesstätten dürfen nur geschlossen werden, wenn die zuständigen Behörden andere geeignete Betreuungsangebote vorsehen." Mit den Eltern der Kinder haben sich diese Kita-Verantwortlichen darauf verständigt, dass diese ihre Beiträge gemäss den Verträgen weiterhin bezahlen, auch wenn sie ihre Kinder teilweise zuhause betreut haben. Nachlässe werden gewährt, wenn Elternteile ihre Arbeit verloren haben oder anderweitig in Not geraten sind. Die vorgeschlagene nachträgliche Unterstützung möchten diese Kita-Verantwortlichen gar nicht, weil sie einen unternehmerischen Weg gefunden haben, der durch die vorgeschlagene Gesetzesregelung völlig unterlaufen wird und mehr Probleme schaffen als lösen wird. Am meisten aber stört sie und stört auch mich als Standesvertreter des Kantons Thurgau, dass der Bund sich an den Ausfallkosten beteiligen will. Der gleiche Bund, der uns dazu aufgerufen hat, die Kindertagesstätten nur ausnahmsweise zu schliessen, will oder soll nun offenbar vor allem jene Kantone unterstützen, welche die Kindertagesstätten eben flächendeckend geschlossen haben. In den anderen Kantonen haben viele Eltern weiterhin ihre Beiträge bezahlt, obwohl, wie gesagt, auch sie die Kinder oft zuhause

behalten haben. Sie haben bezahlt, weil sie sich an einen Vertrag gehalten haben und auch weil sie solidarisch waren. Zum Dank dafür sollen die gleichen Eltern nun über die direkte Bundessteuer auch noch einen Beitrag an die Kitas leisten, die wegen Covid-19 geschlossen waren. Diese Motion ist nicht nur ein föderalistischer Fehltritt, diese Motion ist ungerecht, und sie wird von vielen Kantonen, von vielen betroffenen Kindertagesstätten und von vielen betroffenen Eltern so wahrgenommen. Diese Motion ist ungerecht. Niemand hat etwas dagegen, wenn betroffene Kantone und Gemeinden ihre Kindertagesstätten unterstützen. Im Gegenteil: Es ist gut, dass sie das tun. Nur soll sich der Bund hier heraushalten, so, wie es auch der Bundesrat in seiner Antwort zur Motion treffend umschrieben hat. Es lebe die heute schon viel beschworene Subsidiarität! Ich bitte deshalb: Hören Sie auf den Bundesrat, speziell in diesen Zeiten, und lehnen Sie die vorliegende Motion ab.

6.7 Martullo-Blocher Magdalena (2022-06-16) - fear (0.90)

Kollege Imark, seit drei Tagen sind wir in einer Krisensituation: Russland liefert das Gas nicht mehr im grossen Ausmass nach Deutschland; der Gaspreis kennt seit drei Tagen nur eine Richtung - steil nach oben -, er beträgt jetzt 170 Prozent des Preises von vor drei Tagen; die Nationalbank hat heute eine Zinserhöhung gemacht und angekündigt, dass aber die Inflation weiter steigen wird. Stimmen Sie mir zu, dass wir auch in der Schweiz vor einem unvermeidbaren, grossen zusätzlichen Inflationsschub stehen?

6.8 Büchel Roland Rino (2022-03-16) - fear (0.90)

Meine Frage geht an den Bundespräsidenten und bzw. oder an die Verteidigungsministerin. Gestern hat der Europarat mit einer Resolution beschlossen, eine Flugverbotszone über der Ukraine einzurichten. Eine solche könnte ja nur durch die Nato durchgesetzt werden. Hätte das, wenn es so weit kommen würde, dramatische Auswirkungen auf die Schweiz oder nicht, und was könnte man dagegen tun? Russland ist ja gestern ausgetreten, Russland ist gestern ausgetreten, und das könnte ja ziemlich dramatische Folgen haben.

6.9 Kuprecht Alex (2022-06-02) - fear (0.85)

Business item (original title): Sicherheitspolitischer Bericht 2021

Die sicherheitspolitische Lage hat sich in den vergangenen Jahren, seit der Erstellung der letzten sicherheitspolitischen Berichte in den Jahren 2010 und 2016, verändert. Wie schnell und dramatisch sich die konkreten strategischen Gegebenheiten verändern können, zeigt aktuell die geopolitische Lage in aller Deutlichkeit auf. Insofern war auch die Entscheidung absolut richtig, das Intervall zwischen den Berichten zu verkürzen und sie laufend fortzuschreiben. Die häufigere Aktualisierung des Berichtes darf uns aber nicht dazu verleiten, uns noch kurzsichtiger auf die wahrscheinlichsten Bedrohungen zu fokussieren. Sicherheitspolitik bedeutet nicht eine möglichst genaue Vorhersage, wo der nächste regionale Krieg ausbrechen könnte oder ob der nächste Terroranschlag am ehesten von Islamisten, Rechts- oder Linksextremen verübt werden wird. Trotz UNO und Nato herrscht in Europa Krieg. Trotz Weltgesundheitsorganisation hat das Coronavirus rasch zu einer Pandemie geführt. Die Schengen-Zusammenarbeit und Frontex werden Europas Aussengrenzen nie so absichern können, dass der nationale Grenzschutz obsolet wird. Damit spreche ich keiner dieser Formen internationaler Zusammenarbeit ihre Notwendigkeit ab. Aber sie alle sind am Ende nur so handlungsfähig wie die in ihnen zusammenarbeitenden Staaten. Zu lange wurden im Vertrauen auf die

internationale Zusammenarbeit die Anstrengungen für die Sicherheit des eigenen Landes und der eigenen Bevölkerung vernachlässigt. Zu lange wurde so eine Friedensdividende begründet. Das Kalkül hat sich als Wunschdenken erwiesen. Dafür darf es in der Sicherheitspolitik keinen Platz geben. Unsere sicherheitspolitischen Instrumente sollten deshalb so stark ausgebaut sein, dass sie eben nicht alle vier Jahre aufgrund einer aktualisierten Bedrohungsanalyse angepasst werden müssen. Die auf der immerwährenden bewaffneten Neutralität basierende Sicherheitspolitik unseres Landes muss jetzt ein Revival erleben. Das gelingt, wenn wir uns die durch die Bundesverfassung vorgegebenen Ziele klar vor Augen halten. Sicherheitspolitisches Handeln darf dabei nicht ein Handeln zum Selbstzweck sein. Vielmehr ist es ein wichtiger Pfeiler für die Sicherheit der Menschen in unserem Lande und für deren Wohlstand. Darauf haben wir die Ausrichtung unseres sicherheitspolitischen Handelns zu fokussieren. Das erste Ziel der schweizerischen Sicherheitspolitik war lange Zeit Frieden in Freiheit und Unabhängigkeit. Die Unabhängigkeit ist ein wichtiger Bestandteil der Präambel und des Zweckartikels unserer Verfassung. Sie gehört zur DNA der Schweiz und ist die Voraussetzung für unsere direkte Demokratie. Leider wird dieser Begriff, anders als im Sicherheitspolitischen Bericht 2016, nicht mehr als nationales Ziel genannt, sondern bei den nationalen Interessen unnötig mit Selbstbestimmung und Handlungsfreiheit umschrieben. Solche technischen Begriffe drücken nicht das aus, wofür unsere Armeeangehörigen bereit sind, nämlich, unter Einsatz ihres Lebens ihre Pflicht zu erfüllen. Das absolut prioritäre Staatsziel der Unabhängigkeit steht nicht in Widerspruch zu Beiträgen an die Stabilität jenseits der Schweizer Landesgrenzen. Die Stimmbevölkerung hat bei der Frontex-Abstimmung gezeigt, dass sie zu solidarischen Sicherheitsbeiträgen an Europas Aussen Grenzen bereit ist, wenn diese nicht auf Kosten des Schutzes der eigenen Grenze erfolgen. Anders ist es bei friedens erzwingenden Militäreinsätzen, beispielsweise im mittleren Afrika. Wir dürfen uns nicht von den wohlklingenden Etiketten für solche immer auch machtpolitisch motivierten Einsätze täuschen lassen. Dieser Bericht soll die Stossrichtung und Grundzüge des Handelns der Schweizer Sicherheitspolitik aufzeigen. Die vorgesehene Zeit - die laufende Legislatur - läuft allerdings schon bald ab. Es ist meines Erachtens angezeigt, bereits wieder mit der Fortführung des sicherheitspolitischen Berichtes zu beginnen. Insbesondere die letzten drei Monate haben aufgezeigt, dass nicht nur der Bereich der Cyberkriegsführung wichtig ist, sondern auch hybride Kriegseinsätze nach wie vor aktuell sind. Die Schweiz tut also gut daran, die viel zitierte Zeitenwende nicht nur von aussen zu betrachten, sich nicht als Land im Zentrum von Europa für immer und ewig sicher zu fühlen und nicht zu meinen, dass uns die Nato-Staaten im Bedarfsfall schon schützen werden. Eine solche sicherheitspolitische Ausrichtung wäre mit Sicherheit absolut fehl am Platz. Wir haben primär selbst für die Sicherheit unseres Landes zu sorgen, sei dies in eigener Regie oder, bei Bedarf, mit einem kooperativen Handeln, wie dies vorausschauend seinerzeit bereits durch General Guisan gemacht worden ist. Von Frankreichs rascher Niederlage wurde die Schweiz damals genauso überrascht wie einige Jahrzehnte später vom Fall der Berliner Mauer. Zentral ist, dass uns die Überraschungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte nicht unvorbereitet treffen. Vorausschauen und Antizipieren ist dringender denn je, auch ein kaum wahrscheinlicher Fall kann plötzlich zur Realität werden. Die Interoperabilität, wie sie jetzt immer wieder verlangt wird, sei es auf technologischer Basis oder über eine Kommandoführung, ist übrigens überhaupt nichts Neues. Mit der Armee XXI wurden die entsprechenden Schritte eingeführt. Die Behelfs- und Befehlsreglemente haben schon längst die Sprache der Nato; ob man das wahrhaben will oder nicht, es ist die Realität. Das Erreichen wichtiger Kommandofunktionen setzt die Teilnahme an Lehrgängen der Nato in deren Stützpunkt Shape oder in den Niederlanden, in Italien, Amerika oder Belgien voraus. Insofern ist also die im Moment viel beschriebene Zusammenarbeit lediglich alter Wein in neuen Schläuchen. Die Wahrnehmung des eigenverantwortlichen Handelns, das eine Kooperation nicht ausschliesst, ist jedoch die Basis für die Stärkung der eigenen Sicherheit. Das bedingt allerdings, dass wir die Fähigkeiten zur Verteidigung wieder stärken und ausbauen müssen. Die Zeiten, in denen man bei Bedarf vom VBS einfach Mittel zugunsten anderer Bereiche und anderer Departemente für den Leistungsausbau verschoben beziehungsweise wie in einem Steinbruch abgebrochen hat, müssen der Vergangenheit angehören. Die beiden Entlastungsprogramme 2003 und 2004, in der Mitte der Nullerjahre, zulasten des VBS-Budgets, im Umfang von rund einer Milliarde Franken, haben bis heute Spuren hinterlassen und zu einem Investitionsstau beim Material geführt. Die finanziellen Mittel müssen also zwingend den

neuen Herausforderungen angepasst werden. Das VBS muss im Rahmen des Budgetwachstums Priorität haben. In diesem Sinn hat die Weiterentwicklung der Armee als temporäre Armee reform mit dem Charakter einer Zeitenwende auch positive Spuren hinterlassen, zum Beispiel mit der Einführung eines Zahlungsrahmens über vier Jahre. Doch alle finanziellen Mittel nützen weder unserer Armee noch der Sicherheit unseres Landes oder einer Kooperation, wenn die notwendigen personellen Kräfte nicht vorhanden sind. Die Prioritäten sind deshalb auf die zu erreichenden Ziele unseres letzten Einsatzmittels, der Armee, auszurichten. Die Bestände der Verbände sind sicherzustellen. Die Armee muss daher auf einen robusten Soll-Bestand von 120 000 Armeeangehörigen kommen und so gestärkt werden. Veraltetes Material aus den Sechzigerjahren ist durch moderneres auszuwechseln. Die Einheiten sind wieder komplett auszurüsten und die Verbände einsatzfähig zu machen. Wir alle erleben jetzt, dass das Denkmuster eines immerwährenden Friedens realpolitisch der Vergangenheit angehört. Am 24. Februar wurden wir auf brutale Weise auf den Boden der Realität zurückgeholt. Die Gefahr einer Ausdehnung der kriegerischen Ereignisse - rund 1200 Kilometer von uns entfernt - ist noch nicht gebannt. Auch andere Regionen der Welt stehen unter einer Daueranspannung durch Bedrohungen und mögliche Eroberungsangriffe. Ich denke zum Beispiel an näher gelegene europäische Regionen, deren Stabilität alles andere als gewährleistet ist. Wir alle und insbesondere die Verantwortlichen der Sicherheitspolitik unseres Landes - und dazu gehören auch die Mitglieder der Sicherheitspolitischen Kommissionen und die Angehörigen des Parlamentes - tun gut daran, die Augen offen zu halten, die Geschehnisse mit Argusaugen zu beobachten und zu antizipieren. Das gilt nicht nur in Bezug auf den Krieg in der Ukraine, sondern auch in Bezug auf die angespannte politische Lage auf dem Balkan und auf mögliche Hungersnöte in Afrika mit all ihren Auswirkungen. Was heute harmlos aussieht, kann morgen schon in einem explosiven Zustand entsprechende Auswirkungen auf unser Land haben. Verlassen wir uns also als neutrales Land nicht einfach auf die eventuell schützenden und helfenden Kräfte von aussen, sondern auf die oft unterschätzte eigene Kraft des Machbaren. Auch ein grosses Militärbündnis, dem wir uns als neutrales Land nicht anschliessen dürfen, erwartet von uns, dass wir uns angemessen verteidigen können und nicht plötzlich zu einem Vakuum in Europa werden. Die Neutralität ist ein Schutzfaktor unseres Landes, aber kein Garant der Unversehrtheit. Dieser Begriff der Neutralität kann diskutiert werden, ist aber meines Erachtens mehr als ein verformbarer Zeitgeist heutigen Denkens betreffend eine kooperative Anwendung. Zwar ist er nicht für immer als nicht überdenkbar in Stein gemeisselt, aber er ist auch nicht beliebig knetbar wie ein Teig oder eine Knetmasse. Seien wir uns bewusst, dass dieser Begriff nicht nur Innen-, sondern insbesondere auch Aussenbetrachtungen und -wirkungen hat. In diesem Sinne nehme ich vom vorliegenden sicherheitspolitischen Bericht Kenntnis und erwarte für die Zukunft eine klare verfassungsbezogene Zielformulierung, etwas mehr Antizipation, eine vertiefte Ausrichtung auf die Bedrohungslage sowie die damit zu treffenden Massnahmen in finanzieller, materieller und personeller Hinsicht. Insofern stehen auch wir in einer erneuten Zeitenwende. Machen wir uns auf den Weg, und nehmen wir die Herausforderungen für die Sicherheit unseres Landes und die darin lebenden Menschen als Auftrag an. Machen wir also unsere Hausaufgaben jetzt, ab heute und sofort!

6.10 Perrin Yvan (18.03.2013) - fear (0.80)

Business item (original title): IWF-Kredite sind zwingend dem Referendum zu unterstellen

Je vous propose, avec ma minorité, de donner suite à l'initiative parlementaire Heer relative à l'obligation de soumettre au référendum les crédits accordés au FMI. En complément aux arguments évoqués par l'auteur de l'initiative, j'aimerais citer quelques passages du message 12.067 concernant l'octroi d'un crédit-cadre pour la poursuite de l'aide monétaire internationale. A la page 6705 de la version française, on évoque les mesures prises pour limiter les effets de la crise monétaire: l'injection massive de liquidités dans le système bancaire par la Banque centrale européenne - soit des crédits de plus de 1000 milliards d'euros; le Mécanisme européen de stabilité apte à octroyer

des crédits supérieurs à 700 milliards d'euros; la consolidation budgétaire en Italie et en Espagne, ainsi que l'accord de restructuration de la dette conclu par la Grèce avec ses créanciers privés. Ces interventions massives ne semblent guère rassurer le Conseil fédéral qui précise: "Or malgré ces mesures, les risques et l'insécurité demeurent. Il convient de souligner en particulier le risque de menace pour la stabilité du système monétaire et financier international au cas où la crise se propagerait, y inclus dans les pays émergents ou en développement. Une telle évolution pourrait aboutir à une récession mondiale d'une gravité impossible à prévoir." Vous conviendrez avec moi qu'on a connu notre gouvernement plus enthousiaste! Dans la pratique, il est prévu que la Banque nationale ouvre une ligne de crédit limitée dans le temps pour le Fonds monétaire international. Les fonds mis à disposition pourront être réclamés à tout moment par la BNS, ce qui ne signifie nullement que le FMI sera en mesure de rembourser au moment souhaité. L'argent dont nous parlons appartient à la population de notre pays. Elle devrait donc avoir son mot à dire quant à l'usage qui en est fait. Nous sommes actuellement en plein débat quant à l'achat de 22 Gripen pour 3,126 milliards de francs, montant qui fera sans aucun doute l'objet d'un référendum. S'agissant du FMI, nous parlons de sommes trois à quatre fois plus importantes, sans offrir au peuple l'opportunité de se prononcer. Il y a là un décalage choquant que je vous invite à corriger en soutenant ma proposition de minorité de donner suite à l'initiative parlementaire Heer.

6.11 Pantani Roberta (06.06.2012) - enthusiasm (0.80)

Business item (original title): Raum für Mensch und Natur (Landschaftsinitiative). Volksinitiative

Ancora una volta si vuole definire la regolamentazione del territorio nazionale attraverso un'iniziativa che limita la possibilità di edificazione del paesaggio e dello spazio disponibile per la costruzione. Con l'accettazione dell'iniziativa sulle abitazioni secondarie abbiamo visto quali sono state le conseguenze e le difficoltà oggettive di applicazione della legge approvata secondo l'iniziativa. La Svizzera non è tutta uguale, non è un paesaggio omogeneo, ma un insieme di cantoni con diverse conformazioni del territorio - vi sono cantoni di pianura, cantoni di montagna, alpini. È impensabile avere una legge unica che limiti lo sfruttamento dello spazio a livello federale. I cantoni sono dotati già di un piano direttore che definisce le zone in cui poter edificare, sia a livello residenziale sia a livello industriale, in funzione delle possibilità di sviluppo future. I comuni, attraverso il loro piano regolatore, che deve corrispondere alle direttive del piano direttore, possono adattare le loro necessità di sviluppo e di crescita a dipendenza di una loro scelta politica ed economica. La moratoria di vent'anni per le modifiche del piano regolatore e delle sue zone edificabili, di fatto, pregiudica lo sviluppo del nostro Paese, non permettendo l'adattamento dei bisogni del territorio a seconda delle necessità economiche, regionali e dello sviluppo degli insediamenti industriali. Das Moratorium würde dazu führen, dass viele Gemeinden und Regionen gar nicht mehr wachsen könnten, weil kein Bauland mehr vorhanden wäre. Das ist in der Regel gerade in den Zentren der Fall. Das 20-jährige Moratorium für alle geht eindeutig zu weit und würde den Immobilienmarkt und somit die Volkswirtschaft der Schweiz schädigen. Per questi motivi chiedo di respingere l'iniziativa.

6.12 Kunz Josef (01.03.2010) - rational (1.00)

Business item (original title): Grenzkontrollen und Tiertransporte

Ich beantrage Ihnen namens der SVP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und der Mehrheit zu folgen. Die parlamentarische Initiative Marty Kälin verlangt, dass Schlachttransporte durch die Schweiz verboten werden. Dieser Vorstoss wurde vor allem aus tierschützerischen Gründen

eingereicht, hat aber auch seuchenpolitische Hintergründe. Das Verbot auf Klautiere - Rinder, Schafe, Schweine und Ziegen - zu beschränken, wie es die Minderheit will, entspräche nicht dem Anliegen der Antragstellerin und auch nicht jenem der Kantone. Der Antrag der Mehrheit verlangt ein Transitverbot auf der Strasse für alle Tierarten, welche zur Schlachtung bestimmt sind. Diese Regelung ist klar und betrifft selbstverständlich auch Tiere, welche zur Weitermast und folglich zur Schlachtung bestimmt sind. Für Nutz- und Zuchttiere brauchen wir nach der Regelung der Mehrheit keine Ausnahmewilligungen, weil sich in diesem Bereich das Problem gar nicht stellt. Man kann Absatz 2 wirklich streichen und damit auf unnötige Bürokratie verzichten. Die Formulierung der Mehrheit ist mit dem Landwirtschaftsabkommen mit der EU absolut vereinbar, denn Artikel 5 des Abkommens enthält keine tierschützerischen Motive. Wir verstossen mit der Formulierung der Mehrheit also nicht gegen das Landwirtschaftsabkommen mit der EU. Aus all diesen Gründen beantrage ich Ihnen namens der SVP-Fraktion, auf das Geschäft einzutreten und der Mehrheit zu folgen.

6.13 Parmelin Guy (02.03.2010) - rational (0.90)

Business item (original title): 11. AHV-Revision. Leistungsseitige Massnahmen

Le groupe UDC vous invite ici à adopter la proposition de la majorité de la commission, c'est-à-dire à vous en tenir au droit en vigueur, comme le proposent le Conseil fédéral et le Conseil des Etats. Ce qui semblait à l'origine une suggestion judicieuse lors du premier débat dans notre chambre s'avère finalement inutilement coûteux pour l'AVS, sans être pour autant très efficace et avantageux en termes de rente pour les personnes intéressées. La méthode de calcul technique, appliquée dans le droit en vigueur, demeure donc à nos yeux la plus appropriée. Elle permet tout de même à l'ensemble de l'AVS de réaliser des économies d'environ 150 millions de francs. Répartir sur énormément de gens et surtout sur de toutes petites rentes ces moyens financiers n'amène dans 80 pour cent des cas qu'une différence infime de quelques francs par rente: le jeu n'en vaut pas la chandelle. Il faut donc reconnaître ici que le Conseil des Etats a vu juste et le suivre dans l'intérêt de l'AVS.

6.14 Rusconi Pierre (18.09.2012) - rational (1.00)

Business item (original title): Abgeschlossene internationale Staatsverträge im Jahr 2011. Bericht

Secondo l'articolo 48a capoverso 2 della legge sull'organizzazione del governo e dell'amministrazione, il Consiglio federale riferisce annualmente all'Assemblea federale in merito ai trattati internazionali conclusi da esso stesso, dai dipartimenti, dagli aggruppamenti o dagli uffici federali. Tale rapporto permette al Parlamento di verificare se un determinato trattato necessita di un'autorizzazione a posteriori da parte del potere legislativo. Le Commissioni della politica estera delle due Camere possono esigere mediante mozione che alcuni trattati siano sottoposti all'approvazione del legislativo. Il trattato rimarrebbe comunque applicabile durante la procedura parlamentare e verrebbe denunciato dal Consiglio federale nel caso non fosse approvato. Il rapporto del Consiglio federale presenta brevemente gli accordi firmati, ratificati o approvati l'anno precedente. Sono esclusi i trattati già sottoposti all'approvazione delle Camere. Di ogni accordo vengono riassunti il contenuto e i motivi che hanno portato alla sua conclusione. Vengono menzionati i costi d'attuazione, la base legale per la loro approvazione nonché le modalità di entrata in vigore e di denuncia. La Commissione della politica estera ha preso atto durante la seduta del 2 luglio 2012 del rapporto 2011 sui trattati internazionali. Il numero di trattati conclusi nel 2011 è in aumento rispetto all'anno precedente. L'aumento è dovuto in particolare ai trattati nell'ambito della cooperazione allo sviluppo e

dell'estensione dell'Unione europea e agli adattamenti dei trattati in materia dei trasporti stradali. Si parla quindi di un totale di 448 trattati conclusi e 153 modifiche, ciò vuol dire una media di tre trattati al giorno. Il Dipartimento federale degli affari esteri ha fatto un lavoro notevole. Mi preme riportare due punti che hanno sollevato delle domande in commissione. Sono state chieste delucidazioni in merito all'accordo tra la Svizzera e la Russia in materia d'istruzione militare. È stato chiarito che tale accordo fissa modalità e condizione di collaborazione tra le forze armate dei due Paesi. Ad oggi l'accordo è servito per l'organizzazione di corsi d'istruzione alpina sul soccorso in alta montagna in condizioni invernali e in condizioni estive. È stato inoltre posto l'accento sull'accordo di riammissione con la Repubblica democratica del Congo, considerato innovativo perché include anche disposizioni sul soggiorno, l'ammissione, la cooperazione tra autorità e l'aiuto allo sviluppo. Come detto, la Commissione della politica estera del Consiglio nazionale ha preso atto del rapporto senza presentare mozioni in merito. A nome della commissione vi prego pertanto di prendere atto di questo rapporto.

Federal Council

7.1 Röstli Albert (2016-09-12) - anger (0.90)

Business item (original title): Energiestrategie 2050, erstes Massnahmenpaket. Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative). Volksinitiative

Geschätzter Kollege Girod, ich weiss von einem Projekt im Berner Oberland, bei dem Pro Natura Einsprache erhoben hat. Ich glaube, das sind schon grüne Kreise. Lieber Kollege Jans, wir eiern nicht herum! Dieser Vorwurf geht nun wirklich an die falsche Adresse! Seit drei Jahren versucht man uns weiszumachen, wie man mit Solarenergie, Windenergie und Biogasanlagen die 40 Prozent der Kernkraft, aus der man aussteigen will, ersetzen kann. Seit deutlich mehr als dieser Zeit subventionieren wir mit jährlich sehr vielen Mitteln, mit Hunderten von Millionen Franken, die neuen erneuerbaren Energien und kommen nicht vom Fleck, weil die Technologie nicht vorhanden ist und die physikalischen Zusammenhänge - fehlende Speichertechnologie! - nicht stimmen. Was haben Sie nun in den Händen? Ich begreife Herrn Girod, wenn er sagt, diese Energiestrategie entspreche überhaupt nicht mehr den ursprünglichen Zielen. Sie enthält einen Haufen von Vorschriften und Subventionen. Der Wirtschaft werden 150 bis 200 Milliarden Franken aufgebürdet, ohne dass die Ziele auch nur annähernd realisiert oder realistisch erläutert werden können. Als Tüpfelchen auf dem i oder vielleicht eher, um die Strategie zu retten, bezeichnet man sich nun als die grossen Retter der Wasserkraft. Von wegen "Herumeiern": Ich möchte Sie daran erinnern, wer hier vorne am Rednerpult diese Strategie zurückweisen wollte mit dem zentralen Antrag, zuerst die Probleme der Wasserkraft zu lösen. Das müsste man als Erstes prüfen! Belächelt wurde man hier und anschliessend in der Kommission. Nun will man mit diesem Rappen für die Wasserkraft die Berggebietskantone für diese Strategie kaufen - eine Strategie, die eine unmögliche Regelungsdichte für dieses Land beinhaltet. Da macht die SVP nicht mit! Dieses Spiel hat die SVP durchschaut! Ich habe Herrn Kollege Grunder ganz bewusst gefragt, ob dann ein Zusatzpaket kommt. Er hat richtigerweise Ja gesagt, weil die Differenz bezüglich der Gestehungskosten in der Wasserkraft, damit sie überleben kann, heute bei 4 Rappen und nicht bei 1 Rappen liegt. Dieser Rappen ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Klar sagen jetzt alle Elektrizitätswerke, der Verband schweizerischer Elektrizitätsunternehmen und alle Organisationen, die ursprünglich gegen diese Strategie waren: "Lieber diesen Rappen als gar nichts!", weil Sie ihnen versprochen haben - das finde ich übrigens richtig -, dass wir dann noch über ein zweites Paket diskutieren. Aber dann haben wir eben sehr viele Kosten für die Wasserkraft und werden diese Massnahmen unterstützen, aber wir subventionieren gleichzeitig weiterhin Solar- und Windenergie, verzerren damit weiterhin den Markt, und das sind ja nun wirklich einfach zwei Zielsetzungen, die einander völlig quer gegenüberstehen. Die Wasserkraftwerkbetreiber haben so viele Reserven, dass wir genug Zeit haben; wir können hier im Rat dann sehr schnell in ihrem Interesse handeln. Stimmen Sie daher der Minderheit Imark zu! Ich bitte Sie auch, sich bei Artikel 45a der Mehrheit anzuschliessen und keine Mindestanforderungen an Grossfeuerungsanlagen zu stellen. Herr Girod hat gesagt, wir müssten diesem Artikel zustimmen, wenn die Schweiz die Klimaerwärmung reduzieren wolle. Sie alle wissen, dass die 0,5 Prozent, die wir zum weltweiten CO₂-Ausstoss beitragen, nicht an diesem Artikel liegen können. Betreffend Steuerentlastung ist es so: Ich bin auch für Effizienzmassnahmen, und es ist wohl eine der besten Effizienzmassnahmen, wenn man mit Steuererleichterungen Anreize bietet. Das sind keine Subventionen, denn mit Steuererleichterungen muss der Staat seinen Gürtel enger schnallen, da er weniger Steuergelder hat, als wenn man zusätzliche Subventionen ausschüttet. Das heisst, dass für die Wirtschaft am Schluss netto mehr übrig

bleibt. Wenn Sie einen echten Anreiz für die Effizienzsteigerung im Gebäudebereich wollen, stimmen Sie hier der Minderheit II zu. Ich bitte Sie im Übrigen, dann dem Einzelantrag Schilliger zu Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe c zuzustimmen, der die Variante des Bundesrates aufnimmt, damit alle ausreichend zum Netzentgelt beitragen.

7.2 Röstli Albert (2016-09-30) - anger (0.90)

Business item (original title): Energiestrategie 2050, erstes Massnahmenpaket. Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative). Volksinitiative

Ich staune schon, mit welcher Argumentation man jetzt hier vor der Schlussabstimmung uns weismachen will, weshalb man diese Energiestrategie 2050 annehmen soll. Ich habe in Erinnerung, dass man nach Fukushima eigentlich aus der Kernenergie aussteigen wollte, dass das das Hauptziel war. Dass jetzt Herr Grunder als erstes Argument bringt, man müsse die Energiestrategie annehmen, weil erreicht worden sei, dass die Kernkraftwerke noch möglichst lange laufen dürfen, zeigt, dass die Hauptzielsetzung eben gar nichts mehr mit dieser Strategie zu tun hat. Dies zum Ersten. Er sagt weiter, die SVP-Fraktion wolle sich für den Landschaftsschutz einsetzen. Ja gut, wir wollen wirklich nicht 800 oder sogar 1700 Windkraftträder in unseren schönen touristischen Gebieten, mit denen man dann einigermaßen Strom produzieren möchte. Sie produzieren dann Strom, wenn wir ihn nicht brauchen. Die SVP hat sich seit je und von Anfang an in aller Konsequenz für eine sichere, für eine wirtschaftliche und kostengünstige sowie für eine ökologische Strom- und Energieversorgung eingesetzt. Alle diese drei Kriterien sind in diesem Konzept, wenn Sie ehrlich sind, nicht erfüllt. Die ausreichende Stromversorgung rund um die Uhr kann nach dem Ausstieg aus der Stromproduktion mit Kernkraftwerken, die 40 Prozent abdecken, durch Schweizer Produktion allein nie gewährleistet werden. Das bestreitet die Botschaft des Bundesrates nicht, da finden Sie keine Studie, die das bestreitet. Mit einem brummelnden Nein wird das nicht besser. Es ist nämlich nicht verwunderlich, dass auch fünf Jahre nach Fukushima - und in diesen fünf Jahren haben wir bereits mit Milliarden an Subventionen neue Erneuerbare unterstützt - kaum ein Beitrag der neuen Erneuerbaren an die Stromproduktion geleistet wird. Das ist heute so, trotz massiver Mehrproduktion. Ich sage Ihnen weshalb: Weil Sie auf der linken Seite es sind, die im Wasserkraftbau über Jahrzehnte einen Ausbau der Grimsel-Kraftwerke verhindert haben. Noch kürzlich, noch letzte Woche im Grossen Rat des Kantons Bern haben Sie gegen eine Initiative gestimmt, die diesen Ausbau endlich ermöglichen sollte. Ebenso sind Windkraftwerke überall blockiert. Den Bau von Biogasanlagen haben Sie mit der Ablehnung des Hofdüngerbonus verhindert - deshalb ist es völlig falsch, jetzt mit den Bauern zu kommen -; er lohnt sich nicht mehr. Das Einzige, was bleibt, ist die ineffizienteste Energieproduktion: die Sonnenkollektoren, die dann Strom produzieren, wenn wir ihn nicht brauchen. Genau das verursacht - man hat jetzt auf allen Seiten von der Wasserkraft gesprochen - Probleme bei der Wasserkraft. Aber das Hauptargument sind die Kosten: Es ist völlig falsch, Herr Nordmann, hier den Leuten glaubhaft machen zu wollen, die Kosten würden sich auf die 0,8 Rappen der KEV beschränken. Wenn Sie die Energiestrategie 2050 lesen - die Richtwerte und die Zielsetzungen sind im Gesetz enthalten -, sehen Sie: Das ist der Start, auf den mehrere Pakete, mehrere Abgaben folgen werden. Man hat auch vom Ausstieg aus der fossilen Energie gesprochen. Das kostet am Schluss 150 bis 200 Milliarden Franken bzw. über 3000 Franken pro Familie. Es sind letztlich nicht Verbände, nicht Grossunternehmen, sondern die bescheidenen Familien mit kleinen Einkommen und die KMU, welche die Zeche bezahlen - diese sind es, die am Schluss bezahlen. Wollen Sie wirklich mit diesem Paket den Familien diese Kosten von mindestens einem halben Monatslohn jährlich auferlegen? Schliesslich ist die Energiestrategie nicht ökologisch, weil es nichts mit Ökologie zu tun hat, wenn man Strom aus Kohlekraftwerken importiert. Man kann auch Atomstrom aus Frankreich importieren; dann ist es eine Vogel-Strauss-Politik. Die hohen Kosten und die Verstaatlichung eines ganzen Sektors widersprechen ganz grundsätzlich und diametral dem Erfolgsmodell Schweiz mit seiner liberalen Wirtschaftsordnung, die auch die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sichert. Diese

Abkehr von bewährten Schweizer Werten lehnt unsere Fraktion entschieden ab. Die Energiestrategie 2050 ist zu einer reinen Geldumverteilungsmaschinerie geworden, aus der leider bereits weite Kreise der Wirtschaft nicht mehr rausfinden. In sozialistischer Manier hat man grosse Unternehmungen, Bautechnikfirmen, Wasserwirtschaft, Berggebietskantone und viele mehr so eingeseift, dass sie die grossen Linien des Erfolgsmodells Schweiz aus den Augen verloren haben. Noch einmal: Die Zeche bezahlen nicht die eben Genannten, die von Ihnen entschädigt werden, sondern mit jährlich über 3000 Franken die kleinen Familien und Haushalte. Es ist für uns unverständlich, dass davon, wie wir seit vorgestern wissen, auch schon breite Teile der FDP/die Liberalen erfasst wurden. Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP: Verraten Sie bitte heute Ihre liberalen Grundwerte nicht. Ja, ich habe gedacht, dass da dann gelacht wird. Wie wollen Sie in Zukunft ernsthaft - ich schaue nicht die Linke an - tiefe Steuern, Gebühren und Abgaben sowie eine tiefe Regelungsdichte vertreten, wenn Sie dieser Vorlage zustimmen, die das Energiegesetz von 30 auf über 70 Artikel aufbläht? Unser Vorstand hat bereits am 19. August einstimmig beschlossen, das Referendum zu ergreifen. Er hat aber ebenso einstimmig beschlossen, dass wir den Kampf gegen dieses Paket nicht alleine führen wollen, da es die ganze Wirtschaft und die Familien, gleich aus welcher Ecke, über Gebühr belastet. Wir rufen die bürgerlichen Kräfte im Land nochmals auf, sich mit einem Referendum gegen dieses Paket aufzulehnen. Wir sind bereit, voranzugehen und die Unterschriften zu sammeln. Nach ein paar noch ausstehenden Abklärungen werden wir in den nächsten Tagen definitiv über die Lancierung eines Referendums entscheiden. Wir können uns die Arbeit aber auch sparen, wenn Sie heute wie die SVP-Fraktion dieses unsägliche Projekt nach dem Motto "Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende" ablehnen.

7.3 Röstli Albert (2025-06-02) - none (0.90)

Business item (original title): Stromversorgungsgesetz (Stromreserve). Änderung

Je comprends votre argumentation de votre point de vue, parce que vous avez toujours défendu le fait de ne pas construire de centrale de réserve. Mais la décision concrète de ce conseil est que le Conseil fédéral, en cas de manque, définit le choix : réserve hydraulique, réserve de l'usage ou centrales de réserve, selon certains critères, comme l'écologie et l'efficacité, ainsi que vous l'avez décidé. Pour pouvoir utiliser une réserve, encore faut-il en avoir une. Je ne dis pas que l'on doit installer des centrales de réserve en premier lieu. S'il est plus utile d'utiliser la réserve hydraulique, on le fera selon les critères et la cascade d'actions que le Conseil national et le Conseil des États auront décidés. Si l'on a des centrales de réserve, c'est vraiment pour servir de réserve. Qu'on les utilise ou non, cela dépend du cas particulier et cela doit se faire selon la cascade définie dans la situation où cet événement entre en jeu, c'est clair. On ne peut pas décider de mettre en oeuvre une centrale de réserve si elle n'existe pas encore. On a défini la réserve hydraulique, mais il faut aussi construire des centrales de réserve. On pourra ensuite choisir le mode qui sera nécessaire.

7.4 Berset Alain (12.03.2013) - fear (0.80)

Business item (original title): 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket

Monsieur Kuprecht, vous avez eu à nouveau des mots assez durs envers l'Office fédéral des assurances sociales. Peut-être qu'il faudra que nous clarifions cela une fois directement, mais je dois vous dire que je n'ai pas le moindre élément qui me permette de douter de la qualité et de l'objectivité du travail effectué. Je comprends que pour des raisons politiques vous affirmiez le contraire, mais mener ce débat ici, publiquement, ne me paraît pas le lieu adéquat. Mais je suis disposé à ce qu'on puisse en discuter de manière bilatérale; ce serait peut-être une bonne chose. Je constate quand

même, pour vous le dire franchement, que cette proposition n'est pas apparue au Conseil des Etats lors du premier débat. Elle n'est apparue que comme la conséquence de la décision de séparer le projet en deux. Monsieur Kuprecht, si c'était un enjeu aussi important depuis de si longues années, j'aurais de la peine à comprendre que cela n'ait pas été thématiqué la première fois. Je l'interprète comme étant une réaction - vous me permettrez aussi de faire de la politique - à la décision de la commission de proposer la séparation du projet en deux. C'est le débat que nous avons mené tout à l'heure. Cela dit, menons ce débat. Vous amenez un sujet de discussion qui est légitime, et dont on doit pouvoir discuter. La proposition de la minorité Kuprecht veut mélanger le système de la rente pour enfant et le système des allocations familiales. Ce sont deux systèmes différents qui ont aussi des logiques différentes. On peut mener cette discussion, mais je dois vous dire les craintes que j'ai quant à l'insécurité que cela peut générer dans les deux systèmes, aussi bien celui de la rente pour enfant que celui des allocations familiales. Cela a des conséquences. Une des conséquences, c'est de créer une nouvelle inégalité de traitement entre les rentiers vivant en Suisse et les rentiers vivant à l'étranger: de désavantager les rentiers qui sont en Suisse et de donner un avantage comparatif aux rentiers qui sont à l'étranger. Si c'est ce que vous souhaitez, parlons-en. Ce n'est pas ce que souhaite le Conseil fédéral. Pourquoi est-ce le cas? Parce que les allocations pour enfant ne sont pas exportées à l'étranger, cela signifie donc que les assurés qui résident à l'étranger pourraient continuer de bénéficier de la rente pour enfant sans aucune réduction, alors que pour les rentiers qui vivent en Suisse une réduction serait effectuée. C'est une conséquence de la proposition de la minorité que vous formulez, Monsieur Kuprecht, et peut-être que cette conséquence mérite aussi qu'on s'y arrête un instant. L'autre élément, ce sont les conséquences financières. Une estimation qui a été réalisée par l'Office fédéral des assurances sociales montre qu'avec votre proposition de minorité, nous aboutirions en moyenne, entre 2015 et 2025, à 155 millions de francs d'économies dans l'assurance-invalidité et à 15 millions de francs dans le domaine de l'AVS, ce qui fait 170 millions de francs de coupes dans ce domaine-là. C'est plus que ce qui aurait été concerné par la diminution de la rente pour enfant. Encore une fois, votre proposition de minorité - je crois qu'on peut le dire - est une conséquence directe de la décision de la commission, maintenant confirmée par le conseil, de séparer le projet. S'ajoute encore à cela que les systèmes d'allocations familiales varient d'un canton à l'autre. Des cantons ont des systèmes plus généreux que d'autres et donc les conséquences sont aussi différentes en fonction des cantons. On ne génère pas seulement des inégalités de traitement en faveur des rentiers à l'étranger et en défaveur des rentiers en Suisse, mais on génère aussi des différences et des inégalités entre les cantons, parce que dans certains cas, la rente pourrait être réduite plus fortement que dans d'autres. Et puis, selon notre analyse, cette proposition de minorité pénaliserait surtout les assurés à bas revenus puisque la proportion de la réduction serait évidemment plus importante pour eux. Ce n'est pas sûr que ce soit une bonne idée de pénaliser précisément les assurés à bas revenus dans ce domaine. Menons cette discussion! On peut aussi la tenir en parallèle, si vous le souhaitez, mais avec ces arguments et en se basant sur le rapport de l'Office fédéral des assurances sociales et sur le débat qui a été mené en commission, le Conseil fédéral vous invite à suivre la majorité de la commission.

7.5 Sommaruga Simonetta (12.12.2011) - rational (0.90)

Business item (original title): Steuerbelastung von Casinos mit A-Konzession

Nel 2010, in occasione della modifica dell'ordinanza sulle case da gioco sull'aliquota imponibile, veniva scelta, tenuto conto della situazione economica generale, una soluzione moderata, anche se il settore delle case da gioco continuava a presentare una ottima redditività. La modifica riguardava unicamente le case da gioco in possesso di una concessione A. La redditività media delle case da gioco si aggirava intorno al 15 per cento, quella delle case da gioco A raggiungeva quasi il 13 per cento. Questi sono da considerare valori assolutamente adeguati, a dimostrazione che il Consiglio federale non ha operato contro l'articolo 41 della legge sulle case da gioco ma, al contrario, ha adempiuto

correttamente il suo compito. La situazione recente non è molto cambiata, anche se il prodotto lordo dei giochi delle case da gioco nei primi mesi del 2011 - anche a causa della svalutazione dell'euro - ha subito una leggera flessione. A proposito delle case da gioco ticinesi: occorre innanzitutto osservare che due delle tre case da gioco - Locarno e Mendrisio - non sono state colpite dalla modifica del 2010 in quanto case da gioco di tipo B. La redditività della casa da gioco di Lugano era relativamente bassa già da qualche tempo, ed è rimasta praticamente tale anche dopo l'aumento dell'imposta. Se, in seguito alle condizioni attuali, la situazione dovesse peggiorare, si dovrebbero prendere in considerazione misure correttive a livello aziendale: con una entrata lorda di circa 80 milioni di franchi, la quinta casa da gioco svizzera dovrebbe poter disporre al riguardo di sufficienti possibilità. Inoltre, non è prevista una modifica dell'aliquota d'imposta in base a risultati di singole case da gioco.

7.6 Leuthard Doris (19.09.2011) - rational (1.00)

Business item (original title): SBB. Wie viele Stellen werden abgebaut?

Signora consigliera nazionale, per far fronte all'aumento della domanda, nei prossimi anni le FFS dovranno investire circa un miliardo di franchi svizzeri l'anno in nuovo materiale rotabile. A ciò si aggiungeranno ulteriori aumenti dei prezzi di traccia di circa 170 milioni di franchi svizzeri l'anno a partire dal 2013. Per essere in grado di affrontare queste sfide le FFS dovranno incrementare gli introiti, ma anche potenziare ulteriormente l'efficienza e la produttività. Se ciò non accadesse, l'attuale indebitamento soggetto a interessi di circa 8 miliardi di franchi potrebbe aumentare ulteriormente. Le FFS intendono tenere conto di questo obiettivo con misure pari a circa 550 milioni di franchi. Entro il 2016 le FFS ridurranno di circa 220 milioni di franchi o di un quinto le loro spese strutturali e amministrative. Questo programma è stato concordato in linea di principio con la commissione del personale e i partner sociali e viene attualmente discusso con loro nell'ambito di uno stretto dialogo. Le misure saranno adottate nei settori amministrativi aziendali - per il momento non è stato ancora definito in quali. È previsto di ridurre i posti di lavoro nell'ambito attraverso i regolari pensionamenti e la fluttuazione del personale.

Most emotional speakers

8.1 Glarner Andreas (2024-09-24) - anger (0.90)

Geschätzter Kollege Molina, es ist doch kein unrealisierbarer Schnellschuss, sondern eine schnell realisierbare Lösung. Alles, was um uns herum geschieht, ist mir eigentlich relativ egal, weil die EU noch nichts auf die Reihe gebracht hat: Dublin funktioniert nicht, Schengen funktioniert nicht - und Sie möchten von diesem System noch stärker abhängig sein? Nein. Wir sind für unsere Landesgrenzen selbst verantwortlich, für unser Land verantwortlich. Begreifen Sie das endlich!

8.2 Rosenwasser Anna (2025-03-18) - anger (0.90)

Business item (original title): Für eine soziale Klimapolitik - steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft). Volksinitiative

Schädlich, extrem, gefährlich, radikal - so nennt die rechte Ratsseite die Initiative und tut so, als wären Milliardäre die Opfer eines linken Klassenkampfes. Sie behauptet, Millionenunternehmen stünden vor dem Untergang, als hätten wir hier den Sozialismus ausgerufen. Wer zum jetzigen Zeitpunkt in diese Debatte hineinhört, könnte meinen, die Juso hätte das Parlament gestürmt. Dabei will die Initiative einfach, dass die Allerreichsten ihren fairen Beitrag leisten und dass dieses Geld genutzt werden kann, um die Klimakrise zu bekämpfen. Lassen Sie mich Ihnen zeigen, was wirklich schädlich, extrem, gefährlich und radikal ist. Schädlich ist, dass das reichste Prozent der Schweizer Bevölkerung fast ein Drittel aller Vermögenswerte auf sich vereint. Extrem ist, dass diese Vermögen von Generation zu Generation weitergegeben werden, ohne dass nennenswerte Abgaben darauf bezahlt werden müssen. Gefährlich ist, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr CO2 ausstösst als die ärmsten 66 Prozent zusammen. Radikal ist nicht die Initiative, sondern die Tatsache, dass dieser Rat nicht einmal bereit war, über einen vernünftigen Gegenvorschlag zu diskutieren. Der Grund ist klar: Der rechten Ratshälfte geht es darum, dass ihre Klientel weiter Vermögen anhäufen kann, ohne ihren fairen Beitrag an die Gesellschaft zu leisten. Das zeigt einmal mehr, dass die Klimakrise nicht nur eine ökologische Frage, sondern auch eine Klassenfrage ist. Ein Land kann keine Zukunft haben, wenn sich eine kleine Elite bereichert, während die breite Bevölkerung die Last trägt. Die Initiative "für eine Zukunft" fordert nichts weiter als Fairness. Wer Fairness schon für radikal hält, sollte mal sein Weltbild überdenken. Ich bitte Sie, die Initiative "für eine Zukunft" zur Annahme zu empfehlen.

8.3 Köppel Roger (2023-09-28) - pride (0.90)

Business item (original title): Lagebeurteilung Beziehungen Schweiz-EU. Bericht

In schwierigen Zeiten, in anspruchsvollen Zeiten, wenn es draussen stürmt und kracht, darf man die Grundsätze nicht über Bord werfen. Dann müssen Länder, Firmen, Familien sich überlegen, was das Bewährte ist, was in der Vergangenheit funktioniert hat, was unsere ganz zentralen Stärken

sind und was letztlich die Voraussetzung ist für den Erfolg unserer Organisation, unseres Landes, unserer Schweiz. Sie werden mir recht geben: Die Schweiz ist die älteste - ich sage das eigentlich zuhänden des Bundesrates, er müsste jetzt mitschreiben - und erfolgreichste Selbsthilfeorganisation der Welt. Die älteste und erfolgreichste Selbsthilfeorganisation der Welt! Selbstbestimmung, selber entscheiden, was in der Schweiz passiert, das ist die rote Linie, das ist das Rezept, das ist die Überlebensstrategie unserer Vorfahren, die sie durch ungezählte Kriege, religiösen Wahnsinn, durch Weltkriege hindurch am Leben gehalten und die Schweiz zusammengehalten hat. Selbstbestimmung! Die Schweiz ist ein Wunder, ein Weltwunder der Selbstbestimmung. Sie wird dafür enorm respektiert. Viele Leute sehnen sich nach einer solchen Demokratie, sehnen sich danach, dass wie bei uns die Bürger entscheiden, nicht die Politiker, nicht die Bundesräte und schon gar nicht Leute, die weit entlegen in scheintransparenten Glaspalästen in der Europäischen Union glauben, bestimmen und entscheiden zu können, was für die Schweiz gut ist. Sie haben in diesem Jahr den 175. Geburtstag der Bundesverfassung gefeiert. Ich erinnere daran, dass der nachmalige erste Bundespräsident der Schweiz, Jonas Furrer, der Winterthurer, gesagt hat: "Die unabhängige Schweiz wird sich weiterhin selber regieren." Diese Bundesverfassung ist das Paragrafen, das Verfassung gewordene Manifest der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der Schweiz. Dazu gehört natürlich auch die Neutralität. Sie ist das völkerrechtliche Siegel unserer Unabhängigkeit und auch unserer Weltoffenheit. Die Neutralität ist das, was die Grösse unseres Kleinstaates auf der internationalen Bühne verbürgt. Die konsequente Neutralität ist gerade in Kriegszeiten ein Lichtblick des Friedens und der Hoffnung, dass man aus diesen Schützengräben, aus diesem Wahnsinn wieder herauskommen kann, dass es auf dieser Welt wenigstens ein Land gibt, das bei diesem Wahnsinn nicht mitmacht, sondern sagt: "Wir sind dauernd und umfassend neutral." Das ist die Diskussion, die wir heute führen, über die Unabhängigkeit, über unser Verhältnis zur Europäischen Union. Unser Verhältnis zur EU ist durch Unehrllichkeit geprägt. Wir sind gegenüber der EU nicht ehrlich, und wir sind gegenüber uns nicht ehrlich. Wir haben der EU gesagt, unsere Bundesräte haben gesagt: "Ja, wir treten irgendwann einmal bei, die Schweizer." So hat man sich in den Verhandlungen Vorteile verschafft. Bei uns hat man gesagt: "Wir sichern den bilateralen Weg!" Dabei wissen wir seit 2008, dass die EU den bilateralen Weg für beendet erklärt hat. Hören wir also auf, den Leuten Unwahrheiten zu erzählen, hören wir auf, den Leuten alten Wein in neuen Schläuchen zu verkaufen, ein Rahmenabkommen als sektoriellen Paketansatz neu zu etikettieren! Im Grunde geht es aber immer ums Gleiche: In diesen Abkommen sind fremde Gesetzgeber drin, fremde Richter, der Verlust der schweizerischen Unabhängigkeit und Selbstständigkeit. Die SVP ersucht den Bundesrat, sie fordert ihn auf, die älteste und erfolgreichste Selbsthilfeorganisation der Welt zu verteidigen, sich nicht einschüchtern zu lassen, sich nicht unter Druck setzen zu lassen und an dem festzuhalten, was wir in diesem Jahr feiern - 175 Jahre Bundesverfassung! Das war ein Ja zur Unabhängigkeit und ein Nein zur europäischen Fremdherrschaft. Vielen herzlichen Dank und viel Erfolg, Herr Bundesrat, bei diesen Verhandlungen.

8.4 Glarner Andreas (2025-09-25) - anger (0.90)

Business item (original title): ńKeine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)ž.
Volksinitiative

Per me è un piacere poter rivolgere il mio saluto in italiano. Aber jetzt mache ich auf Deutsch weiter. Die Schweiz platzt aus allen Nähten, wir merken es. Der ÖV kommt an den Anschlag. Die Staustunden haben einen Rekordwert erreicht. Seit einiger Zeit steht man sogar samstags und sonntags im Stau. Auf dem Nationalstrassennetz wurden 2023 insgesamt 48 807 Staustunden gezählt. Das war ein Zuwachs von 22 Prozent gegenüber 2022. 2024 ging es weiter, und zwar auf 55 569 Staustunden, ein Anstieg von 14 Prozent. Die Verkehrsüberlastung ist der Grund für diese Staustunden. Nur 10 Prozent sind auf Baustellen und Unfälle zurückzuführen. Aber reden wir von unseren Schulen. An unseren Schulen müssen wir inzwischen Schweizer Kinder integrieren. Ein

unrühmliches Beispiel ist Spreitenbach, wo 85 Prozent aller Kinder Migrationshintergrund haben, oft kombiniert mit Bildungsferne. Es gibt Schulhäuser, in denen aufgrund der Zusammensetzung der Schülerschaft nur noch versucht wird, die Multikulturalität zu verwalten. Wissen wird längst keines mehr vermittelt. Das alles verursacht gigantische Kosten bei immer schlechteren Ergebnissen - Pisa lässt grüssen. Es wird also immer teurer, dümmer zu werden. Die Kriminalität hat ein Rekordniveau erreicht. Häusliche Gewalt, das Standardrepertoire gewisser Volksgruppen zur Lösung von Problemen, beschäftigt Justiz und Gerichte - die Kriminalitätsstatistiken sprechen Bände. Auch wenn gewisse Regierungsräte der SP die Polizei inzwischen angewiesen haben, Kleindelikte nicht mehr zu rapportieren, schnellen die Zahlen trotzdem in die Höhe. Unsere Frauen sind nachts nicht mehr sicher, sogar als Mann fühlt man sich im Gewimmel und im Beisein von gewissen Volksgruppen wirklich unwohl. Und wir laufen nicht zuletzt wegen dieser Zuwanderung in eine gewaltige Versorgungskrise beim Strom. Denn die gleichen Träumer, die Mühleberg abschalten liessen und sich auf den Flatterstrom aus "Windrädli" und PV-Anlagen verlassen, wollen uns ja Ölheizungen und Benzinautos verbieten. Die Folge ist noch mehr Strombedarf, aber leider zur ungünstigsten Zeit, nachts, wenn ihre schwarzen "Plättli" keinen Strom liefern. Der Wohnraum ist knapp und bald unbezahlbar. Die gleichen Kreise, die jede Umzonung, jedes Bauprojekt verhindern wollen und gleichzeitig die freie Zuwanderung fordern, beklagen nun die Wohnungsnot. Zu allem Elend berufen sie sich dann gleich noch auf die altbekannten sozialistischen Rezepte wie Wohnraum- oder Mietzinsbeschränkung. Ebenso wird die Zubetonierung der Schweiz beklagt, zu Recht; aber wenn man tatsächlich und buchstäblich jedes Jahr Hunderttausende einfach so einwandern lässt, braucht es halt Wohnraum. Unsere Sozialämter sind komplett überfordert und zahlen einfach nur noch aus, so hat man am wenigsten Ärger. Dass es dann für die Gemeinden unbezahlbar wird, ist nicht so tragisch, man kann ja die Steuern erhöhen. Ebenso verhält es sich bei den Notfallstationen unserer Spitäler. Plötzlich brauchen wir Security am Eingang, aber das wohl nicht wegen der Patienten aus dem Schächental. Ein gut ausgebauter Sozialstaat und die freie Zuwanderung sind nicht miteinander vereinbar. Integration ist eine Frage der Menge. Unsere Schweiz löst sich auf wie ein Stück Zucker im Wasser. Wir sind fremd im eigenen Land. Holen wir uns unsere Schweiz zurück, stoppen wir diese Masseneinwanderung, wie dies schon seit 2014 in der Verfassung steht. Nehmen wir endlich das Heft wieder selber in die Hand, genug ist genug. Es ist Zeit zum Handeln.
